

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Die „politische Klasse“

Eigentlich ist es eine Grotteske: Ausgerechnet jene, die nicht müde werden, anderen unablässig einzureden, die Klassen und der Klassenkampf – objektive Erscheinungen unserer gesellschaftlichen Realität – bestünden gar nicht und beruhen lediglich auf marxistischen Erfindungen, führen jetzt ununterbrochen die ihrer Phantasie entsprungene Wortverbindung „politische Klasse“ im Munde. Sie verstehen darunter offensichtlich die Gesamtheit jener Personen unterschiedlicher, ja konträrer Klassenzugehörigkeit, die sich – oftmals für satte Diäten, lukrative Pöstchen und gesicherte Altersversorgung bis zum Tod – professionell mit Politik befassen. Es handelt sich also um Berufspolitiker, die heutzutage wie Sand am Meer vorkommen. Nach dieser Lesart gehören die Europaparlamentsabgeordnete der PDL Sahara Wagenknecht und CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla ein und derselben „politischen Klasse“ an, obwohl doch Welten zwischen ihnen liegen. Die eine ist Marxistin, der andere ein knallharter Zögling des Kapitals, gewissermaßen ein politisches Sturmgeschütz derer, die die Ausbeutergesellschaft mit Klauen und Zähnen verteidigen.

Der Begriff „politische Klasse“ dient der Vertuschung offenkundiger Gegensätze, der Verschleierung des eigentlichen Wesens der imperialistischen Klassendiktatur. Es hat nämlich in Deutschland bis 1989/90 tatsächlich zwei Diktaturen gegeben: die politische Herrschaft der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten in der DDR, die auf dem gesellschaftlichen Eigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln beruhte, und die sich als Demokratie ausgebende Diktatur der Banken und Konzerne der BRD.

Doch kehren wir zu unserem Thema – der „politischen Klasse“ – zurück. Während nach offizieller Sprachregelung ausgerechnet Menschen, die ihre Arbeitskraft verkaufen, sie also anderen geben müssen, als „Arbeitnehmer“ bezeichnet werden, und sich andererseits jene, welche sie des Profits wegen an sich reißen, hanebüchenerweise als „Arbeitgeber“ darstellen, steigert der Begriff „politische Klasse“ noch das Maß der Verwirrung. Es gebe „die Politik“, wird überdies behauptet und natürlich auch „die Wirtschaft“. Ganze Batterien ideologischer Nebelwerfer befinden sich im Dauereinsatz, um zu verhindern, daß die Wahrheit ans Tageslicht kommt: Die Politik gibt es nämlich ebensowenig wie die Wirtschaft. In der kapitalistischen Klassengesellschaft stehen sich nach wie vor Ausbeuter und Ausgebeutete als unver-

söhnliche Kontrahenten gegenüber, auch wenn das den meisten Betroffenen angesichts verlockender Kulissen und relativ hoher Kaufkraft im weitaus kleineren Teil der Welt derzeit nicht bewußt ist. Eine winzige Minderheit der Gesellschaft bemächtigt sich aller Werte, die über das zur Reproduktion der Arbeitskraft Notwendige hinausgehen. Das von Marx entdeckte Mehrwertgesetz wirkt nach wie vor, auch wenn sich der Anteil des variablen im Verhältnis zum konstanten Kapital in den hochentwickelten Ländern deutlich verringert hat. Anders ausgedrückt: Vom Kapitalisten muß heute weitaus weniger als früher in Lohnarbeiter investiert werden. Im Prinzip ist aber alles beim alten geblieben. Die Klassen und der Klassenkampf sind nicht aufgehoben. Mit Brecht gesprochen: „Der Regen fließt nicht von unten nach oben, weil er’s plötzlich gut mit uns meint.“

Alle Aktivitäten großbürgerlicher Politiker werden den eigentlichen Zielen der Kapitalherrschaft untergeordnet. Frau Merkel kann sich noch so sehr spreizen, Herr Köhler mag sein Amt bis zur Neige auskosten – nicht sie sind die wahre Regierung der BRD. Diese besteht aus den tonangebenden Bossen in BDI und BDA. Herr Hundt darf deshalb lauter klaffen als die kleinen handzahn Köter aus der „politischen Klasse“, die er und seinesgleichen an der kurzen Leine führen.

Wirklich linke Politiker, die sich solcher Zusammenhänge bewußt waren, haben deshalb stets die Interessen der Arbeitenden und Verelendeten zu ihrer Sache gemacht. Man denke nur an das Auftreten von August Bebel, Karl Liebknecht und Ernst Thälmann im Deutschen Reichstag. Sie betrachteten sich niemals als Angehörige einer imaginären „politischen Klasse“, sondern waren im besten Sinne des Wortes proletarische Klassenkämpfer.

Ganz anders sehen da heutige Halb- und Viertellinke ihren Part im parlamentarischen Spiel. Faule Kompromisse, Anpassung an „Sachzwänge“, Nutzung von „Chancen“, Koalitionspoker um jeden Preis heißen die Koordinaten von Opportunisten und Kapitalanten. Sie kriechen gierig auf den Leim der Bourgeoisie und fühlen sich – wie die Wolfs, Lederers und Liebigs in Berlin – beim Kokettieren mit dem politischen Gegner am wohlsten. Wer solchen Ufern zustrebt, besitzt keinen Klassenkompaß mehr und beteiligt sich deshalb eifrig an der Verbreitung des Märchens von der gemeinsamen „politischen Klasse“. Wenn diese Kaste wenigstens Klasse wäre.

Klaus Steiniger



INHALT

Demokratie: Schein und Sein	S. 2
Die Köpenicker Blutwoche	S. 3
Über Würdelosigkeit	S. 4
Verfälschende Konzepte	S. 5
Ein ganz besonderes Geschenk	S. 6
Mein Mitkämpfer Helmut Wagner	S. 7
Wirbel an der Küste	S. 7
Nie wieder Schönfärberei!	S. 8
Aus dem BRD-Wortschatz	S. 8
ver.di News: Zwischenruf	S. 8
Zur Revolutionstheorie heute	S. 9
Rumpelstilziade	S. 10
Olli in Not	S. 11
Leipziger Geiferer	S. 12
Bodenständig, ohne Heimattümelei	S. 12
Feudale Kotze	S. 12
LPG Lohsdorf (4 und Schluß)	S. 13
Der Kommunist am Walchensee	S. 14
Bernstein nicht gefragt	S. 15
Zur Legende vom „Hitler-Stalin-Pakt“	S. 16
■ Beweisführung ohne Beweise	RF-Extra I
■ Der Fall Gartenschläger	RF-Extra III
Wie Che Guevara die Geldwelt frappte	S. 17
Marxistische Ökonomen tagten in China	S. 18
Brief aus Kiew	S. 19
Irak: Versuch einer Bilanz	S. 20
Venezuela: Multis in der Mangel	S. 21
Indonesien: Wie Sudisman in den Tod ging	S. 22
Österreich: In memoriam Otto Langer	S. 22
Nepal: Sieg der Maoisten	S. 23
Auch Paraguay wählte links	S. 23
Hexenjäger in Hollywood	S. 24
Womacka-Grafik zuerkannt	S. 24
Wichtiger Jenny-Gröllmann-Film	S. 25
Mordprozeß mit Nebentäter	S. 25
Rosemarie Schuder zum 80.	S. 26
Hanns Eislers Aktualität	S. 27
Neues von Stolper	S. 28
Handliches für die Westentasche	S. 28
Leserbriefe	S. 29–31
Anzeigen / Impressum	S. 32

Die bürgerliche Republik ist „die denkbar beste Hülle des Kapitalismus“ (Lenin) Demokratie: Schein und Sein

Im RF 124 wirft Dr. Klaus Flemming eine Reihe politisch interessanter Fragen auf, die nach seiner Ansicht diskutiert werden sollten. Zur von ihm angeschnittenen Thematik der Diktatur des Proletariats möchte ich mich kurz äußern. Der Begriff Diktatur hat im Laufe der Zeit, vor allem durch die 12jährige faschistische Gewaltherrschaft in Deutschland und seine mißbräuchliche Anwendung durch Politiker und Medien des Kapitals zur indifferent negativen Wertung des Wortes geführt. Das Wort löst automatisch Furcht und Ablehnung aus. Um so wichtiger ist es zu erkennen, daß Diktatur keineswegs gleich Diktatur ist, Wesen und Inhalt hängen von der jeweiligen Gesellschaftsordnung und den in ihr herrschenden sozialen Kräften ab.

Aus marxistischer Sicht stellt jede Staats- oder Regierungsform – von der Sklaverei, über Feudalismus und Kapitalismus bis zum Sozialismus – die politische Herrschaft (Diktatur) einer Klasse zur Durchsetzung ihrer mannigfaltigen Interessen dar. Wichtigstes Instrument zur Machtausübung ist der Staat. Die Diktatur besteht in der verbindlichen Festlegung der politisch-ökonomischen Entwicklungsrichtung und in der Niederhaltung von deren Gegnern. Die faschistische Diktatur in Deutschland war die bisher grausamste Form kapitalistischer Herrschaft. Sie verkörperte, wie der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1935 im Sinne der Definition Georgi Dimitroffs feststellte, „die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“. Doch auch in der bürgerlich-demokratischen Republik, die gegenüber vorausge-

gangenen Staatsformen zweifellos einen großen Fortschritt darstellt, können diktatorische Züge und Zwänge nicht übersehen werden, verkörpert sie doch offen oder verschlüsselt die Macht der Bourgeoisie. Die in den bürgerlichen Verfassungen formulierten Grundrechte und Freiheiten besitzen deshalb ganz überwiegend nur formellen Charakter. Sie sind nicht materiell unteretzt. Dabei ist der Name der jeweiligen Regierungspartei nicht ausschlaggebend. Die kapitalistische Gesellschaft muß heute als Diktatur der Banken, Konzerne und Unternehmerverbände definiert werden. Norbert Blüm, einst Arbeitsminister der Bundesrepublik, hat in einem Interview bereits 2002 durchblicken lassen, daß für ihn der Sozialismus, wenn auch keineswegs im marxistischen Sinne, noch nicht erledigt sei. „Früher habe ich gegen den Versuch gekämpft, die Wirtschaft zu ver-gesellschaften – heute muß ich gegen die totale Verwirtschaftung der Gesellschaft kämpfen“, lautete sein Eingeständnis.

Lenin erkannte, daß die „Allmacht des Reichthums in der demokratischen Republik deshalb sicherer“ sei, „weil sie nicht von der schlechten politischen Hülle des Kapitalismus abhängig ist. Die demokratische Republik ist die denkbar beste Hülle des Kapitalismus.“ Kein Wechsel, weder der Personen noch der Institutionen, noch der Parteien könne „diese Macht erschüttern“. (LW 25/408)

Nach 1945 galt es im Osten Deutschlands, die Niederlage des Faschismus zu nutzen, um mit der imperialistischen Politik des Krieges, der Expansion, der Unterjochung anderer Völker Schluß zu machen. Dieser Weg konnte nur durch die Existenz einer sich über Etappen herausbildenden politi-

schen Herrschaft der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, eben der Diktatur des Proletariats, abgesichert werden. Es handelte sich um eine Macht, die – wie es im Kommunistischen Manifest heißt – dazu berufen war, „der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsmittel in den Händen des Staates, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren“.

Die Diktatur des Proletariats in der DDR – wir sprachen der Verständlichkeit halber immer ganz bewußt von der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse und mit ihr verbundener Kräfte – hatte zum Ziel, als neue Gesellschaftsordnung den Sozialismus zu errichten. Diese Aufgabe mußte unter komplizierten internationalen Bedingungen, angesichts ständiger ökonomischer Schläge des kapitalistischen Gegners und permanenter medialer Aggression gelöst werden. Ihre Bewältigung hätte noch eine längere Übergangsperiode in Anspruch genommen. Daß die sozialistische Staatsmacht zur Gewährleistung der gesellschaftlichen Entwicklung entsprechender Schutz- und Sicherheitsorgane bedurfte, versteht sich von selbst, verfügt doch jeder Staat, welchen Typs auch immer, über derartige Kräfte. Daß die DDR der äußeren und inneren Konterrevolution jahrzehntelang erfolgreich zu begegnen vermochte, verdient hohe Anerkennung. Wer sich dafür entschuldigt, entlarvt sich selbst. Die DDR, an deren Spitze von Beginn an bewährte und gestählte Antifaschisten standen, mit der Nazidiktatur gleichzusetzen, deren Protagonisten dann in Bonner Gefilden teilweise sogar den Ton angaben, ist eine politische Lumperei übelster Art.

Dr. Rudolf Dix



Dieses bewegende Bild vom Einmarsch der Roten Armee, der in Gera erst am 2. Juli 1945 – im Rahmen eines Gebietsaustausches mit den Amerikanern – erfolgte, machte Herbert Gutte, der Vater unseres Mitarbeiters Bernd Gutte aus Görlitz.

Genosse Rolf Weinhold

Aktivist und Vorkämpfer für die kommunistische Sache in Hoyerswerda, ist am 9. Juni im Alter von nur 53 Jahren einer schweren Krankheit erlegen. Wir entbieten Rolli einen letzten revolutionären Gruß.

Wir trauern um unseren am 13. Juni verstorbenen treuen Genossen **Horst Mette** aus Palingen bei Wismar. Erst in Bayern, dann in Mecklenburg-Vorpommern hat er sich große Verdienste um den „RotFuchs“ erworben.

Als Hitlers SA-Horden in Berlin Amok liefen Die Köpenicker Blutwoche

Am 30. Januar 1933 haben das deutsche Kapital und Vertreter des Adels den Nazis die Staatsmacht in Deutschland übertragen. Eine Woche danach, am 7. Februar, tritt in Ziegenhals bei Zeuthen das Zentralkomitee der KPD zu einer illegalen Tagung zusammen, an der etwa 40 seiner Mitglieder und weitere wichtige Funktionäre der Partei teilnehmen. In einer Rede warnt Ernst Thälmann nachdrücklich vor der nunmehr Realität gewordenen offenen faschistischen Diktatur: „Es ist der Bourgeoisie ernst damit, die Partei und die ganze Avantgarde der Arbeiterklasse zu zerschmettern. Sie wird deshalb kein Mittel unversucht lassen, dieses Ziel zu erreichen. Also nicht nur Vernichtung der letzten spärlichen Rechte der Arbeiter, nicht nur Parteiverbot, nicht nur faschistische Klassenjustiz, sondern alle Formen des faschistischen Terrors, darüber hinaus Masseninternierung von Kommunisten in Konzentrationslagern, Lynchjustiz und Meuchelmorde ...“ Am gleichen Tag versammelt die SPD ihre Anhänger zu einer Kundgebung im Berliner Lustgarten. Otto Wels, der Parteivorsitzende, beschwichtigt seine Mitglieder und Sympathisanten: „Gestrenge Herren regieren nicht lange.“ Und der „Vorwärts“, Zentralorgan der SPD, fügt am 8. Februar hinzu: „Berlin wird niemals die Hauptstadt eines Faschistenreiches werden. Berlin bleibt rot!“

Sehr bald stellt sich heraus, daß die Mahnung Thälmanns zur bitteren Wahrheit wird. Schon in den ersten Wochen bauen die Nazis ihr Terrorregime aus. Sie erlassen Gesetze, die ihnen absolut freie Hand gewähren, ihre Macht durchzusetzen. Massenverhaftungen von Kommunisten und Sozialdemokraten, von Mitgliedern der Gewerkschaften und anderen Arbeiterorganisationen, Hausdurchsuchungen, Beschlagnahme von Arbeitereigentum, Terror gegen Juden sind im ganzen Land an der Tagesordnung. Überall wüten verkommene Kleinbürger und Lumpenproletarier in den braunen Uniformen von SA und „elitäre“ Faschistenhorden der SS, oft im Zusammenwirken mit der „Weimarer“ Polizei.

Durch besondere Brutalität zeichnet sich der SA-Sturmabteilung 15 im Berliner Arbeiterbezirk Köpenick aus. Dort erreichen KPD und SPD bei der letzten Reichstagswahl am 5. März 1933 zusammen mehr Stimmen als die NSDAP, was die Wut der Braunen noch steigert. So setzt kurz darauf ihr Terror ein. Zwei Tage nach der Wahl verhaftet die SA vier Nazigegner, verschleppt sie in ihr Sturmlokal „Demuth“ in der

Elisabethstraße und mißhandelt sie. Im März werden die Wohlfahrtsvorsteherin Marie Jankowski, der stellvertretende Bezirksbürgermeister Heinrich Ehrlich (beide SPD), die KPD-Mitglieder Hermann und Paul Spitzer sowie weitere Antifaschisten festgenommen und brutal gefoltert. Auch im April und Mai setzt sich der SA-Terror, vor allem gegen Kommunisten, fort.

Am 21. Juni, morgens um vier Uhr, alarmiert der Führer des Sturmabteilung 15 die inzwischen mehrere Hundert Männer umfassenden SA-Stürme. Außerdem holt er den in Berlin schon berüchtigten Sturm 33 aus Charlottenburg zur Verstärkung herbei. Da sich die Faschisten bereits vorher die Adressen bei der Bezirksverwaltung beschafft haben, beginnen sie ab 8 Uhr,

Schmaus verhaftet werden soll, erschießt dessen Sohn Anton in Notwehr zwei SA-Männer und verletzt einen dritten. Nun steigern sich die Nazis in eine Orgie ungläublicher Brutalität und unmenschlicher Grausamkeit. Sie prügeln ihre Opfer bis zur Bewußtlosigkeit, schlagen ihnen ganze Fleischpartien aus den Körpern, schneiden einigen Nasen, Ohren und Hoden ab, streuen Salz und schmierigen heißen Teer in die Wunden, zwingen die in ihrer Gewalt Befindlichen, ätzende und giftige Flüssigkeiten zu trinken oder Kot herunterzuschlingen. Aus der Folterkammer des Amtsgerichtsgefängnisses, dem sogenannten Betsaal, läuft das Blut auf den Gang und die Treppe hinunter.

23 Antifaschisten werden an diesem Tag und danach viehisch umgebracht. Etliche Leichname, in Säcke eingeknäht, versenken die Mörder im Oder-Spree-Kanal und in der Dahme, andere werfen sie einfach in den Schmöckwitzer Wald. Weitere Malträtierte leiden noch jahrelang an ihren Verletzungen oder sterben später an deren Folgen. Eine unbestimmte Zahl von Antifaschisten bleibt für immer verschwunden.

Unter den 23 Toten befinden sich neun Kommunisten, sechs Sozialdemokraten – diese mit Johannes Stelling, Reichstagsabgeordneter, ehemaliger Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern und Mitglied des SPD-Parteivorstandes –, ein jüdischer Akademiker sowie acht Männer, deren politische Zugehörigkeit nicht festgestellt werden konnte. Das älteste Opfer ist 65, das jüngste 18 Jahre alt.

Nach dem Krieg werden die Nazi-Verbrechen der Köpenicker Blutwoche auf unterschiedliche Weise gesühnt. Der erste Prozeß findet im Juni 1947 vor dem Westberliner Landgericht in Moabit statt: Ein Angeklagter erhält 8 Jahre, ein zweiter ein Jahr und sechs Monate Gefängnis, einer wird freigesprochen, einem vierten ermöglicht man die Flucht. Dasselbe Gericht verurteilt im August 1948 drei der SA-Bestien zu Zuchthausstrafen. Ob sie in Gänze abgebußt wurden, bleibt offen.

Ein gerechtes Urteil, das der Schwere der Untaten gerecht wird, spricht erst das Landgericht Berlin in der Hauptstadt der DDR. Es erhebt im Juli 1951 Anklage gegen 61 ehemalige SA-Männer, von denen 32 anwesend sind. 24 haben sich in die Westzonen abgesetzt, wo sie straffrei bleiben. Das DDR-Gericht verurteilt 15 überführte Mörder zur Todesstrafe, die in sechs Fällen vollstreckt wird, 13 Angeklagte erhalten lebenslänglich, die restlichen Freiheitsstrafen zwischen 5 und 25 Jahren.

Günter Freyer

Die Namen der Opfer

Richard Aßmann, 57 Jahre, SPD, Angestellter
Paul von Essen, 47 Jahre, SPD, Schlosser
Dr. Georg Eppenstein, 65 Jahre, Chemiker
Hugo Helbing, 20 Jahre, Bäcker
Erich Jantzky, 32 Jahre, KPD, Maschinenschlosser
Götz Kilian, 42 Jahre, Buchhändler
Richard Krahl, 45 Jahre, ungeklärt
Karl Lange, KPD, Arbeiter
Lehmann, KPD, ungeklärt
Walter Majchrzak, 18 Jahre, KJVD, Bürolehrling
Mastalek, KPD, ungeklärt
Fritz Otto, ungeklärt
Paul Pohle, 49 Jahre, SPD, Laborant
Karl Pokern, 38 Jahre, Fleischer
Alfred Pusch, 27 Jahre, KPD, Arbeiter
Paul Röhrsens, 49 Jahre, Arbeiter
Anton Schmaus, 24 Jahre, SPD, Zimmermann
Johann Schmaus, 56 Jahre, SPD, Landarbeiter
Johannes Stelling, 56 Jahre, SPD, Politiker
Joseph Spitzer, 27 Jahre, KPD, Arbeiter
Paul Spitzer, 26 Jahre, KPD, Arbeiter
Franz Wätzow, ungeklärt

zuerst in der Siedlung Elsengrund hinter dem S-Bahnhof, dann im gesamten Bezirk Köpenick mit der Verschleppung von Gegnern des Naziregimes.

Hunderte Männer und etliche Frauen werden in die SA-Lokale „Seidler“, „Demuth“, „Wendenschloß“, „Jägerheim“, „Müggelseedamm“ und in das Amtsgerichtsgefängnis gebracht. Schon auf dem Weg dorthin und dann den ganzen Tag über werden sie mit Knüppeln, Säbeln, Totschlägern und Stahlruten bestialisch mißhandelt. Am Abend weitet sich die Gewalt noch mehr aus. Als der SPD-Funktionär Johann

Eine Antwort an Oberstleutnant a. D. Dieter Meusel

Was ich als würdelos betrachte

Im RF 123 schrieb Dieter Meusel: „Die gesellschaftlichen Umwälzungen und politischen Veränderungen nach dem Fall der Berliner Mauer hinterließen in allen Bereichen tiefe Spuren.“ Ich selbst bevorzuge eine andere Terminologie, spreche von Konterrevolution und antifaschistischem Schutzwall. So hat eben jeder seine Sicht auf die Dinge. Allerdings kommt auch in der Sprache der Klassenstandpunkt zum Ausdruck. Nur so ist es verständlich, daß es verschiedene Deutungen gibt.

Dieter Meusel verschweigt in seinem Artikel die Tatsache, daß schon vor der von ihm als „Beitritt“ bezeichneten Zwangsvereinigung z.B. Tausende von Politarbeitern aus den Reihen der NVA genötigt wurden, den Hut zu nehmen, soweit sie nicht bereits von sich aus gegangen waren. Ich spreche nicht von jenen, welche sich krampfhaft „wendeten“ und anboten, um die eigene Haut zu retten. Das betrifft besonders auch Leute im Ministerium für Nationale Verteidigung. Aktionen gegen die „Selbstaflösung“ der NVA waren nicht zu erkennen und scheinbar auch nicht gewollt.

Nur wenige Generale, Admirale, Offiziere, Fähnriche, Unteroffiziere, Mate und Zivilbeschäftigte kümmerten sich ernsthaft um ihre Unterstellten und Mitarbeiter. Sie waren in ihren Bereichen allzusehr damit beschäftigt, ihre eigenen seelischen Wunden zu lecken, weshalb sie ihrer Verpflichtung nicht oder nur ungenügend nachkamen. Gleichgültigkeit gegen Unterstellte und gefällige Eigenpräsentation vor dem „Bürgerrechtler“ und West-Chef waren fast die Regel.

Da wurden von Kommandeuren Wolkenkuckucksheime entworfen, was man so alles nach der „Vereinigung von NVA und BuWe“ aus den Dienststellen machen könnte – von Baumarkt, Kfz-Werkstatt, Motocrossbahn bis hin zum Ferienobjekt war die Rede – und welche friedlichen Zeiten jetzt in Gorbatschows „Haus Europa“ anbrechen würden.

Da wurden ganze Ersatzteillager entweder verscherbelt oder auf den Schrott geschoben. Und nicht erst nach der Zwangsvereinigung wurde aufgelöst und weggeworfen.

Auf zahllosen Kommandeurstagungen aller Ebenen verkündete man sich widersprechende Aufgabenstellungen, die anderntags bereits hinfällig waren.

In tiefer Unterwürfigkeit hielten NVA-Offiziere ihren West-Kommandeuren schon seit dem 24. April 1990 jedes VS-Dokument unter die Nase, um sich anzubiedern. Nur wenige von ihnen behandelten die Bundeswehr-Offiziere als das, was sie waren: Beauftragte des Klassenfeindes.

Der schleichende Verrat am Klassenauftrag war die Ursache des Scheiterns – die gedankenlose Übernahme der Terminologie des Gegners durch viele Kommandeure dessen Mittel und Methode. Da ging z.B.

der Leiter einer Politabteilung in Urlaub, kehrte aber nicht zur Truppe zurück (im Januar 1990 soll er bereits im Westen gewesen sein) und ein Oberst am „Sorgetelefon“ im MfNV hatte dafür auch noch Verständnis.

Fahnenflucht war kein Thema mehr, obwohl die Dienstvorschriften (noch) galten. Da stiefelten Tage vor der Zwangsvereinigung Noch-NVA-Offiziere in ihren neuen NATO-Uniformen voller Stolz über die Exerzierplätze und waren froh, sich nun gegenseitig mit „Herr“ anreden zu können. Wie würdelos sich das alles abspielte, dürfte man künftig wieder häufiger im Fernsehen betrachten können, wenn es Berichte über diesen Zeitraum im Vorfeld des 20. Jahrestages der Konterrevolution geben wird. Das Gedränge und die Anbiederung der Mitarbeiter des MfNV um und bei Pastor Eppelmann, der irreführenderweise als „letzter DDR-Verteidigungsminister“ bezeichnet wird, waren sehr peinlich. Sie sind in Bild und Ton gespeichert. Heinz Ehrenfeld ist nur zuzustimmen.

Dieter Meusel schreibt: „Verantwortungsbewußtsein und Überzeugungstreue ... waren typisch für das Denken und Handeln der Verantwortungsträger in der Zeit von 1989/90.“ Ich habe in dieser Zeit vor allem „Rette sich, wer kann“ erleben müssen. Und damit habe ich noch heute zu kämpfen. Denn auch ich habe versagt. Das ist meine Verantwortung. Das ist mein Dilemma. Meiner Verantwortung als Offizier wurde ich nicht gerecht – doch meiner Überzeugung blieb ich treu. Und deshalb kämpfe ich heute vor allem gegen die Schuldzuweisung an „die alten Männer da oben“, denn die Ursache unseres Versagens liegt bei jedem einzelnen von uns selbst. Ich wende mich gegen das Gejammer wegen gekürzter Renten. Was hat man denn vom Klassenfeind erwartet? Zuschüsse?

Mancher junge Berufssoldat der NVA wird dank der kapitulantenhaften Haltung meiner Offiziersgeneration kaum noch eine zum Leben ausreichende Rente erhalten.

Meine beiden Neffen und mit ihnen viele andere junge deutsche Männer und Frauen dürfen den „freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat“ inzwischen am Hindukusch und anderswo „verteidigen“, weil sie sich davon eine Chance des Überlebens im Kapitalismus erhoffen. Ist das ein „friedliches“ Ergebnis der „Wende“?

Darüber sollten wir nachdenken.

Wenn „Überzeugungstreue“ so typisch gewesen wäre, wie Dieter Meusel behauptet – warum lenkt dann heute kein ehemaliger NVA-Berufssoldat als Bürgermeister aus der Partei Die Linke die Geschicke der Stadt Strausberg? Oder Löbaus? Oder wenigstens Neuhardenbergs – bei so viel „Verantwortungsbewußtsein“ ...

Wo sind all die „verantwortungsbewußten“ NVA-Akademiker, Doktoren und Professo-

ren, Diplom-Philosophen und Diplom-Militärwissenschaftler abgeblieben? Setzen sie den Kampf fort? Einige ja. Etliche sitzen wohl unterdessen „hinterm Ofen“ und leben von der kargen Rente.

Vor den standhaft gebliebenen Genossen der NVA, der Grenztruppen, des MfS, der Zivilverteidigung, des Zolls und der VP ziehe ich meine Mütze. Wen ich u.a. meine? Mit einem Fernschreiben vom 9. 12. 1989 verbreitete „das Kollektiv des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit Gera ...“ einen „Aufruf zum Handeln“, der sich u. a. auch an das MfNV richtete, ohne dort eine Reaktion auszulösen.

Die Geraer Genossen riefen „zum noch möglichen gemeinsamen Handeln für die Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und damit der Existenzgrundlage für den weiteren Bestand der DDR“ auf.

Einigen Mitarbeitern dieser Dienststelle brachte der Aufruf „Heute wir – morgen Ihr“ noch zur Zeit der geltenden DDR-Verfassung ein von den Herren Eppelmann und Templin veranlaßtes Ermittlungsverfahren wegen „Hochverrats“ ein. Die Genossen forderten nicht etwa zur Gewaltanwendung auf – sie hatten einfach nur den Mut, sich der Konterrevolution entgegenzustellen. Solchen Widerstandswillen brachten viele leitende Mitarbeiter des MfNV nicht auf, auch nicht in der Politischen Hauptverwaltung.

Bis zum Tagesbefehl vom 20. Juli 1990 und zum Befehl 5/90 über die „Vorbereitung und Durchführung der Verteidigung“ galten für alle Armeeangehörigen der Fahneide und das Offiziersgelöbnis der DDR. „Wer ein Versprechen nicht einhält oder sein Wort bricht, kann – falls er ernstlich verhindert war – noch als ehrenhaft gelten. Der Bruch des Fahneidees ist jedoch unausweichlich mit dem Verlust der Ehre verbunden.“ (Lothar Glaß, 1964) Auch darüber sollten wir nachdenken.

Die einzige Ehre, die der NVA für ewig bleibt, ist die Tatsache, daß es sie 34 Jahre gab und daß sie Anteil daran hatte, daß über vier Jahrzehnte in Europa kein Krieg stattfinden konnte und von deutschem Boden kein bewaffneter Konflikt ausging. Auf allen Kommandeurebenen gab es viele aufrichtige Genossen, die dazu beitrugen.

Detlef Krüger

Berichtigung

Im RF 125 ist der Beitrag auf S. 22 („Wie ich Bundeswehr-Fans in einer Taverne auf Kreta erlebte“) versehentlich unter falschem Namen erschienen. Autor des Artikel ist Dr. Ulrich Sommerfeld, bei dem wir uns sehr herzlich entschuldigen.

Es war nicht alles Gold, was glänzte“. Unter diesem Titel erschienen im RF 121 „Erfahrungen eines Wirtschaftsplaners“. Ich möchte einige Bemerkungen dazu machen.

Wo ist schon alles Gold, was glänzt? Kein Wirtschaftsbereich im Kapitalismus produziert reibungslos, weil es eine solche Produktion gar nicht geben kann. Groß geworden in der DDR, habe ich Höhen und Tiefen erlebt, mich gebildet und geschlagen. Sie war mein Zuhause wie eine Großfamilie mit allen Ecken und Kanten, die Regeln verlangt und in der man Mühe hat, sein Erwachsensein zu verteidigen. Aber ich war Bürgerin meines Staates und ohne Angst, meine Meinung zu sagen. Sicher, das schafft nicht nur Freunde, wobei es auch durchaus keinen Verlust bedeutete, wenn es sich um „Genossen“ handelte, die den einfachsten Weg des Sich-Duckens und Kaschierens gingen. Der Autor legt davon beredtes Zeugnis ab.

Zeit ihrer Existenz galt die DDR dem „Westen“ als Unrechtsstaat: Das SED-Regime herrsche über das Volk und verfolge mittels der „Stasi“ alle, die anderer Meinung seien. Die heutigen Sieger sprechen von der maroden Mangelwirtschaft der DDR und liefern die „Schuldigen“ dem Volkszorn aus: EH, GM und das Politbüro. Den Plan als Gesetz und die zentrale Wirtschafts- und Staatsführung unter der SED. Einer „von uns aus dem Osten“, Prof. Kawelke, scheint als ehemaliger Stellvertreter des Planungschefs eines Kombinats autorisiert, über das Thema reden zu können. Bei ihm liest sich der vorstehende Absatz etwa so: Die Partei- und Staatsführung bestimmte die politische Linie. Fachleute machten leider nur zaghaft darauf aufmerksam, daß die sogenannte Politik der Hauptaufgabe nicht nur positive Seiten hatte. Aber Erich Honecker und Günter Mittag setzten unbeirrt ihren Kurs fort, auch das Politbüro erhob keine Einwände. Auf Wirtschaftstheoretiker und -praktiker, die sich für eine Korrektur aussprachen, wurde nicht gehört. Dabei „... hätten Milliarden von Zusammenhängen in Übereinstimmung gebracht werden müssen. Hochkompliziert war die Beherrschung der Reproduktionsprozesse, an der es vor allem mangelte.“ Allerorten wurde falsch zentralisiert, verfügt, falsch verteilt, gelogen und Wohlbefinden geschmälert. Das „... Wohnungsbauprogramm, (war) einseitig konzipiert ...“ und am schlimmsten natürlich die Planpolitik auf der Grundlage von Parteibeschlüssen.

Endlich erfahren wir, wie das wirklich gelaufen sein soll. Das Industriekombinat hatte der SED-Bezirksleitung (nicht etwa der Plankommission) Meldung zu erstatten. Und es ging natürlich nicht an, daß Nichterfüllung des Plans gemeldet wurde, weil der 1. Sekretär der Bezirksleitung im Politbüro saß. Die jahrelange Fälschung der Planerfüllung wurde einvernehmlich praktiziert, um sich bei den Werktätigen anzubiedern. Ihr proletarischer und nur aufs Materielle bedachter Unmut könnte sich ja sonst gegen „die da oben“ wenden. Die „Erfahrungen eines Wirtschaftsplaners“ erinnern mich an die Wenderede

meines PÖS-Dozenten an der Humboldt-Uni. Auch er hatte all die Jahre so reden müssen und doch nicht anders gekonnt. Im Klartext: Er mußte heucheln und lügen – und zwar wider besseres Wissen! Den Namen des Mannes habe ich längst vergessen.

Die Tragik vieler, insbesondere etlicher Gesellschaftswissenschaftler, bestand und besteht darin, daß ihr Wissenspotential nur dort gefragt ist, wo es zur Verunglimpfung der ehemals sozialistischen Staaten beiträgt. Das Geschichtsverständnis eines Abiturienten in der bürgerlichen Demokratie hat gar viele Lücken. Das manches in der DDR ausgebildeten

Es wurde führungslos alleingelassen. Die Ironie des Schicksals besteht darin, daß gewissenhafte, ihrer Arbeit verpflichtete Genossen diesen Prozeß gefördert haben, indem sie in den Kollektiven Entbehrliche, die „gut reden konnten“, auf Parteiposten und zum Studium „wegdelegiert“ haben. Schönredner wurden für Führungsfunktionen ausgebildet. Solche Entscheidungen waren sehr kurzsichtig, denn selbstzufriedene Menschen kämpfen nicht. Sie klopfen sich nur gegenseitig auf die Schultern, immer auf der Hut, daß ihnen niemand ihr warmes Pöstchen streitig macht. Die Verbindung der Grundorganisationen zur Führung der Partei und des Staates

Was den Vortrupp der Klasse zahnlos machte Verfälschende Konzepte

Hochschulkaders leider auch. Als erstes hat er vergessen: Grundlegend andere Eigentumsverhältnisse und Zielstellungen sowie bei Strafe des Untergangs damit verbundene Schutzorgane unterscheiden das Funktionieren eines sozialistischen von einem kapitalistischen Staat. Wer daran erinnert, dem wird mit der „Stasi“-Keule gedroht. Dazu wurde sie erfunden. Nichts war mehr Angriffen ausgesetzt als die kommunistischen Parteien der sozialistischen Länder – mit Erfolg. Es ist zu schlußfolgern, daß die Parteien, die das gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln zu garantieren und es zu bewahren hatten, gravierende Fehler begingen, nicht aber, daß ihr Vorhandensein selbst ein Fehler war und ist.

Genossen die Funktionäre und Mitarbeiter der SED Narrenfreiheit? Ich vermute, daß ein gewisses Schutzorgan hier oftmals bewußt ausgehebelt worden ist; aber darüber weiß ich zu wenig.

Wir alle sind groß geworden mit solchen oftmals halb scherzhaft gebrauchten Wendungen wie: „Die Partei hat immer recht.“ Nein!!! Schon vor Jahrzehnten hätten wir schreien sollen, daß es so nicht stimmt. Hinter dieser einem Liedtext entnommenen Aussage haben sich Tausende Parteimitglieder verkrochen und ihre persönliche Verantwortung geleugnet. Denn die Partei bestand aus einzelnen Menschen.

Unser seit Jahrhunderten geschultes Obrigkeitsdenken hat sie zu unserem Gott gemacht und nicht nur manchen Mitarbeiter des Parteiapparats zum Götzendiener. Dieser große bürokratische Apparat ist mit der Zeit immer mehr versozialdemokratisiert und dann einfach zusammengebrochen. Das Volk hat nicht mit seinen Füßen für oder gegen den Sozialismus abgestimmt.

war gerissen und umgekehrt auch, d. h. die Organisiertheit als Kraft- und Machtquelle existierte nur noch scheinbar. So wurde der revolutionäre Vortrupp der Arbeiterklasse zahnlos.

Die Entwicklung der SED zur Massenpartei führte zwangsläufig zur Verwässerung der staatstragenden Ideen. DDR-Bürger, die aus den verschiedensten Gründen nicht Mitglied dieser oder einer anderen Partei sein wollten oder konnten, grenzte man oftmals aus. Ein beachtliches wissenschaftlich-technisches Potential lag damit weitgehend brach. Eine solche Entwicklung war höchst kontraproduktiv bei der Herausbildung des staatsbürgerlichen Denkens und Handelns, dessen Rolle unterschätzt wurde.

Weder das obligatorische Studium der Gesellschaftswissenschaften noch die SED-Mitgliedschaft haben automatisch zur Entwicklung einer sozialistischen Klassenstruktur und eines entsprechenden Bewußtseins beigetragen. Hochschulstudien führten in so manchen Fällen zur Formierung eines neuen (Bildungs-)Kleinbürgertums. Diese sich selbst genügende Schicht, die sich des Wertes ihrer Qualifikation (auch in DM) bewußt war, wurde zu einem Hemmschuh beim Entstehen der sozialistischen Gesellschaft, statt deren Voranschreiten durch ihr Wissen zu beflügeln. Sie produzierte „vergeistigte“ und damit die marxistisch-leninistische Weltanschauung verfälschende Konzepte. Diese wird nicht zur angewandten Wissenschaft, indem sie ihre Unverständlichkeit beweist. Zugleich war die Forderung, immer nur positive Tendenzen darzustellen, ambivalent, wenn nicht gar tödlich.

Gudrun Rudolph

Wie ich in Hannover Dieter Nolls „Abenteuer des Werner Holt“ entdeckte Ein ganz besonderes Geschenk

Es war das zweite Weihnachten, das ich ohne meine Frau erleben mußte. Trost gibt es keinen, nur hin und wieder Gelegenheiten, bei denen das Unerträgliche ein wenig leichter scheint. Dazu gehören meine Ausflüge in Buchhandlungen und Antiquariate. In der Auslage eines von ihnen fand ich das Buch „Die Abenteuer des Werner Holt“. Ich war wie elektrisiert. Den Titel hatte ich schon einmal im „RotFuchs“ gesehen. Zwei Euro kostete mich die „Lizenz Ausgabe für die Schulen der Deutschen Demokratischen Republik“.

Das Buch war mein Weihnachtsgeschenk! Doch von wem? An ein höheres Wesen glaube ich nicht. „Es rettet uns kein höh'eres Wesen, kein Gott, kein Kaiser noch Tribun. Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun.“ So steht es in der „Internationale“. Mehr habe ich dazu nicht zu sagen. Ich nahm den Band als Geschenk meiner Frau. Häufig hat sie mir treffsicher Bücher gekauft, die sie selbst gar nicht interessiert. Sie wußte stets genau, was mich freute. Es hätte zu ihr gepaßt: ein Geschenk von geringem Tauschwert, aber hohem Gebrauchswert. So war sie: ein wirklicher Mensch, voller Lebensfreude, bodenständig und treu, kein höh'eres Wesen. So bleibt sie für mich.

In der BRD aufgewachsen, kannte ich den Inhalt des Buches leider nicht. Ich erwartete etwas über den Aufbau der DDR mit seinen Schwierigkeiten und Erfolgen. So war ich anfangs enttäuscht, als ich herausfand, daß es von der Niederlage des Faschismus handelte. Davon hatten wir in der Schule auch zu hören bekommen. Hier hieß das allerdings „Untergang des Dritten Reiches“. Ein Schiff, das gegen einen Eisberg läuft: Schicksal!

Wir sahen in der Schulaula den Film „Die Brücke“ von Bernhard Wicki. Das Buch von Manfred Gregor habe ich viele Jahre später gelesen. Da erst fiel mir auf, was die Lehrer verschwiegen hatten. Es ist ein Antikriegsbuch, das der bundesdeutsche Nachkriegsmichel allerdings versteht, ohne tiefer nachdenken zu müssen. Da haben sie die jungen Burschen noch verheizt, als das Kriegsende schon absehbar war. Das mit den Juden war auch nicht richtig. Aber Hitler hat immerhin die Autobahnen gebaut! Für das wiedererstarkende Deutschland waren Buch und Film akzeptabel. Sie paßten in das „neue“ Selbstverständnis der BRD. Wiederaufbau statt Neubau.

„Die Abenteuer des Werner Holt“ sind da von ganz anderem Kaliber. Es bleiben keine Ausflüchte. „Der Roman einer Jugend“ ist ohne erhobenen Zeigefinger geschrieben und verzichtet auf fertige Antworten. Man muß beim Lesen mitdenken und nach der Lektüre eigene Überlegungen anstellen.

Dieter Noll schreibt in einem fesselnden, spannenden Stil. Deswegen fiel es mir leicht,

die Lektüre auch dann fortzusetzen, als mir der Werner Holt längst auf die Nerven ging. Dieser dumme Junge mit seiner Gymnasialbildung! Er ist kein positiver Held und repräsentiert genau dadurch seine Gesellschaftsschicht: wohlhabend und privilegiert, von den gesellschaftlichen Verhältnissen profitierend. Wirklichen Widerstand gibt es nicht. Im Gegenteil, man läuft mit und versucht, das Beste daraus zu machen. Es wird auch ihr Verhängnis werden. Allerdings können die Bürgerlichen in der BRD nach recht kurzer Unterbrechung da wieder ansetzen, wo sie aufgehört hatten. Holts Weltanschauung hat durch das Verhalten seines Vaters einen Riß bekommen. Aus Opposition gegen die Nazis hat dieser seine Karriere abgebrochen und eine minder bezahlte, weniger angesehene Arbeit aufgenommen. Er ist ein Naturwissenschaftler mit Gewissen und will sich nicht instrumentalisieren lassen. Holt läßt das keine Ruhe. Er fängt an zu zweifeln, doch fehlt ihm die Orientierung. Gegen Ende des Romans wird es eindeutig ausgesprochen: „Bourgeois und Proletarier ...“, sagte Holt, „was soll mir das! Damit kann ich nichts anfangen! Wir sind alle Deutsche!“

Zu welcher Verrohung Faschismus und Militarismus führen, zeigt sich schon bei dem Abenteuer der Gymnasiasten im Wald. Zu ihrem eigenen Vorteil wollen sie einen abgelegenen Bauernhof überfallen, um die einzige Sau zu rauben. Dafür den Hund zu töten ist für sie kein Problem. Aufkeimende Gewissensbisse werden erstickt: „Das ist im Krieg so Sitte!“, beschwichtigt einer der Jungen.

Ich gebe zu, daß mir der Wolzow bisweilen gefällt! Er lehnt sich auf, ist widerborstig und akzeptiert Autorität nur dann, wenn sie sich nicht auf Rang, sondern auf Können gründet. Schade nur, daß Wolzow auf der falschen Seite kämpft! So ist er das Beispiel eines Militaristen: Krieg um des Krieges willen. Wolzow ist gewalttätig und brutal. Er schreckt selbst vor Mord nicht zurück. Nachdem er im Wald den HJ-Führer Meißner zusammengeschlagen hat, würde Wolzow ihn sogar töten, weil er das Tötenkönnen von sich erwartet. Auch um sich vor Strafe zu schützen. Letzteres hat er mit jedem Kriminellen gemein.

Als Holt mit seinen Kameraden gegen die Rote Armee gen Osten geschickt wird, lese ich im Buch die Städtenamen Breslau, Oels, Namslau. Mein Vater stammte aus der Gegend, aus Fürsten-Ellguth. Er wuchs dort in ärmlichen Verhältnissen auf. Der Großvater war Landarbeiter auf einer Domäne. Die Erinnerung an die Dorfschulzeit war für meinen Vater von vielen Schlägen des Lehrers verdunkelt. Ihn haßte er bis zuletzt. Und er lernte so, falsche Autorität nicht zu achten.

Faschismus und Militarismus waren meinem Vater ein Graus. Schließlich sollte er

Breslau vor den „Roten“ verteidigen. Das Gewehr 98 warf er bei erster Gelegenheit weg. Er wollte nicht auf sowjetische Soldaten schießen, in denen er die Befreier vom Faschismus sah.

So etwas schaffte der Gymnasiast Werner Holt nicht! Als sich der Gefreite Horbeck, ein klassenbewußter Arbeiter, und Sepp Gomulka, der Sohn eines Rechtsanwalts, freiwillig in Gefangenschaft begeben wollen, geht Holt nicht mit. Zu sehr ist er den alten „Idealen“ verhaftet. Abfällig nennt ihn Horbeck „Bourgeoisöhnchen“. So sah ich Holt seit Anfang des Romans.

Nachdem dieser aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft entlassen worden war, erblickte er einmal in einem Dorfteich sein Spiegelbild: „Ein viel zu großer Schädel, ein hohlwangiges Gesicht, fiebrig glänzende Augen, struppiger Bart ...“ Es erinnerte ihn an Fotos, die er früher in einer Zeitschrift gesehen hatte. „Untermenschen“ hieß es zur Erläuterung. Auch das ließ mich an meinen Vater denken. Wenn im Fernsehen zerlumpte deutsche Kriegsgefangene zu sehen waren, sagte er zu mir: „Schau sie dir an, diese Herrenmenschen!“

Was mag aus Holt und Wolzow geworden sein? Wenn das Erlebte Holt eine Lehre gewesen ist, dürfte er überzeugt am Aufbau der DDR mitgearbeitet haben. Dessen bin ich mir sicher.

Wolzow hingegen wird sich, wenn er überlebt hat, in den Westen begeben und später in der BRD Karriere gemacht haben: vermutlich in der Bundeswehr! Auch davon bin ich überzeugt.

Aus dem „RotFuchs“ erfuhr ich vom Tode Dieter Nolls. Beim Lesen seines Romans hatte ich ja auch den Autor kennengelernt. Mit ihm ist ein weiterer treuer Kommunist dahingegangen. Es macht mich traurig.

Nach dem Verlust meiner Frau, die vor über einem Jahr gestorben ist, hatte ich Mühe, weiterzuleben. Nichts bedeutete mir noch etwas. Doch jetzt ist es wieder an der Zeit, etwas zu schreiben. Unsere Reihen müssen geschlossen bleiben!

Norbert Kornau

Ein Großer des Fernsehens der DDR, der namhafte Publizist und standhafte Kämpfer für den Sozialismus

Ulrich Makosch

ist gestorben.

Der „RotFuchs“ wird seinen Leser in ehrender Erinnerung behalten.

Über einen antifaschistischen Helden, der nicht vergessen werden darf

Mein Mitkämpfer Helmut Wagner

Ich möchte einen Genossen vorstellen, mit dem ich mich besonders eng verbunden fühle. Er wurde als Widerstandskämpfer von der Nazijustiz zum Tode verurteilt und hingerichtet – er verdient es, in einem Atemzug mit anderen Helden unserer Bewegung genannt zu werden. Es handelt sich um den Arbeiter Helmut Wagner, der am 22. Oktober 1911 in Weißenfels geboren wurde. Er gehörte dem Arbeitersportverein „Fichte“ an, war Mitglied der KPD und nach 1933 in einer illegalen Gruppe der Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit aktiv. Am 28. Oktober 1937 wurde er zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Während des durch die Faschisten entfesselten Zweiten Weltkrieges zählte er zu den Funktionären der von Saefkow, Jacob und Bästlein geleiteten KPD-Organisation. Nachdem er im Dezember 1943 aus Hitlers Wehrmacht desertiert war, übertrug man Helmut Wagner die Verantwortung für illegale Zellen in der Nazi-Polizei und Wehrmacht.

Am 8. Juli 1944 erneut verhaftet, wurde er am 26. Oktober zum Tode verurteilt und in Brandenburg exekutiert.

Schon 1943 war ich Herbert Fölster begegnet, der bei der Firma W. Feiler als Werkzeugmacher und später als Technischer Zeichner arbeitete. Er erhielt von Anton Saefkow den Auftrag, eine illegale Jugendgruppe aufzubauen und suchte Kontakte zu Kindern von KPD-Genossen. So bekam er Verbindung zu mir. Über den Genossen Hermann Fischer, der mit meinen Eltern befreundet war, erfuhr Herbert Fölster, daß er es wagen könnte, mich für die illegale Arbeit zu gewinnen, da es sich bei meinen Eltern um zuverlässige Genossen handelte. So wurde ich Mitglied der Jugendgruppe der Saefkow-Organisation, für deren Arbeit dann Helmut Wagner verantwortlich war. Ich traf Anfang 1944 mit ihm zusammen. Meine Eltern arbeiteten ebenfalls in der Saefkow-Organisation, und meine Mutter stellte unsere Wohnung für illegale Treffs zur Verfügung. Mein Vater hielt in Oberschlesien, wo er seit etwa 1942 als Bauarbeiter tätig war, geheime Quartiere bereit.

Über persönliche Dinge habe ich mich recht wenig mit „Alfred“ (Helmut Wagners Deckname) unterhalten. So weiß ich nichts über sein Elternhaus, über seinen Schulbesuch, über seine Geschwister. Doch ich kann mit an Sicherheit grenzender Gewißheit sagen, daß er nicht verheiratet war, obwohl er eine Freundin hatte. Er sagte mir einmal, ein illegal Lebender könne keine Familie gründen.

Wenn „Alfred“ die Zusammenkünfte in unserer Wohnung beendet hatte, begleitete ich ihn manchmal noch ein Stück. Meistens führte unser Weg von der Barnimstraße 15, wo wir wohnten, in die Neue Königstraße und von dort die Greifswal-

der hinunter. Er trug sehr oft einen hellgrauen Anzug, der ihm gut stand. Helmut Wagner hatte ein schmales Gesicht und sehr hübsche graue Augen, war mittelgroß und schlank. Er verriet mir einmal, daß er in seiner Aktentasche immer eine Pistole bei sich trage. Wenn man ihn erwische, sei er als Deserteur ohnehin verloren. Er wolle aber erst noch welche von den Gestapo-Leuten mitnehmen. Ich bewunderte natürlich seine Kühnheit, hielt dieses Maß an Risikobereitschaft aber doch nicht für ganz richtig.

Bei Wagners Verhaftung, wie auch bei den Festnahmen anderer Genossen der Gruppe, gingen die Gestapoleute sehr geschickt vor. Sie traten auf der Straße von hinten an die Betreffenden heran, drehten ihnen blitzschnell die Arme auf den Rücken, damit sie kampfunfähig waren, und stießen sie dann entweder in ein bereitstehendes Auto oder einen Hausflur.

So erging es auch „Alfred“. Es war ihm nicht vergönnt, einen seiner Häscher zu erledigen. Dafür waren diese Leute viel zu gut ausgebildet. Die Waffe wurde ihm im Gegenteil zum Verhängnis. Ich glaube mich daran zu erinnern, daß auch andere Genossen es nicht für richtig hielten, daß er sie stets bei sich hatte.

Helmut Wagner war ein lustiger Mensch, trotz allem immer optimistisch. Politische Fragen, die wir an ihn stellten, konnte er gut beantworten. Man mußte ihn also zu den geschulteren Kadern zählen. Ich erinnere mich sehr gut an einen Treff am Wersee im Frühsommer 1944, den wir als Ausflug getarnt hatten. Helmut Wagner wollte vor allem die neuen Mitglieder – also auch mich –, ihre Einstellung und Zuverlässigkeit, besser kennenlernen. Herbert Fölster, Willi Betsch und ich hatten einen großen Ball mitgebracht, und wir spielten mit ihm in Gesprächspausen. Dabei beobachtete und fotografierte uns die Gestapo.

Später erinnerten sich Herbert und Willi, daß sie zwei Männer bemerkt hatten, die uns ziemlich dicht auf den Fersen gewesen waren. Bei der Verhandlung vor dem „Volksgerichtshof“ legte man den Angeklagten die Aufnahmen vor und fragte sie, wer das Mädchen darauf sei. Sie erwiderten, mich unterwegs kennengelernt zu haben und meinen Namen nicht zu wissen. Aus den Justizakten geht jedoch hervor, daß die Gestapo die Wohnadresse meiner Eltern längst kannte. Dort war vermerkt: „Weitere Anklagen stehen bevor.“ Dazu kam es aber zum Glück nicht mehr.

Von einer Rast in einer Gaststätte schickten wir eine Ansichtskarte an meine Eltern nach Oberschlesien. Kennzeichnend für Helmut's Humor war sein Gruß mit einer Zeichnung: ein trauriges Gesicht vor dem Essen und ein lachendes Gesicht danach. Die Karte ist leider verlorengegangen, was ich sehr bedaure. Sie wäre eine Erinne-

rung an „Alfred“ gewesen. Ganz sicher hätten Herbert Fölster und Willi Betsch, die einen viel engeren Kontakt mit Helmut Wagner und Anton Saefkow hatten, Näheres berichten können. Doch beide sind inzwischen leider verstorben.

Ich war betrübt, als ich unter den Widerstandskämpfern der Saefkow-Organisation, nach denen Straßen im Neubaugebiet am Weißenseer Weg benannt wurden, nicht auch seinen Namen fand. Helmut Wagners enge Kampfgefährten Anton Saefkow, Franz Jacob, Alfred Jung, Paul Junius, Karl Lade und Rudolf Seiffert wurden so geehrt. Hier hätte man auch an ihn erinnern sollen.

Im März 2008 beschloß die VVN, Helmut Wagner mit einem Stolperstein zu würdigen.

Elfriede Fölster

Wirbel an der Küste

Beim RF-Förderverein hat sich während des ersten Halbjahres im Norden viel bewegt. Weitere Leser und Mitglieder konnten gewonnen werden. Mit tatkräftiger Unterstützung des Vorstands der Regionalgruppe Rostock, die bereits seit fünf Jahren besteht, konstituierten sich in diesem Raum zwei neue Regionalgruppen. Die **RG Nördliches Vorpommern** mit den Kreisen Stralsund, Rügen, Ribnitz-Damgarten wurde am 23. Mai gegründet. Vorsitzender ist Günter Roloff.

Am 30. Mai bildete sich die **RG Wismar-Grevesmühlen-Lübeck**. Hier wurde Wismares langjähriger Oberbürgermeister Günter Lunow zum Vorsitzenden gewählt. In der Phase der Vorbereitung auf die Konstituierung beider Regionalgruppen fanden sieben Leserveranstaltungen mit etwa 420 Teilnehmern statt. Im Land Mecklenburg-Vorpommern ist der „Rot-Fuchs“ jetzt in 15 der 18 Kreise organisatorisch präsent.

Harry Machals,
Vorsitzender der RG Rostock

Am 10. Juli um 16.30 Uhr spricht

Prof. Dr. Benno Pubanz

auf einer Veranstaltung der Regionalgruppe Güstrow im Haus der Generationen, Weinbergstraße 28, über das Thema

„Verordneter Antifaschismus in der DDR?“

Brief eines PDL-Stadtrats aus Hohnstein

Nie wieder Schönfärberei!

Die RF-Veranstaltung mit Werner Großmann in Freital hat mich sehr bewegt und zum Nachdenken angeregt. Ich möchte ihm und vielen weiteren Offizieren und Generalen a.D. des MfS danken, die sich mit ihren Veröffentlichungen und ihrem Auftreten schützend vor alle Angehörigen ihres Dienstes stellen. Eine solche Haltung suche ich bei vielen ehemals ranghohen Funktionären der SED vergeblich. Ich habe einige Jahre im Parteiapparat gearbeitet, zuletzt als Verantwortlicher für Information, und weiß deshalb, daß die 1. Kressekretäre persönlich mit den Leitern der Kreisdienststellen des MfS die politische Lage analysierten und Maßnahmen festlegten. Insofern hat nur die SED die politische Verantwortung für die Tätigkeit des MfS übernehmen müssen. Statt dessen aber ließ man seine Mitarbeiter oft genug im Regen stehen.

Auch die Nachfolgepartei der SED, deren Mitglied ich noch bin, entzog sich weitgehend dieser Pflicht. Offensichtlich war man froh, daß sich der politische Gegner auf das MfS einschob, so daß man selbst ein möglichst schonendes Ankommen und Sich-Einrichten in dieser Gesellschaft zu organisieren vermochte.

Bei unseren Diskussionen wird immer wieder die Frage gestellt, wie es trotz eines so effizient arbeitenden Geheimdienstes zum politischen Zusammenbruch der DDR kommen konnte. Nach meiner Überzeugung gibt es dafür zwei wesentliche Ursachen: eigenes Versagen und die Konterrevolution. Ich möchte mich der erstgenannten zuwenden. Insbesondere kann ich für den Zeitraum der 80er Jahre sprechen. Es gab in der Partei eigentlich gut funktionierende Informationslinien von den Grundorganisationen bis zum ZK. Ich habe in meiner Funktion die Berichte entgegengenommen, ausgewertet und sie in Zusammenarbeit mit den in Betracht kommenden Abteilungen dem Sekretariat der Kreisleitung zugeleitet. Es zeigte sich jedoch: Je kritischer die Informationen waren, um so weniger wollte man sich damit auseinandersetzen. Das ging dann in der Berichterstattung an die Bezirksleitung in ähnlicher Weise weiter. Dort wollte man nämlich auch lieber Erfolgsmeldungen aus den Kreisen erhalten und weiterreichen. Das Ganze war natürlich reinste Augenauswischerei!

Da stellt man sich die Frage, wie man dieses Spiel so mitmachen konnte. Die Partei-

linie lautete ganz simpel: Es gilt, das positive Beispiel zu propagieren, nicht aber die realistische Darstellung von Problemen, Engpässen usw. Außerdem nahmen wir an, daß der 1. Sekretär der KL durch das MfS ja von allem in Kenntnis gesetzt worden sei. Was dieser jedoch mit seinem „Insiderwissen“ machte, wußten wir nicht. Auf diese Weise baute sich das Politbüro seine eigene heile Welt, fernab von der Wirklichkeit. Das widerspiegelt auch eine Aussage Erich Honeckers, der auf die Frage, was denn mit den Informationen des MfS, die er regelmäßig erhalten habe, geschehen sei, etwa sinngemäß antwortete: „Ich habe ihnen kaum Bedeutung beigemessen, da ich den Eindruck hatte, daß nur aus den Westmedien abgeschrieben wurde.“

Ich ziehe für mich die Konsequenz, innerhalb der Partei Die Linke, insbesondere als Mitglied der Kommunistischen Plattform und als Stadtrat in einem Kommunalparlament, jegliche Schönfärberei zu vermeiden und stets dafür einzutreten, die Interessen der einfachen Menschen und die Sache des Antifaschismus zu vertreten.

Roland Döring

An ihrer Sprache sollt ihr sie erkennen

Aus dem BRD-Wortschatz

Immer wieder machen sich Politiker jeglicher Couleur, selbsternannte Historiker und natürlich unsere absolut „unabhängigen“ Medien Sorgen wegen der ungenügenden und unvollständigen Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit. Die berühmte Birthler-Behörde, deren Überflüssigkeit längst erwiesen ist, dürfe auf keinen Fall geschlossen werden, heißt es aus diesem Grunde.

Wie betrachte ich die „Aufarbeitung“ meiner Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft?

Die Diktatur des Proletariats wurde im Osten Deutschlands durch die Diktatur des Kapitals, „abgewickelt“. Anders ausgedrückt: Der Revolution folgte die Konterrevolution!

Der Alltag wird nun von der Herrschaft des Geldes bestimmt: Erst war es die D-Mark, jetzt ist es der Euro. Mit der neuen Währung hielt auch blitzschnell ein für uns bis dahin unbekanntes Vokabular Einzug. Ich denke hierbei vor allem an Begriffe wie Plattmachen, Privatisierung, Erwerbslosigkeit, Langzeitarbeitslosigkeit, sozialer Abstieg, Absturz, Hartz IV, Billiglohn, Strafrente, Kinder- und Altersarmut, Perspektivlosigkeit, Bildungsnotstand, Drogensucht, Inflation, Insolvenz, Fremdenhaß und Ausländerfeindlichkeit, um nur einige Eckpfeiler der bundesdeutschen Umgangssprache zu erwähnen.

Doch dieser Wortschatz läßt sich noch beliebig ergänzen: Beispiele: Parteispendedaffäre, schwarze Konten und Kassen, Managergehälter und -abfindungen, Korruption, Schmiergelder, Schwarzarbeit, Profit und Steuerhinterziehung.

Wir wurden außerdem inzwischen darüber aufgeklärt, daß es „Schurkenstaaten“ gibt und deshalb „Friedenseinsätze“ außerhalb der eigenen Landesgrenzen notwendig sind. Schließlich gehört ja der Hindukusch fast zur BRD. Egal, was die „Verteidigung der Demokratie“ dort auch immer kostet. Keinesfalls sollten wir solche „Aufklärungsvokabeln“ vergessen, mit denen die DDR diffamiert werden soll: Unrechtsstaat, SED-Diktatur, Schießbefehl, flächendeckende Überwachung, Stasi-Knast, Zwangsadoption, abgeschottete Bürger und marode Wirtschaft.

Bestimmte Worte, die in der DDR Symbolkraft hatten, kommen im offiziellen Sprachgebrauch der BRD allerdings nicht vor. Sie sind gewissermaßen in der Versenkung verschwunden. Es handelt sich um Begriffe wie Solidarität, Volkseigentum, Kollektiv, Volksbildung, Krippen- und Kindergartenplätze, Polytechnische Oberschulen, Lehrstellen für alle, Arbeitsplatzsicherheit, Gleichberechtigung, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Preisstabilität, bezahlbare Mieten und Grundnahrungsmittel.

Sicherlich ist das neue Vokabular bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Ich werde wieder und wieder dazulernen müssen. Gleichzeitig behalte ich aber die inhaltliche Bedeutung und die menschliche Wärme des Wortschatzes unserer DDR fest im Gedächtnis und im Herzen.

Klaus-Peter Breinig, Halle/Saale

Zwischenruf

Wenn in Deutschland gestreikt wird, dann droht – glaubte man Medien, Politikern und Unternehmern – immer gleich der Untergang des Abendlandes, mindestens aber eine Wirtschaftskrise. Dabei ist das im internationalen Vergleich ein laues Lüftchen, was hierzulande weht – jedenfalls in den zurückliegenden Jahren. Weltmeister sind, denkt man gar nicht, die Kanadier. Bei ihnen fallen jährlich 57 mal so viele Arbeitstage durch Streik aus wie bei uns: nämlich 203,4 je 1000 Beschäftigte. Das hat das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung ermittelt. Auf den Plätzen 2 und 3 folgen die Türkei und Dänemark. Selbst im Musterland des Kapitalismus, den USA, wird zehnmal so viel gestreikt wie in Deutschland. Also: Wir können da ruhig noch eine Schippe drauflegen.

Henrik Müller
Aus ver.di News

Die Wurzel der Revolutionstheorie liegt in der These, daß auf einer gewissen Stufe der Entwicklung der Produktivkräfte die Eigentumsverhältnisse dem nicht mehr entsprechen, die Produktion hemmen und daher gesprengt werden müssen. Damit entwickelten Marx und Engels aus der Einheit von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen als Bedingung der gesellschaftlichen Reproduktion ihren Widerspruch. Marx schrieb: „Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen ... Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein.“ (MEW 13/9) Dieser Kerngedanke findet sich in vielen Schriften von Marx und Engels.

Wann aber erreicht dieser Widerspruch zwischen PK und PV seinen Höhepunkt? Wann ist man an der „gewissen Stufe“ angekommen, bei der „eine Epoche sozialer Revolution“ eintritt? Marx und Engels meinten, das sei dann, wenn die Produktivkräfte nicht mehr zur Beförderung der bürgerlichen Zivilisation und Eigentumsverhältnisse dienen, wenn sie das bürgerliche Eigentum gefährden und die Bourgeoisie unfähig ist, noch länger die herrschende Klasse der Gesellschaft zu bleiben. (Kommunistisches Manifest)

Ein Blick auf die heute hochentwickelten imperialistischen Metropolen, die sich vom Kapitalismus zu Marx' Zeiten deutlich unterscheiden, zeigt keine Hemmung oder Fesselung der Produktivkräfte. Die Entwicklung von Wissenschaft und Technik, von industrieller Forschung und moderner Maschinerie geht ungebremst voran. Das reicht von der Kommunikationstechnik und Informatik über die Atomenergie bis zu Weltraumforschung und Militärtechnik. Damit einher geht eine unerhörte Verschärfung der Ausbeutung aller Lohnabhängigen, ständiger Abbau von Arbeitsplätzen, systematische Einschränkung sozialer Sicherungen bei gleichzeitigem Ausbau der Überwachungs-, Kontroll- und Machtmechanismen des Staates. Und dennoch entsteht kein dieses System gefährdender Widerstand.

Dafür gibt es folgende Hauptursachen: *Erstens* verfügt die machtausübende „Elite“ über beträchtliches Herrschaftswissen, große Herrschaftserfahrung sowie über genügend Intelligenz und Flexibilität, um bei ernsthafter Systemgefährdung Kompromisse und systemerhaltende Auswege zu finden. Auch Marx sagte, daß der Kapitalismus nicht aus ökonomischen Gründen zusammenbrechen werde, weshalb ja seine revolutionäre Überwindung erforderlich sei. *Zweitens* hat die Niederlage des Sozialismus in Europa bei breiten Bevölkerungsschichten zu ernsthaften Zweifeln an der Möglichkeit einer antikapitalistischen Alternative geführt. Dies wird durch die systematische antikommunistische Propaganda von Politik und Medien kräftig geschürt. Und *drittens* sind sehr viele Menschen von Hoffnungslosigkeit und Lethargie erfaßt. Sie sind der Mei-

nung, daß man ohnehin nichts grundsätzlich ändern könne. Die tägliche Erfahrung mit Politik und Wirtschaft scheint dies zu bestätigen.

Zwischenzeitlich aufflammender Widerstand gegen die schlimmsten Auswüchse des Systems erreicht keine Mehrheit und wird durch Taktieren der Parteien, durch Kompromisse mit den Gewerkschaften sowie Ausnutzung von widersprüchlichen Gruppeninteressen ins Leere geleitet.

Es dürfte also in den hochentwickelten Ländern auf längere Sicht vermutlich keine revolutionäre Situation entstehen. Die Eigentumsverhältnisse hemmen nicht die Entwicklung von Wissenschaft, Technik und Produktion, es gibt infolgedessen keine ständige Verschärfung des Widerspruchs zwischen PK und PV.

Plazierung dieses historischen Prozesses verschoben. Gerade in Ländern mit sehr niedrigem Stand der Produktivkräfte und sehr niedrigem Lebensstandard haben sich revolutionäre Gesellschaftsveränderungen ergeben. Das trat ein im Oktober 1917 in Rußland und später in China, Vietnam, Korea und Kuba. Gegenwärtig bahnen sich ähnliche Entwicklungen in einigen Ländern Südamerikas an. Da sich dies in einem halben Dutzend von Staaten auf drei Kontinenten vollzieht, handelt es sich nicht um Ausnahmen oder Zufälle, sondern um generelle Veränderungen im weltrevolutionären Prozeß. Daran wird sich unser eurozentristische Denken erst gewöhnen müssen.

Angesichts dieser neuen Bedingungen geht es darum, den herrschenden Kräften auf

Der Weg nach London und Paris führt über Kalkutta und Shanghai Zur Revolutionstheorie heute

Aber mehr noch: Es existiert nicht nur kein systemsprengender Konflikt zwischen diesen beiden Komponenten, sondern ihr Verhältnis zueinander hat sich im Vergleich zu früheren Thesen ins genaue Gegenteil verkehrt. Wissenschaft und Technik tragen zur Festigung der kapitalistischen Verhältnisse bei, die modernen technischen Möglichkeiten werden zu immer besserer Beherrschung der Gesellschaft eingesetzt, die Manipulation des Denkens und Handelns der Menschen nimmt immer raffiniertere Formen an, und die Militärtechnik wird nicht nur zur internationalen Herrschaftssicherung genutzt, sondern bei ernsthafter Systemgefährdung auch im Inneren rücksichtslos eingesetzt. Statt des Konflikts zwischen PK und PV, der zur revolutionären Überwindung des Systems führt, hat sich eine Stärkung und Festigung dieser Verhältnisse auf der Grundlage und mit Hilfe der modernen Produktivkräfte herausgebildet.

Daher ist auch nicht mehr davon auszugehen, daß die Überwindung des herrschenden Systems auf der Basis höchstentwickelter Produktivkräfte vor sich geht. (MEW 13/9) Alle Produktivkräfte sind entwickelt, die für die Existenz des Imperialismus erforderlich sind, und sie entwickeln sich ungebremst weiter. Sie sind auch durchaus hinreichend für die Existenz einer nichtkapitalistischen Gesellschaft – und dennoch geht die bestehende Ordnung noch nicht unter.

Da aber der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte sein kann, wird die Systemüberwindung zunächst nicht in den hochentwickelten Ländern stattfinden. Infolge der Veränderung der sozialökonomischen Bedingungen eines revolutionären Umbruchs hat sich auch die räumliche

parlamentarischen und außerparlamentarischen Wegen soviel wie möglich soziale und wirtschaftliche Zugeständnisse abzurufen. Bei den Kämpfen um Teilinteressen wie gegen Hartz IV, um Mindestlohn, Umweltschutz, Frauenrechte, gegen Kinderarmut usw. ist der übergreifende Gesamtzusammenhang bewußtzumachen, um den gemeinsamen Widerstand gegen das Gesamtsystem zu entwickeln. Dabei muß der Illusion begegnet werden, daß erkämpfte soziale Verbesserungen schon ausreichend für eine Systemänderung seien. Gegenüber allen kleinbürgerlichen Vorstellungen bleibt gültig, daß die Eigentumsfrage die Grundfrage der sozialistischen Bewegung ist.

Prof. Dr. habil. Herbert Meißner

Unser Autor arbeitete im Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaft der Akademie der Wissenschaften der DDR.

Generalmajor a. D. Heinz Geyer

langjähriger Stellvertreter von Markus Wolf und Werner Großmann sowie letzter Stabschef der HVA, ist am 3. Juni plötzlich verstorben. Sein 2007 im Kai-Homilius-Verlag erschienenes Buch „Zeitzeichen. 40 Jahre in Spionageabwehr und Aufklärung“ sowie seine Rede auf der wissenschaftlichen Konferenz im dänischen Odense verschafften ihm weit- hin Anerkennung und Respekt. Wir trauern um einen aufrechten Menschen, guten Freund und standhaften Kommunisten, der unserer Sache stets treu geblieben ist.

Ein Märchen von Zwergen und Riesen

Rumpelstilziade

Überall ist Zwergerland, bärtige Gesellen blicken uns sogar aus Vorgärten mit versteinertem Lächeln an. Ob sie ihre Geheimnisse unter den blauen und roten Zipfmützen bewahrt haben und sich erinnern? An Schneewittchen zum Beispiel: von der Stiefmutter verstoßen, hatten sie dem schönen Kind Asyl gewährt und versucht, es zu beschützen. Oder die Kölner Heinzelmännchen, die den Hausfrauen halfen, ganz ohne Chemie die Wohnung sauberzuhalten. Freilich gab es auch böse Zwerge, richtig giftige wie den Langbärtigen, der Schneeweißchen und Rosenrot schrecklich beschimpfte, als sie ihm doch nur seinen Bart abgeschnitten hatten, damit er nicht umkäme. Undank ist der Welt Lohn.

So erging es auch Rumpelstilzchen. Die Gebrüder Grimm haben es aufgeschrieben und seine große Leistung gewürdigt, konnte es doch Stroh zu Gold spinnen. Eine Jahrhundertbegabung, die mit einem Schlag alle Probleme der Erde gelöst und die Unterschiede zwischen Arm und Reich immerhin annähernd ausgeglichen hätte. Hätte! Der Anfang des Märchens war sehr menschenfreundlich. Die arme Müllers-tochter, vom König aufgrund der Prahlerei des Vaters als sprudelnde Geldquelle für den Haushalt des Hofes aufs Schloß geholt, wo ihr die Heirat versprochen wurde, sollte jeden Tag das in einer großen Kammer lagernde Stroh in Gold verwandeln. Da weinte sie bitterlich, Rumpelstilzchen kam und half. Einmal, zweimal, dreimal, die schlimmsten Haushaltslöcher waren bereits gestopft und darüber hinaus glänzte das Schloß schon von fern in der Sonne. Natürlich funktionierten auch damals die geschäftlichen Beziehungen nicht allein unter dem Aspekt reiner Nächstenliebe. Und so forderte Rumpelstilzchen als Äquivalent das erstgeborene Kind der Königin.

Vielleicht meinte Rumpelstilzchen, es sei kein Fehler, ein Kind in der frischen Waldluft aufwachsen zu lassen. Kochen und backen konnte es ja. Dennoch war es Erpressung. Die Königin wollte es nicht hinnehmen und sah sich befugt, einen Boten durch die Lande zu schicken, um den ausgefallenen Namen des Zwergs zu erkunden. Die Wege geheimer Sendlinge sind unerforschlich, manchmal vom Glück, manchmal von unsichtbaren Kräften begünstigt. Jedenfalls führte ihn sein feines Gespür in einen tiefen Wald, wo er schon von weitem merkwürdige Sprüche vernahm. Als er sich näher heranschlich, sah er, wie ein kleines Männchen vor Freude hin und hersprang, ein Feuer schürte und seinen Namen in die Welt hinausposaunte. Heutzutage ist man verschwiegener, wenn etwas verborgen bleiben soll. Aber damals ging es um Rumpelstilzchen, und der Bote – eine fast alles aufdeckende Presse gab es noch nicht – hatte es sehr eilig, an den Königshof zurückzureiten und Bericht zu er-

statten. So erfuhr die Königin den Namen des Zwerges und konnte seinen Übermut dämpfen. Zugleich aber zerstob die Chance der Menschheit, in Rumpelstilzchen einen potentiellen ökonomischen Sachwalter für alle Bevölkerungskreise gefunden zu haben. Denn wenn man die Dinge beim Namen nennt, ist es mit dem Mythos vorbei. Rumpelstilzchen hatte seine Unschuld als Zauberer verloren. Er wußte es, stampfte mit dem rechten Bein heftig auf und riß sich selber entzwei.

Wie nun weiter? Am Golde hängt, nach Golde drängt alles. In den Vorgärten der riesigen Villen hörte man es tuscheln, ob unter den Gartenzwerger oder beim Personal, irgendwie sei der Gedanke, reich und immer reicher zu werden, geblieben, ja er habe sich verstärkt, und die Zwerge, gerade die giftigen, seien zu Riesen mutiert. Damit wir uns nicht falsch verstehen, es handelte sich nicht um Riesen an Geisteskraft, wie wir sie aus der Renaissance kennen. Vielmehr sind es Riesen im Besitz von Macht und Geld, im sauren Schweiß von Bediensteten erarbeitet. Man muß Sorge tragen, daß nichts verlorengeht. Wenn es wenigstens noch Drachen gäbe, die einst den Nibelungenschatz bewacht hatten.

Der Neid ist groß. Und auch der Staat will seinen Teil. Nicht die Königshäuser, soweit sie existieren, sind das Schlimmste. Sie leben eher bescheiden, wenn auch die Tafelrunden und Unterkünfte nicht mit denen der Hartz-IV-Empfänger verglichen werden sollten. Das wäre ja noch schöner. Zum Glück erinnert man sich an die Tricks der Zauberer. Im Grunde ist es ganz einfach: Man zieht die Ärmel im „Nadelgestreiften“ bis an die Handwurzel herunter: hokuspokus, verschwindibus, die Hände sind leer. Und ganz plötzlich kommt alles an einer ganz anderen Stelle ans Liecht... In einem Briefkasten. Aus dem Ärmel oder Hut, alles geht gut. Und fällt überhaupt nicht auf. Eine Stiftung wird gegründet, und noch eine. Für soziale und kulturelle Zwecke, versteht sich. Der Fürst sitzt am Fenster des Schlosses hoch oben auf dem Berg und reibt sich die Hände. Viele Wegweiser stehen im Walde. Stille Post. Herr Zumwinkel findet sich gut zurecht. Man bleibt nicht allein und ist unter sich.

Aber eines Tages holte sich die Kanzlerin eines benachbarten Landes ihr altes Märchenbuch hervor, um sich ein wenig zu entspannen. Die Augen gehen ihr über, jetzt hat sie's, fair lady! Vielleicht waren auch andere gute Geister im Spiel, reitende Boten – Geschwindigkeit ist keine Hexerei, das Internet macht's möglich. Soo war die Menschenliebe nicht gemeint. Auch ein Fürst muß Menschenrechte achten. Wo kommen wir denn da hin ... Ein Wunder geschieht, das walte Tell! Ein Apfelschuß mitten ins Steuerparadies? Auch am Vierwaldstädter See ist man er-

schrocken, in Monaco, Luxemburg, Klein, aber fein. Die wahre Unschuld. Hat man nicht mit dem Riesen unter dem Sternbanner seit Jahr und Tag ein Abkommen, daß jeder Fünffziger, der schwarz über den Ozean schwimmt und vergoldet werden soll, gemeldet wird? Die Noten für „Seid umschlungen Millionen“ sind gesperrt.

Adel verpflichtet, der Fürst geht mit gutem Beispiel voran. Ein paar Schlösser in Österreich, ein Sack Diamanten hier und da bleiben. Er wird nicht um ein warmes Mittagessen die „Tafel“ aufsuchen müssen.

Aber was wird aus den sprudelnden Silbermünzen und dem zurückgesteuerten Goldstrom in den heimischen Gewässern? In den alten Hut, unter den richtigen Deckel gezaubert, finden sie glücklichste Verwendung, werden ab sofort für den Sozial- und Kulturfonds genutzt, Kinder und Kunst, die Alten nicht zu vergessen. Man atmet tief durch.

Ein Denkmal für Rumpelstilzchen, auch wenn es nicht selber zur Lösung der ökonomischen Fragen der Menschheit beitragen konnte: Seinen Namen herauszufinden, hatte einst die Königin veranlaßt, einen Boten auszusenden. Daß die Mittel heute moderner sind, hinter den Mythos zu kommen, wer sollte es der Kanzlerin verübeln, wenn so viel Gutes dabei herauspringt und bald auch all die Riesen hinter ihr stehen?

Wie sagte doch meine Großmutter, wenn sie mir ein Märchen erzählte und ich wie Rumpelstilzchen hüpfte, falls die Geschichte gut ausging, oder gar weinte, wenn sie traurig endete?

Kind, das ist doch nur ein Märchen.

Dr. Käthe Seelig

Das Vorstandsmitglied
des RF-Fördervereins

Oberst a. D. Uwe Kramp

aus Kambs begeht am 25. Juli
seinen 65. Geburtstag.

Mit seiner reichen Erfahrung
und ruhigen Besonnenheit hat
er zur Arbeit des Leitungskol-
lektivs einen wertvollen Beitrag
geleistet.

Herzliche Glückwünsche an
unseren Mitstreiter, der auch
dem Vorstand der Regional-
gruppe Rostock angehört.

Eine niedersächsische Krankengeschichte aus dem Jahr 2008

Olli in Not

Mein Freund Olli, aufmerksamen MRF-Lesern aus dem gleichnamigen Beitrag in der Nummer 109 bekannt, ist in unerwartete Schwierigkeiten geraten. Diesmal hat das aber nicht mit der ARGE oder anderen Ämtern zu tun. Olli ist dem Gesundheitswesen der BRD buchstäblich vor die Füße gefallen. Und er hat am eigenen Leibe erleben müssen, wohin die sogenannten Reformen geführt haben. Das kam so: Olli kniete mit seinen bestimmt 140 Kilo unter einem fast neuen, von mir ausgerangierten, Computertisch, um dem Kabelsalat ein Ende zu bereiten. Bei einer vielleicht unvorsichtigen Drehung gab es plötzlich einen lauten Knacks, einen stechenden Schmerz im rechten Knie, und das Bein blieb gebeugt liegen. Nun befindet sich Ollis Wohnung im Dachgeschoß des kleinen Häuschens der 80jährigen Mutter am Rande eines Dorfes, etwa fünf Kilometer von der Kreisstadt entfernt.

Er lag also hilflos auf dem Boden und versuchte die Mutter auf sein Mißgeschick aufmerksam zu machen. Das gelang schließlich durch Klopfen und Rufen. Anpacken konnte die alte Frau nicht. Sie rief den Notarzt. Nach 45 Minuten kam dieser und verlangte zunächst einmal zehn Euro. Nachdem kassiert worden war, besah er sich das Knie. Er vermutete einen Meniskusabriß. Nachdem er eine Krankentransportfirma informiert hatte, ließ er Olli in der vorgefundenen Lage zurück. Mehr konnte er nicht tun.

Mutter und Sohn warteten auf den Krankenwagen. Sie blickten schon nicht mehr auf die Uhr: Es dauerte und dauerte. Dann erschien endlich die ersehnte Hilfe. Dem Wagen entstieg ein junger, sehr dünner Rettungssanitäter, begleitet von einer noch jüngeren und noch dünneren Helferin. Beide besahen sich zuerst Olli, dann die schmale Treppe, die er hinunter mußte, dann das gekrümmte Bein. Das werde ein Problem, stellten sie fest. Unter Aufbietung aller Kräfte gelang es, Olli auf dem Fußboden in Sitzposition zu bringen, das schmerzende Bein etwas zu fixieren und Olli am gesunden Bein ziehend und durch die Mutter schiebend bis zur Treppe zu bugsieren. Diese ist sehr eng und verläuft in einem Winkel von 45 Grad. Die Lösung bestand darin, Olli Stufe für Stufe auf dem Hosenboden herunterplumpsen zu lassen. Endlich unten, hüpfte er, rechts und links gestützt, auf einem Bein in den Transporter. Und schon ging es ab in das katholische Krankenhaus.

Nach beträchtlicher Wartezeit auf dem Gang besah sich schließlich ein Facharzt das Bein. Der Meniskusverdacht wurde bestätigt. Aber leider sei der Computertomograph schon seit längerer Zeit defekt, hieß es. Obwohl es bereits später Nachmittag war, gelang es dem Doktor,

bei einer Privatpraxis im Ort noch für die nächste Früh einen Termin zu bekommen. Allerdings mußte alles ambulant laufen. Olli wurde nicht in das Krankenhaus aufgenommen. Er rief seine Mutter an, die alte Frau organisierte ein Auto, und auf dessen Rücksitz wurde der beleibte Olli heimgeholt.

Die Nacht saß er im Wohnzimmer auf dem Sofa, das er mit Hilfe der Mutter und ihrer unterdimensionierten Gehstöcke mit



Zeichnung: Heinrich Ruynat

Mühe und Not erreicht hatte. Am nächsten Morgen wurde er auf die geschilderte Weise in die Privatklinik befördert. Nach einigem Ausharren kam er dann zur CT. Nachdem der Arzt Ollis Gewicht erfragt hatte, lehnte er eine Untersuchung ab. Sein Gerät sei nur für 130 Kilo ausgelegt, er wolle die teure Hydraulik nicht gefährden. Aber er kümmerte sich um Ersatz. Und er fand ihn in einer 50 Kilometer entfernten anderen Privatklinik. Also wieder die Tortur des beschwerlichen Transports. Angekommen, wurde Olli beschimpft, weil er so langsam sei. Ohne jede Unterstützung absolvierte er nun die Untersuchungen. Bei der CT preßten und zogen ihn zwei des krummen Beines wegen verärgerte Assistentinnen in die richtige Lage. Mit dem Hinweis, es dauere nun 15 Minuten, hing Olli endlich im Durchleuchtungsgerät.

Das Ergebnis: Totalabriß des Meniskus, teilweiser Knorpelabriß und weitere Defekte. Die Aufnahmen wurden ihm ausge-

händigt. Er solle zurück zum Krankenhaus fahren, man werde dort anrufen. Ollis Schmerzen wurden immer unerträglicher. Nach erneut 50 Kilometern erwartete ihn der Oberarzt im Hospital. „Ich weiß schon Bescheid“, begrüßte ihn dieser. Nachdem er sich die Bilder angesehen hatte, teilte er Olli mit, man müsse sofort operieren, da sonst das Bein steif bleibe. Samstags würden zwar normalerweise keine Eingriffe vorgenommen, aber es gäbe immer eine Bereitschaft. „Morgen früh kommen Sie an die Reihe, bis dahin können Sie ruhig wieder nach Hause fahren“, rauschte es an Ollis Ohren vorbei. Schmerzbehandlung? Pustekuchen.

Wieder war ein Auto zu organisieren, wieder ging es auf das Wohnzimmersofa, wieder folgte eine schlaflose Nacht. Am Samstag, seinem 43. Geburtstag, ging es ins Krankenhaus zur OP. Erstmals seit dem Unfall brachte man Olli in ein Patientenzimmer. Voruntersuchung, Narkosearzt, vorsichtshalber Lunge röntgen, Entscheidung gegen Narkose und für Rückenmarkspritze, versehentlicher Einstich in den Wirbel, Abbruch, neue Injektion, Beruhigungsmittel.

Später befand sich Olli im Aufwachraum. Die Operation hatte 150 Minuten gedauert. Er war jetzt ohne Gefühl im Bein. Dafür hatte man ihn mit einem abnehmbaren Klettverband geschient und wieder geradegerückt. Es folgten acht Tage Krankenhausaufenthalt. Daß seine Mutter in dieser Zeit ständig irgendwelche Anträge, Bescheinigungen und andere Papiere zwischen ARGE, Krankenkasse und Krankenhaus hin und her tragen mußte, erfuhr Olli erst später. Aber schließlich muß ja alles irgendwie finanziert werden. Krank und gut versorgt sein ist teuer!

Inzwischen sitzt Olli mit dem geschienten Bein weiter auf dem Sofa. Neue Gehhilfen ermöglichen ihm den Weg zur Toilette. So habe ich meinen Freund und seine Mutter angetroffen, als ich sie unlängst besuchte. Ich machte mir Gedanken, weil über Telefon und E-Mail niemand zu erreichen war. So konnte ich auch etwas helfen, und werde das nun öfter tun. Für Olli wird seine kleine Wohnung im Dachgeschoß vorerst kaum erreichbar sein. Und seiner Mutter kann man nicht noch mehr Aufopferung abverlangen. Gut, daß es hilfreiche Nachbarn gibt, die im Notfall da sind.

Unser Gesundheitswesen garantiert die medizinische Grundversorgung. Mehr auch nicht. Und wer als Kranker arm ist und sich nichts Zusätzliches leisten kann, darf ruhig etwas früher sterben. Oder wie es heute im vornehmen Jargon dieser Bundesrepublik heißt: sozialverträglich ableben.

Richard Georg Richter

Trommelfeuer gegen Wiederaufstellung des Marx-Reliefs Leipziger Geiferer

Mitte Mai besichtigte ich die Lagerstätte des von der Leipziger Universität entfernten Reliefs „Aufbruch“ auf dem Sportgelände, der ehemaligen DHFK an der Jahn-Allee. Ich fand die Segmente, auf einem Unterbau liegend, in der Nähe eines Studentenclubs. Von Aufbauaktivitäten fehlte jede Spur. Einige Studenten, die mir begegneten, wußten von nichts: Dabei hatte die Leitung der einstigen Karl-Marx-Universität (jetzt Uni Leipzig) schon vor längerem beschlossen, das Kunstwerk als Zeugnis der Geschichte auf eigenem Gelände wieder aufzustellen. Als sich das Vorhaben dann vor einigen Monaten zu konkretisieren begann, entfachten hiesige bekannte DDR- und Marx-Gegner einen regelrechten Aufruhr und attackierten wütend Rektor Franz Häuser. Heimlich wurden sogar hinter dessen Rücken die Vorbereitungsarbeiten abgebrochen. Wissenschaftsministerin Stange reiste extra

aus Dresden an, unterstützte jedoch die Uni gegen den Willen des Oberbürgermeisters. BILD zeterte, der Stadtfürst Jung habe gegen Marx verloren.

Kurz gesagt: Es gab ein Geschrei, als ob das Vaterland gerade untergehen würde. Am lautesten krakeelten Leipzigs CDU-Chef Winckler, ein besserverdienender Landtagsabgeordneter, und der ebenfalls gutbetuchte professionelle Antikommunist Erich Loest, seines Zeichens Schriftsteller. Er gab von sich, die Leipziger hätten 1990 Marx „abgeschafft“. Das sollte man doch gründlicher analysieren, ist es doch nur ein Stückchen der Wahrheit. In Wirklichkeit wollte eine Mehrheit der Messestädter in Form eines Kuhhandels Marxens Konzept gegen das vom Westen versprochene und einst durch Ludwig Erhard kreierte „Wirtschaftswunder“ eintauschen. Von einer Mogelpackung mit der Krönung „Hartz IV“ war indes nie die Rede. Sie wurde den Leu-

ten im Osten wort- und vertragsbrüchig aufgezwungen! Die Leipziger erlebten und erleben seitdem die größte Liquidierung von Firmen, Arbeitsplätzen und Lehrstellen seit der Weltwirtschaftskrise. In vielen Betrieben herrschen scharfe Ausbeutung bei niedrigen Löhnen. Die aktuellen Meinungsumfragen, massive Wahlverweigerung und die Absage an Parteien sprechen Bände. All das suchen die hier erwähnten Marx-Hasser mit Arroganz zu übergehen. Ob sich die Uni am Ende doch noch weichen läßt, bleibt abzuwarten. Wegen seiner geschichtlichen und aktuellen Bedeutung paßt das Relief natürlich nicht auf ein Sportgelände, sondern wohl eher in die traditionsreiche Karl-Liebknecht-Straße, in die Nähe des Gewerkschaftshauses und des Liebknechtshauses der Linkspartei, wo Karl Marx die Familie Wilhelm Liebknechts einst besucht hat.

Joachim Spitzner

Bodenständig, ohne Heimattümelei Erfolgreiches Zeitzer Regionalblatt

Die Erforschung der Regionalgeschichte und die Dokumentierung von gesellschaftlichen Veränderungen in den Gemeinden waren wichtige Bestandteile der DDR-Kulturpolitik. Ortschronisten genossen deshalb hohe Anerkennung. Heimatzeitschriften stellten vor allem das Leben der arbeitenden Menschen in der Vergangenheit dar und berichteten zugleich vom Werden und Wachsen in den Kommunen der DDR. Dabei ging es nicht um Heimattümelei.

Zu den lokalen Medien, die in den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts das geistig-kulturelle Leben eines ganzen Kreises beeinflussten, gehört zweifellos die Monatszeitschrift „Zeitzer Heimat“. Als „Stadt der Arbeit“, zwischen Leipzig und Gera an der Weißen Elster gelegen, war Zeitz besonders durch seine Kinderwagenindustrie, Eisengießerei, Zuckerfabrik, das Hydrierwerk und seinen Braunkohleabbau bekannt geworden.

Die erste Ausgabe der „Zeitzer Heimat“ erschien im April 1954. Sie wurde vom Rat des Kreises, dem Rat der Stadt und dem örtlichen Kulturbund herausgegeben. Das etwa 30 Seiten starke und reich bebilderte Heft kostete 50 Pfennig.

Das Redaktionskollegium umriß in einem Geleitwort die Aufgaben der Schrift. Die Liebe zur engeren Heimat zu pflegen wurde als Hauptanliegen der Publikation bezeichnet. Zugleich wollte sie aber auch einen Beitrag zur allgemeinen Volksbildung leisten. Darüber hinaus sollte der Versand der Zeitschrift an Verwandte und Bekannte im anderen deutschen Staat das Verständnis für unsere Entwicklung fördern.

Die Redaktion vermochte namhafte Autoren zu gewinnen, die sich um die Pflege der Heimatforschung verdient gemacht hatten. Ein breiter Themenfächer wurde erfaßt: allgemeine Heimatgeschichte, Geschichte der Zeitzer Arbeiterbewegung, Darstellung des Lebens von Persönlichkeiten der Region, Schulgeschichte, Landschaftskultur und Naturschutz, Geologie, Botanik, Zoologie, Astronomie, Museen/Ausstellungen/Kunst, Wanderungen durch das Zeitzer Land, Organisationen und Klubbhäuser. Allein schon diese Aufzählung

Feudale Kotze

Der Stammsitz der Familie von Kotze war seit 1489 das Schloß in Groß Germersleben. Über deren Lebensstandard unterrichtet uns ein Küchenzettel von der Hochzeit einer Kotze-Tochter mit einem Oberkammerherrn von Hagen. Sie fand vom 12. bis 18. Oktober 1611 statt. Von den hochherrschaftlichen Gästen wurden verzehrt:

1 polnischer Ochse
5 1/4 Amtsrinder
4 3/4 Bratschweine
10 Spanferkel
28 1/4 Kälber
106 3/4 Schöpse (Hammel)
16 3/4 Hirsche und viele Rehe
50 Hasen
2 Schock Gänse (ein Schock = 60 Stück)
56 Wildenten
90 Schock und 20 Hühner
(d. h. 5420 Tiere)
39 Schock Lerchen (d. h. 2340 Tiere)
12 1/2 Schock Finken

zeigt, welche immense Arbeit die Herausgeber mit Berufsschuldirektor Gerhard Albrecht an der Spitze zu leisten hatten.

Als Beilage erschien überdies der Zeitzer „Kulturspiegel“ mit Veranstaltungshinweisen für den folgenden Zeitraum und wichtigen historischen Daten des laufenden Monats. Zur Gestaltung trugen u. a. die im Revier ansässigen Künstler Johannes Lebek (Holzschnitt), Heinz Föppel (Fotografie) und Theo Immisch (Karikatur) wesentlich bei. Für alle Interessierten, besonders aber für Lokalforscher, stellt die „Zeitzer Heimat“, deren Jahrgänge von April 1954 bis Dezember 1959 im Stadtarchiv aufbewahrt werden, einen Fundus an Informationen über dieses Gebiet dar. In der aktuellen Auseinandersetzung mit den Verfälschern der DDR-Geschichte kann sie wertvolle Hilfe leisten. **Günther Röska, Leipzig**

dazu 9 Sorten Fische in riesigen Mengen plus Austern, Konfitüren und allerfeinste Delikatessen

Das Mahl wurde von einem italienischen Koch namens Romano zubereitet.

Für Wein und Bier finden sich auf der Kostenrechnung 1280 Taler, 10 Groschen und 6 Pfennige.

Quelle: Dorfchronik von Wellen (1999)

Eine Nachbemerkung: 1945 fand im Osten Deutschlands die demokratische Bodenreform – eine revolutionäre Umwälzung – statt. Nun konnten die „Herren“ nicht länger auf Kosten ihrer Untertanen, ihrer Knechte und Mägde sowie der lasttragenden Bauern ihrer Dörfer prassen und schwelgen. Dokumente wie der hier abgedruckte „Küchenzettel“ sollten noch öfter ans Tageslicht gebracht werden, um das Gebot der antifeudalen und antikapitalistischen Umwälzung in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands deutlich zu machen.

Karl Schlimme

Aus der Geschichte der LPG „Vereinte Kraft“ Lohsdorf (4 und Schluß)

Ein blühender Betrieb ging in Konkurs

Machen wir einen Zeitsprung. Wir befinden uns jetzt bereits im Jahr 1970. Am 22. Januar beschließt der Vorstand, sich an den Gesprächen zur Vorbereitung einer gemeinsamen Abteilung Pflanzenproduktion für die LPGs Lohsdorf, Goßdorf und Ulbersdorf zu beteiligen. Die später gebildete Kooperative Abteilung Pflanzenproduktion (KAP) wird dann allerdings noch um die LPGs Ehrenberg und Krumhermsdorf erweitert.

Zum weiteren Ausbau der Selbstverwaltung der LPG werden zwischen den Bereichen der Feld- und Viehwirtschaft „innerbetriebliche Verträge“ erarbeitet. Darin verpflichten sich die einzelnen Kollektive, bestimmte Ziele zu erreichen: die Feldwirtschaft entsprechende Mengen und Qualitäten an Futter, die Viehwirtschaft die tierische Produktion. Der Vorstand stellt bei Erreichung der Vorgaben bestimmte Prämienmittel bereit.

Auf der Jahreshauptversammlung am 12. Februar werde ich zum Vorsitzenden der Genossenschaft gewählt. In einer kurzen Ansprache erinnere ich an Lenins Worte: „Der Kommunismus beginnt dort, wo einfache Menschen sich Gedanken machen um die Erhöhung eines jeden Puds Getreide, Kohle, Stahl. Nicht so sehr zu ihrem eigenen Nutzen, sondern zum Nutzen der ganzen Gesellschaft.“

Der Vorstand beschäftigt sich am 19. Februar mit der vom Staatsapparat angeordneten Verschrottung von mindestens 1,4 Megapond an Traktoren. Es handelt sich um eine jener administrativen Methoden des Hineinregierens in die Betriebe. Das soll zwar den technischen Fortschritt fördern, entspricht aber nicht unserem Verständnis von Sparsamkeit. Wir kommen nicht allen diesbezüglichen Wünschen des Kreises nach.

Es entsteht eine Grünlandbrigade. Ihre Aufgaben erstrecken sich auf Weidepflege, Koppelbau, Tränkebau, Düngung.

Der Kuhstall wird ab Juni umgebaut und erweitert. Es geht um die Einführung einer modernen Technologie. Zwischen Stall und Melkhaus wird eine Milchleitung gelegt. Auch die Milchkühlung wird modernisiert. Die Kannenmelkanlage wird auf eine modernere Rohrmelkanlage umgebaut. Dabei gelangt die ermolzene Milch per Rohrleitung vom Kuhstall zum Melkhaus, wo sie gekühlt und zum Abtransport gesammelt wird.

Der Silomais wird kooperativ im Komplex geerntet. Die LPG kauft einen neuen Feldhäcksler für die Futterernte. Die Kartoffeln werden erstmalig gemeinsam in der Kooperation sortiert. Dafür hat jede LPG Arbeitskräfte bereitzustellen. Im Kuhstall wird zur besseren Wärmedämmung im Winter eine Zwischendecke eingezogen. Wir drängen darauf, daß sich der Baubetrieb zu einem Termin für die Fertigstellung bindet. Es fehlt jedoch zur Zeit an Baustahl, Bauholz und Fenstern.

Des öfteren stellt der LPG-Vorsitzende fest, daß eine Stunde nach offiziellem Arbeitsbeginn die Bauleute noch in ihrer Bude sitzen und Karten spielen. Das wirkt sich negativ auf die Moral der mithelfenden LPG-eigenen Kräfte aus. Der Melker Rüdiger Barth ist eines Sonntags früh nicht zur Arbeit erschienen. Der Vorstand beschließt den Abzug der Vergütung für anderthalb Schichten.

Der Finanzmittelbericht per 30. 9. 1970 ergibt insgesamt ein günstiges Bild: Die Erlöse wurden teilweise übererfüllt, z. B. bei Milch mit 18,8 TM. Die Kosten wurden weitgehend eingehalten. Die Milchqualität hat sich gebessert, jetzt wird sie überwiegend als Reduktaseklasse I eingestuft. Vom Vorsitzenden wird im September ein Entwicklungsplan bis zum Jahr 1975 unterbreitet. Er sieht die Steigerung der Färsenaufzucht bei gleichzeitiger Einschränkung der Marktproduktion an Getreide und Kartoffeln, aber erhöhtem Futteranbau zur Absicherung der Tierbestände vor.

Hierzu gibt es, wie erwartet, Meinungsverschiedenheiten mit den staatlichen Organen. Sie sind mit einer Verringerung unserer Produktion an Brotgetreide und Speisekartoffeln nicht einverstanden.

Der Produktionsplan für 1971 sieht 200 dt Schlachtrind, 25 Kuhschlachtungen, 360 dt Schlachtschwein, 80 000 Eier, 5725 dt Milch bei einem Durchschnittsertrag von 3512 Liter je Kuh, 100 Färsen, 50 Nutzkälber, 60 Kälber zur Weitermast und den Zukauf von 250 Läufern vor.

Die Zahlung der vorgesehenen Jahresendprämien erfolgt zu 60 % nach den geleisteten Arbeitseinheiten (AE) und zu 40 % nach besonderem Einsatz der betreffenden Mitglieder und Beschäftigten. Je AE gibt es 10 Mark. Die mit 29,8 % geplante Akkumulation (Reingewinn) wird mit 31 % überschritten.

Für das Jahr 1972 werden Technikinvestitionen in Höhe von 90 TM vorgesehen.

Die Frauenkommission berät über die Einrichtung einer Betriebsküche sowie den Frauenförderungsplan.

Von der LPG Ehrenberg sollen 105 Jung-rinder zugekauft werden, um sie bis zu hochtragenden Färsen aufzuziehen. Diese verkaufen wir dann an unsere Vertragspartner in den Kreisen Görlitz und Kamenz. Unser Vorstand macht den Zukauf jedoch von einer Verbesserung der Qualität der Tiere abhängig. Der Ehrenberger Abteilungsleiter Ludwig war in der Vergangenheit nicht damit einverstanden, daß wir uns die Tiere selbst auswählten. Wir sollten sie komplett abnehmen. Dabei spielten wir nicht mit.

Die LPG stellt der Gemeinde ein Zimmer für die Leihbücherei zur Verfügung.

Zur Steigerung der Arbeitsproduktivität wird im Sommerhalbjahr 1971 vom Melken mit der Rohrmelkanlage im Stall zum Melken mit dem fahrbaren Weidemelkstand übergegangen.

Die Flurbegehung mit den Leitern ergibt: Das Getreide steht gut, die Rübensaat ist aufgegangen, die Kartoffeln sind gut gewachsen, der Acker ist ordentlich vorgerichtet.

Die LPG führt eine Mittagessenversorgung für ihre Mitglieder und Arbeiter gegen ein geringes Entgelt ein.

Die Gebühren für eine Traktorenausleihe durch LPG-Mitglieder werden neu beschlossen: pro Stunde 8 Mark ohne zeitliche Begrenzung.

Ab September 1971 delegiert mich die SED zu einem Einjahreslehrgang an die Bezirksparteischule nach Dresden. So ist es mir nicht möglich, die weitere Entwicklung der LPG Lohsdorf aus eigenem Erleben darzustellen.

Mit Gründung der „Kooperativen Abteilung Pflanzenproduktion“ übernimmt Eberhard Müller, der nach meinem Weggang Vorsitzender der LPG Lohsdorf geworden ist, deren Leitung. Sie wird später in die LPG Pflanzenproduktion Ehrenberg umgebildet, also selbständig. Bei uns entsteht, wie überall, eine reine Viehwirtschaftsgenossenschaft. Entsprechend ihrer fachlichen Neigung und Ausbildung arbeiten die LPG-Mitglieder nun entweder in der neugebildeten KAP, der Färsenanlage Ulbersdorf oder bleiben in ihren bisherigen Genossenschaften.

Nach Fertigstellung der Kälberaufzuchtanlage Lichtenhain werden die weiblichen Zuchtkälber der Mitglieds-LPGs nur noch in diesem vollmechanisierten Betrieb mit Laufgitterboxen, Eimerkettenfütterung und Schwemmentmistung betreut.

Was die LPG „Vereinte Kraft“ Lohsdorf betrifft, so ist Trauriges zu vermelden: Auch sie fiel der Konterrevolution zum Opfer. Anfang der 90er Jahre mußte sie in Konkurs gehen.

Rückblickend kann ich mit gutem Gewissen feststellen: Die Entwicklung der Landwirtschaft nahm einen ungeheuren Aufschwung. Die DDR war in der Lage, Getreide, Kartoffeln und Vieh zu exportieren. Alle, die Lust und Liebe dazu hatten, fanden in ihrer unmittelbaren Umgebung Arbeit. Die Fluren wurden im Vergleich zu heute ordentlich bewirtschaftet. Verlotterte Grünländereien, wie man sie jetzt vielerorts antrifft, waren undenkbar. Dafür sorgten eine exakte Betriebswirtschaft und staatliche Förderung. **Werner Döring**

Am 25. Juli wird

**Generalmajor a.D.
Prof. Dr. Willi Opitz**

ehemaliger Leiter der Juristischen
Hochschule Potsdam-Eiche, 80 Jahre
alt. Wir übermitteln diesem bewährten
Klassenkämpfer und standhaften
Kommunisten herzliche Glückwünsche.

Wie eine Stafette von Generation zu Generation weitergegeben wird

Der Kommunist am Walchensee

Der Großvater. Auf Wanderschaft war der um 1840 in Paris Mitglied einer sozialistischen Gruppierung geworden. 1848 hat er an den Märzkämpfen in Bernburg teilgenommen.

Der Vater. 14 Jahre war er Lehrer in Neundorf. Strafweise kam er dahin. Das Lehrerseminar hatte er in Köthen besucht. Hier ertappte man ihn, als er seinen Schulfreunden sozialistische Literatur zugänglich machte. Der Verweis von der Schule konnte abgewendet werden. Vergessen blieb das „Bubenstück“ nicht. Am Ende kam er trotz höherer Qualifikation als Mittelschullehrer aufs Dorf. Später lebte und lehrte er in Dessau. Stand auf dem linken Flügel der Sozialdemokratie. Fritz Gothe, sein Sohn, erinnert sich eines Besuches August Bebel im Elternhaus, erlebte den Vater als gelegentlichen Mitarbeiter Franz Mehrings. Fritz entsinnt sich, wie der Vater Aufklärungsarbeit beim Streik der Elbschiffer leistete, wie er mit seinen Kindern zu den Gräbern der Märzgefallenen ging, einen Kranz niederlegte, den Jungen vom Kampf und Leben der Alten erzählte.

Die Söhne hielten die Fahne des Vaters und Großvaters hoch.

Der eine wurde in den Revolutionskämpfen bei Karlsruhe so schwer verwundet, daß er an den Folgen starb.

Fritz machte durch, was schon der Vater erlitt. 1913 – er besuchte die Oberrealschule in Dessau – wandte er sich dort gegen Nationalismus und Chauvinismus der Alldeutschen. Die kannten keine Gnade. Er wurde relegiert.

Nun erlernte er den Maurerberuf. 1916, achtzehnjährig, wurde er in Weimar SPD-Mitglied. 1917 war er schon Teilnehmer am Hexenbergtreffen. Es folgte sein Übergang zur USPD, illegale Arbeit gegen den Krieg. Er desertierte, als er die Uniform anziehen sollte. 1918 nahm er in Breslau an der Revolution teil.

1923 kämpfte er gegen Hitlerbanden in Bayern und im Schwarzwald, wurde verwundet. Die Narben zeichneten ihn lebenslang. Noch vor 1933 schrieb ein gewisser Josef Rambeck ein Buch unter dem Titel „Die Baraber vom Walchensee“. Ein Kapitel darin ist überschrieben „Der Haß-Apostel“. Verleumdet wird Fritz, der hier Erwin Menke heißt.

Tatsache ist, daß er 1923 am Walchensee dabei war. Er gehörte zu den Führern der Kommunisten auf dieser Großbaustelle eines Wasserkraftwerkes. Bauarbeiter, „Baraber“, arbeiteten unter elendigsten Verhältnissen. Sie kämpften mit dem Gebirge, dem Wetter, der Inflation, mit den Hakenkreuzlern und den rosaroten Arbeiterverrättern vom Schläge Rambecks. Kommunisten standen an der Spitze der Belegschaft, holten manchen Erfolg für die Arbeiter heraus, was diese mit ihrem Vertrauen honorierten. Das aber verziehen die Rambecks einem Fritz Gothe

und seinen Genossen nie. Deshalb das Wort vom Haß-Apostel. Sie fürchteten ihn zu Recht. Er war ihnen immer überlegen. Man sah ihn stets in Maurerkluft, mit dem großen gedrehten Knotenstock, der überdimensionalen Brille, dem Habitus eines Intellektuellen und vor allem: dessen Kenntnissen. Immer begriff er sich als solcher. In der Börde wie in der schwarzen Altmark, in Baubuden, an Feldwegen, in verräucherten Gaststuben akzeptierte man ihn. Er landete auch in Spritzenhäusern, hielt hier gar noch seine Reden. Unüberhörbar erwies er sich als Agitator, wo immer er war.

1933 emigrierte Fritz nach Frankreich. In wie vielen Lokalen jenes Landes trank er wohl Wein mit Arbeitern und Bauern. Er predigte immer wieder die Volksfront, beschwor sie als Aufgabe. In so manchem Estaminet des Namens „Qu pauvre Diable“ (Zum armen Teufel) saßen sie. Und alle waren arme Teufel, und es war nicht absehbar, wann sich das ändern würde.

Bis zum Tode waren Frankreich, Paris, die Pyrenäen seine große Liebe. Und eine Familie. Die hieß Rapoport.

Vater Rapoport war dabei, als 1914 in Paris tödliche Schüsse fielen. War er nicht Autor des 1915 erschienen Buches „Jaurés“? War er nicht Freund von Wladimir Iljitsch? Charles Rapoport, der erste Kammerdeputierte der FKP.

Fritz Gothe, der von den Faschisten Ausgebürgerte, fand als Flüchtling in Paris sein erstes Quartier bei der Familie Rapoport. Schlieft er etwa in einem Bett, in dem auch schon Lenin geschlafen hatte?

Eine Rapoport-Tochter wurde später Ärztin, der Schwiegersohn war u. a. Verleger. Im November 1968 kam der in die DDR. Besuchte zweimal Fritz Gothe in Oschersleben. Er kam auch zu mir und brachte

Geschenke mit: Wein, Schallplatten, Fotos, das Jaurés-Buch ... Mehr noch: Längst vergessene Utensilien des Maurers Fritz, von dem vor Jahrzehnten zurückgelassen – einen Zirkel etwa, der in Paris getreulich bewahrt worden war.

Als deutsche Faschisten auch das unbesetzt gebliebene Rest-Frankreich okkupierten, wurde Fritz Gothe wieder gefangen genommen. Er trat den Weg durch 14 Haftanstalten an, sollte hier aber am Ende seines Martyriums einen ganz großen Tag erleben. Es war jener, an dem die Nachricht eintraf, die alle elektrisierte. Französische Mitgefangene kamen jubelnd, weinend zu ihm: „Paris est libre! Frédéric, O'est aussi pour toi, que Paris soit libre!“ (Paris ist frei – auch für dich!)

Nach dem Krieg wurde er in Oschersleben Stadtbaumeister. Nebenher aber riefen viele andere Aufgaben. Ein Bedürfnis blieb ihm das Schreiben. Seine Lebensgeschichte brachte er zu Papier, schrieb das große Kapitel „Walchensee“, dann „Odyssee Frankreich!“

Fritz Gother Hauptanliegen wurde es, die Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung zu dokumentieren. Die Chronik so mancher Genossen, Kumpel, Veteranen bewahrte er vor dem Vergessen. Auch die Geschichte des Bergbaus seiner Heimat. Ein Buchtitel lautete „Von Steinen und Kohlen“. Verschollen sind heute seine Manuskripte, durch viele Hände gegangen und verloren.

Erhalten geblieben und archiviert sind seine zahlreichen Beiträge in der Lokalpresse. Und auch das blieb von ihm: Wanderwege, die er im hohen Alter einrichtete, und viele Wanderstöcke, die er formte, schnitzte, gedacht vor allem für Kinder. Mancher Stock wird bis heute benutzt. **Karl Schlimme**

Redaktion und Verein gratulieren den Jubilaren des Monats

Allen verdienten Genossinnen und Genossen unsere besten Wünsche!

Herzliche Grüße gehen zum **91. Geburtstag** am **2. Juli** an **Herbert Meyer** in Zwickau.

Ihren **85. Geburtstag** können **Rolf Petzold (6. 7.)** aus Berlin und **Gertrud Bauer (7. 7.)** aus Suhl feiern.

In die Reihen der **80jährigen** stoßen vor:

Heinrich Markowski (15. 7.) aus Leipzig und **Johannes Schäfer (19. 7.)** aus Berlin.

Ihren **75. Geburtstag** begehen **Werner Döring (3. 7.)** aus Aschersleben, **Dr. Hans-Joachim Lorenz (3. 7.)** aus Berlin, **Erika Weber (21. 7.)** aus Buchholz und **Josef Weihrauch (25. 7.)** aus Teterow.

Die Genossen **Rolf Puls (8. 7.)** aus Wittenborn und **Friedrich Roßner (24. 7.)** aus Leipzig werden **70**.

Auch die Jungveteranen erhalten Verstärkung: Unsere Gratulation zum **65.** geht an **Fred Lewalder (8. 7.)** aus Berlin, **Astrid Fuchs (27. 7.)** aus Brandenburg und **Franz Beer (30. 7.)** aus Zella-Mehlis.

Wir beglückwünschen Genossen **Reinhardt Beike (31. 7.)** aus Gera zum **60. Geburtstag**.

Brief eines Genossen aus dem PDL-Landesrat Sachsen Bernstein nicht gefragt

Der Artikel der Genossin Sandra Ludwig beschreibt deutlich das Dilemma unserer Partei und ist für mich als Mitglied der Leipziger „Linken“ symptomatisch und auch real nachvollziehbar, weil ich und viele andere Genossen die geschilderten Tatsachen und Beschreibungen in miniature in unserem Stadtverband erfahren mußten und müssen.

Ich bin damals voller Hoffnung in die WASG und dann in die neugegründete Partei Die Linke gegangen. Die große Resonanz auf die Bildung der WASG im Jahr 2004 zeigte, daß die Zeit für eine neue linke Partei reif war. In Meinungsumfragen äußerten bis zu 20 Prozent der Befragten, sie könnten sich vorstellen, eine solche Partei zu wählen. Die WASG besaß von Beginn an einen gewissen Masseneinfluß. Zum einen, weil sie ein Ausdruck der Bewegung gegen die Agenda 2010 und Hartz IV war und viele aktive Teilnehmer der Sozialproteste sich der neuen Partei (bzw. zuerst dem Verein WASG) anschlossen. Andererseits spürten nicht wenige Arbeiter und Erwerbslose, daß sie keine politische Vertretung mehr besaßen. Die SPD war zu einer bürgerlich-neoliberalen Partei verkommen, die Grünen tauschten die Friedenstaube gegen den Bundesadler ein, und die PDS hatte mit ihrem Eintritt in zwei Landesregierungen eine große Strecke auf dem Weg der Anpassung zurückgelegt. Mit der Gründung der WASG verband sich deshalb die Hoffnung, daß die Lehren aus der Entwicklung der anderen Parteien gezogen würden. In Ansätzen geschah das auch. Kernbestandteil des sogenannten Gründungskonsenses der WASG war eine prinzipielle Absage an Sozialabbau und neoliberale Maßnahmen. Das schlug sich auch im Gründungsprogramm nieder: „An einer Regierung im Bund oder im Land werden wir uns nur beteiligen, wenn dies zu einem Politikwechsel in Richtung unserer Forderungen führt“, hieß es dort.

Hierbei handelte es sich übrigens um eine bewußte Abgrenzung zur PDS, die in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern für Sozialabbau und Privatisierungen die Mitverantwortung übernommen hatte. Diese beiden Aspekte – die Ablehnung einer zu Sozialabbau führenden Regierungsbeteiligung, und der Anspruch einer demokratischen und pluralistischen Parteistruktur – machten den „fortschrittlicheren“ Charakter der WASG im Vergleich zu den anderen linken Parteien aus – inklusive der PDS. Hinzu kam, daß die WASG mit einer starken Verbindung zu den sozialen Bewegungen und Gewerkschaften eine dynamische Entwicklung nehmen konnte und das Potential besaß, tief in die Gesellschaft einzudringen. Die Linksverschiebung auf dem Papier fand keine Entsprechung in der politischen Praxis. Im

Gegenteil: In bezug auf die oben erwähnten progressiven Eigenschaften der WASG hat es ein Roll-Back, also eine Rechtsverschiebung, gegeben. So auch im Leipziger Stadtverband. Die Fusion der PDS mit der WASG führte in unserer Stadt nicht zu einer tatsächlichen Neuformierung, einer Revision alter Strukturen. Die Neuen sollten sich lediglich einordnen.

Wir Mitglieder der Leipziger ASG haben diese Erfahrungen auch auf Stadtverbandsebene machen müssen. Auslöser des beginnenden Konflikts zwischen vormaliger WASG und PDS in Leipzig war der im Stadtvorstand gestellte ASG-Antrag auf Gewährung einer Weihnachtsbeihilfe.



Zeichnung: Heinrich Ruynat

Statt hier nach Lösungen für die Betroffenen zu suchen, wurden fadenscheinige Argumente ins Feld geführt, um das Projekt zu Fall zu bringen. Schlimmer – der Sozialpolitiker der sächsischen Landtagsfraktion ging noch einen Schritt weiter: „Ich mache mich doch nicht lächerlich“, erklärte er. Gott sei Dank haben sich Katja Kipping und die Genossen aus der Bundestagsfraktion nicht lächerlich gemacht, als sie einen Antrag auf Weihnachtsbeihilfe im Parlament einbrachten. Auch andere Gliederungen unserer Partei haben in Ost und West auf Stadt- und Kreisebene solche Vorschläge unterbreitet. Ein Leipziger Kommunalpolitiker verwies auf die schwierige finanzielle Situation der Stadt. Auch wurde einmal mehr die sogenannte Realpolitik bemüht. Man müsse „nach Kassenlage“ urteilen, hieß es. Das ist mit

uns nicht zu machen. Wer nichts fordert, bekommt auch nichts, denn Armut hatte noch nie eine Mehrheit im Parlament.

Auch auf der Ebene der Kommunalpolitik bieten sich dazu Möglichkeiten, wie das Leipziger Bürgerbegehren gegen Privatisierung der Stadtwerke gezeigt hat. Der Unmut in der Bevölkerung ist beträchtlich. Die Unterstützung des Bürgerentscheids und die Einführung eines Sozialtickets sind gut und richtig. Parallel dazu ist Soforthilfe notwendig. Voraussetzung eines jeden Bürger-Engagements ist immer die ausreichende Ausstattung der bedürftigen Menschen mit materiellen Mitteln. Die Verhinderung der weiteren Verelendung ist eine vordringliche Aufgabe. Das muß auf allen Wegen (auch ungewohnten und noch nicht erprobten) angegangen werden. Dazu gehören insbesondere außerparlamentarische Initiativen. Und die zu unterstützen oder mindestens nicht zu behindern, ist die Pflicht und Aufgabe eines jeden Mandats- und Funktionsträgers der Partei Die Linke.

Was muß passieren? Angesichts von Demokratieabbau, sozialer Unsicherheit und Grundrechtseinschränkungen sind neue Formen der Radikalität auf unserer Seite notwendig. Die Zeiten des gewerkschaftlichen Co-Managements und der verlogenen Sozialpartnerschaft sind vorbei. Wir kommen nicht umhin, andere Formen der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner zu suchen. Der Verzicht auf die Darstellung gesellschaftlicher Alternativen zum gegenwärtigen System muß in unserer Partei der Vergangenheit angehören. Das Zusammenwirken aller linken Kräfte ist unerlässlich. Eine Ausgrenzung von DKP-Mitgliedern halte ich für fatal. Unser Leipziger Stadtvorsitzender sagte, es ginge um einen Richtungskampf im Stadtverband. Er hat recht: Wir wollen keine reformistische Anpassung der kleinen Schritte à la Eduard Bernstein, sondern – wie es August Bebel einmal treffend formulierte – den Kapitalismus bekämpfen, statt sich mit ihm in den Parlamenten zu arrangieren. In der heutigen gesellschaftlichen Situation auf die eventuelle Abschaffung der Hartz-Gesetze zu warten und die politische Praxis am Medienecho und an den zustimmenden Reaktionen der anderen Parlamentsfraktionen ausrichten zu wollen, ist irrational oder betrügerisch. Man lasse sich dann genau mit diesen Machtverhältnissen ein und meinte, sie für eigene parteipolitische Zwecke einspannen zu können. Was scheitern wird. Ich danke der Genossin Sandra Ludwig für ihren ehrlichen und zugleich mutigen Artikel.

Dr. Maximilian Meurer

Landessprecher der ASG Sachsen – Die Linke
Mitglied im Landesrat Sachsen – Die Linke

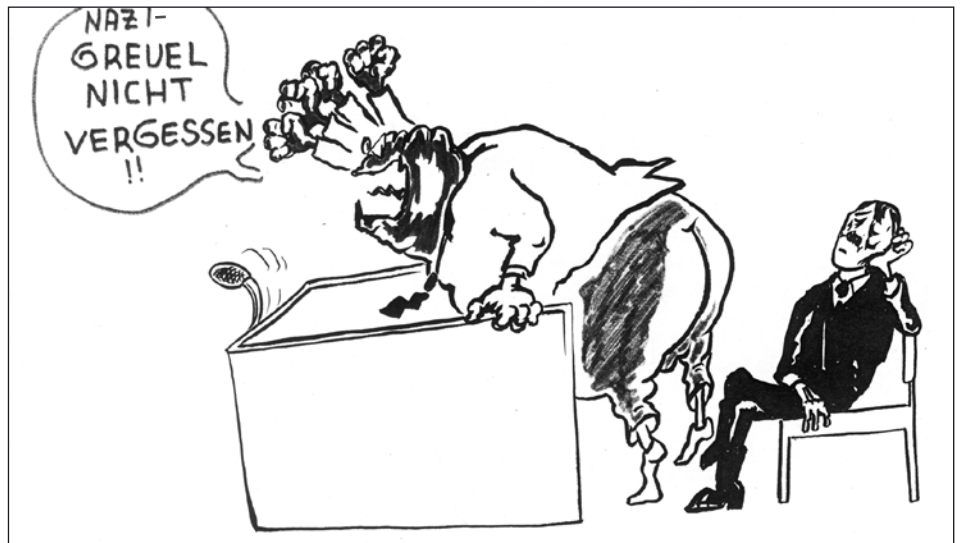
Neuerscheinung enthüllt die Legende vom „Hitler-Stalin-Pakt“

Heißes Eisen beherzt angepackt

Es gibt wenige Fragen, deren Beantwortung der internationalen Arbeiterbewegung und gerade auch dem deutschen antifaschistischen Widerstand solche Schwierigkeiten bereitet haben wie der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag von 1939. Kaum eine Lüge hat der antikommunistischen Dauerkampagne zur Gleichsetzung von Sozialismus und Naziterror solche Nahrung geliefert wie die gezielte Verfälschung des Vertrages, der kurzerhand zum „Hitler-Stalin-Pakt“ erklärt wurde. Mit seinem im März 2008 erschienenen Buch zu dieser von den Feinden der Sowjetunion und der revolutionären Arbeiterbewegung in die Welt gesetzten Legende will Dr. Holger Michael einen Beitrag leisten, solchen „Geschichtsmanipulationen entgegenzutreten und die Diskussion zu versachlichen“.

Nach der Durchleuchtung von zwei Jahrzehnten Vorgeschichte, begonnen mit dem Brester Frieden und dem sowjetisch-polnischen Vertrag von Riga, listet der Autor tagesgenau die Aktionen der UdSSR, Großbritanniens, Frankreichs, Polens und Nazideutschlands von März bis August/September 1939 auf: das hartnäckige Bemühen der Sowjetunion um eine Übereinkunft mit den Westmächten und Polen, die von England und Frankreich betriebene Politik der Beschwichtigung und des Nachgebens gegenüber Hitlerdeutschland und des Hinhaltens der UdSSR. Die anti-sowjetische Hauptgefahr ging seit Jahren von Großbritannien aus. Mit Deutschland gab es seit dem Vertrag von Rapallo für beide Seiten vorteilhafte wirtschaftliche Beziehungen. Aber die Westmächte taten alles, um die sich abzeichnende Aggression Hitlerdeutschlands gegen die Sowjetunion zu lenken, deren Rote Armee im August 1939 am mongolischen Chalchin Gol bereits eine ganze japanische Armee hatte schlagen müssen. Nicht bis fünf Minuten vor zwölf, nein, bis zur letzten Sekunde verzögerte die UdSSR ein Eingehen auf den deutschen Vorschlag, einen Nichtangriffsvertrag abzuschließen. Erst als auch die letzte Möglichkeit eines sowjetisch-britischen Abkommens gescheitert war, gab Molotow „in Vollmacht der Regierung der UdSSR“ seine Unterschrift.

Die Legende – zu deutsch: fromme Sage – unterstellt, die UdSSR habe sich aus freiem Willen und ohne Not für die Verträge mit Hitlerdeutschland entschieden. Das ist eine Lüge! Man behauptet, Moskau habe diese Abkommen einem von den Westmächten angebotenen Bündnis vorgezogen. Das glatte Gegenteil war der Fall! Die Verträge seien rechtswidrig gewesen, will man uns weismachen. Doch sie entsprachen geltendem Völkerrecht und ähnelten dem deutsch-britischen Nichtangriffsvertrag von 1938! Sie hätten – so die Legende – der UdSSR keinen Nutzen gebracht. Tat-



Grafik: SHAHAR

sächlich verschafften sie ihr bis zum Juni 1941 – dem Augenblick des Überfalls – eine Atempause. Die UdSSR und Hitlerdeutschland hätten Polen unter sich aufgeteilt, wird verkündet. Auch das stimmt nicht. Vielmehr schob die Sowjetunion nach der Ablehnung einer gemeinsamen Abwehr der Faschisten durch Polens Regierung ihre Westgrenze bis etwa zu der Linie vor, die vor dem Brest-Litowsker Friedensdiktat die polnisch-russische Grenze gebildet hatte, und bewahrte damit die in den betreffenden Gebieten lebende belorussische und ukrainische Bevölkerung, darunter Hunderttausende Juden, zunächst vor dem Naziterror. Das war zweifellos ein Erfolg der sowjetischen Diplomatie.

Holger Michael dokumentiert die Verträge und geheimen Zusatzprotokolle vom 23. 8. und 28. 9. 1939 im Wortlaut. Er erklärt die politisch-historischen Zusammenhänge sowie die Bedeutung der diplomatischen Wortwahl, die Form des Nichtangriffsvertrages und den Inhalt: das Neutralitätsabkommen. Solche Informationen standen seinerzeit weder den deutschen Kommunisten noch ihren westeuropäischen Genossen zur Verfügung.

Armeegeneral a. D. Heinz Keßler schildert, wie sehr der deutsch-sowjetische Vertrag damals seinen Vater und dessen Freunde verbitterte. Kurt Hager berichtet von heftigen Auseinandersetzungen unter den deutschen Emigranten in England. Werner Eberlein spricht von der „Unsicherheit unter den deutschen Genossen“ selbst in Moskau, als Filme wie „Professor Mamlock“ plötzlich aus den Kinos verschwanden, in der Prawda „neue Vokabeln“ auftauchten und den Emigranten anheimgestellt wurde, nach Nazi-Deutschland zurückzukehren.

Holger Michael kommentiert: „Für die UdSSR kam es jetzt darauf an, den Zeit-

punkt des Kriegsausbruchs solange wie möglich hinauszuschieben. Daher wurden die Zusammenarbeit und das freundschaftliche Verhältnis (zu Nazi-Deutschland – E. H.) immer wieder – und nicht nur für heutige Leser in penetranter Weise – offiziell hervorgehoben. Bei den verbalen Freundschaftsbekundungen konnte zwar nicht die Rede von einer wie auch immer gearteten Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und Hitlerdeutschland sein, sie waren jedoch der UdSSR politisch, ideologisch und moralisch unwürdig.“

Wie ist es zu bewerten, daß die Sowjetunion bis zu ihrem Untergang die Existenz der Zusatzprotokolle verschwie? Dazu Holger Michael: Obwohl die Zusammenhänge „hier nicht so einfach zu erklären sind wie der Nichtangriffsvertrag selbst“, war dies ein Fehler. Einerseits wurde schon 1941 beim Abschluß des polnisch-sowjetischen Vertrages in London versichert, „daß alle territorialen Absprachen mit den Deutschen bezüglich Polens ungültig seien“ – womit ja derartige Absprachen zugegeben wurden –, andererseits wurden sie noch in den Memoiren Gromykos und Gorbatschows (!) bestritten.

Holger Michaels Verdienst: Er analysiert die Kernbehauptungen der Mär vom „Hitler-Stalin-Pakt“ und führt sie anhand der historischen Tatsachen – in verständlicher Weise, wie man hervorheben muß –, ad absurdum. Er wendet sich damit gegen antisowjetische und rußlandfeindliche Positionen. Es liegt im Interesse des friedlichen Zusammenlebens der Völker, böswilligen Legenden so zu begegnen.

Dr. Ernst Heinz

Holger Michael: *Die Legende vom Hitler-Stalin-Pakt*, Kai-Homilius-Verlag – Edition Zeitgeschichte Bd. 36, Berlin 2008, 160 Seiten, 14,80 Euro, ISBN 978-3-89706-844-5

Wie Ernesto Che Guevara die bürgerliche Geldwelt frappte Das Signum eines Revolutionärs

In diesem Jahr wäre Ernesto Che Guevara 80 Jahre alt geworden. Er wurde am 14. Juni 1928 in Rosario geboren und wuchs im Norden Argentiniens wohlbehütet als ältestes Kind von fünf Geschwistern in einer bürgerlich-linksliberalen Familie auf. Nur eines bereitete den Eltern große Sorge: Im Frühjahr 1931 erkrankte Ernesto schwer an Asthma. Das Leiden begleitete ihn ein Leben lang.

In seinen Jugendjahren unternahm er mehrere Reisen mit dem Fahr- und Motorrad, dem Schiff und der Eisenbahn, per Anhalter und zu Fuß durch Lateinamerika. Die Konfrontation mit sozialem Elend beeinflusste sein politisches Denken nachhaltig und brachte ihn zu der Überzeugung, daß nur der revolutionäre Kampf diese unwürdigen Verhältnisse überwinden könne. In sein Tagebuch schrieb er: „Dieses ziellose Streifen durch unser riesiges Amerika hat mich mehr verändert, als ich dachte.“ Nach seiner Promotion zum Doktor der Medizin brach er im Juli 1953 von Buenos Aires zu einer weiteren Tour quer durch den südamerikanischen Kontinent auf und gelangte über Zwischenstationen im Dezember nach Guatemala, wo er sich aktiv an der Verteidigung der revolutionären Regierung unter Jacobo Arbenz beteiligte. Nach dem durch die CIA inszenierten Putsch gegen den Präsidenten mußte er das Land verlassen und lernte 1955 den damals im mexikanischen Exil lebenden Fidel Castro und dessen Kampfgefährten aus der „Bewegung des 26. Juli“ kennen. Hier wurde Ernesto zum Che, wie ihn seine neuen kubanischen Companeros nannten.

Ohne Zögern schloß er sich als Sanitätsleutnant der kubanischen Rebellenbewegung an und gehörte zu den 12 Überlebenden der ursprünglich 82 Teilnehmer zählenden „Granma“-Expedition, die in den Bergen der Sierra Maestra den Kampf gegen die Batista-Diktatur aufnahmen. Ende 1958 führte der von Fidel inzwischen zum Comandante Ernannte mit seiner Kolonne „Giro Redondo“ die letzte, siegreiche Schlacht um Santa Clara. Während Batista noch in der Silvesternacht ins Exil floh, marschierten Che und sein Kampfgefährte Camilo Cienfuegos an der Spitze ihrer Kolonnen am 2. Januar 1959 im Triumphzug in Havanna ein.

Nach dem Sieg der Revolution wurde Guevara in Würdigung seiner Verdienste die kubanische Staatsbürgerschaft verliehen. Er arbeitete in den verschiedensten Regierungsfunktionen und schrieb Bücher über seine Erfahrungen im Partisanenkampf, seine ökonomischen Vorstellungen sowie die Rolle des neuen Menschen beim Aufbau des Sozialismus in Kuba. In einem Anfang Januar 1960 mit ihm geführten Interview antwortete Che: „Wie Sie alle



zur Zeit jedoch in Ausübung meiner revolutionären Pflicht Präsident der Nationalbank Kubas.“ Seine Berufung zum „obersten Banker“ Kubas erfolgte bereits am 26. November 1959. Zu seinen Aufgaben gehörte u. a. die Emission von Banknoten. Dabei hatte Che die Entwürfe für die sechs Geldscheine umfassende erste Nachrevolutionärausgabe maßgeblich beeinflusst. Bei der Motivwahl für die neue Geldscheinserie von 1961 hatte er mit den Abbildungen von Nationalhelden auf den Vorderseiten versucht, eine Tradition zu bewahren, andererseits mit Darstellungen zur jüngsten Revolutionsgeschichte auf den Rückseiten neue Wege zu beschreiten. Die bei der Staatlichen Wertpapierdruckerei in Prag hergestellten Scheine trugen auch die Signatur des Presidente del Banco. Sie bestand nur aus den drei Buchstaben: „Che“. Die westliche Finanzwelt reagierte entsetzt, da der Bankchef mit seinem Spitznamen die Noten „entweicht“ habe. Im Februar 1961 übernahm Che die Leitung des Industrieministeriums. Mit einer kubanischen Wirtschaftsdelegation besuchte er im Dezember 1960 auch die DDR. Von der Berliner Humboldt-Universität wurde ihm die Ehrendoktorwürde verliehen. Anschließend fuhr er zu einer Konferenz lateinamerikanischer Studenten am Leipziger Herder-Institut. Bei dieser Gelegenheit lernte er Tamara Bunke kennen, die für ihn dolmetschte und später mit ihm in Bolivien den Tod finden sollte. Im April 1965 verließ Che unter falschem Namen Havanna zu einer geheimen Militärmission, die ihn nach Kongo, dem späteren Kinshasa, führen sollte. Danach versuchte er ab November 1966 seine revolutionären Vorstellungen an der Spitze einer Guerillagruppe in Bolivien zu verwirklichen. Er wurde verwundet gefangen genommen und am 9. Oktober 1967 von bolivianischen Rangers, die eine CIA-Ausbildung erfahren hatten, in der Dorfschule von La Higuera ohne Gerichtsurteil

wissen, bin ich gebürtiger Argentinier, von Beruf Arzt,

ermordet. Sein Tod machte Ernesto Che Guevara endgültig zu einer Legende.

Er hätte ein angenehmes, sorgenfreies Leben als Arzt oder Minister auf Kuba führen können, zog aber die Entbehrungen des Guerillakampfes vor, um seinen Traum von einem menschenwürdigeren Leben der Völker Lateinamerikas zu verwirklichen.

Dem Touristen begegnet Che im Verlauf seines Kuba-Aufenthalts nicht nur auf überdimensionalen Plakaten, sondern auch auf verschiedenen Geldscheinen. Bereits 1983 emittierte der Banco Nacional de Cuba zum Gedenken an ihn eine 3-Peso-Note. Die Vorderseite dieses karminroten Geldscheines zeigt sein oval gerahmtes Porträt und ihn auf der Rückseite bei der freiwilligen Arbeit in der Zuckerrohrernte. Ab 1990/91 erfolgte von der Nationalbank die Ausgabe einer weiteren Geldscheinserie mit verändertem Design und neuer Farbgebung. Auch auf späteren Emissionen erblickt man das Portrait Che Guevaras.

Die auf drei convertierbare Pesos (das entspricht 3 Dollar) lautenden Geldscheine, die ab 1994 herausgegeben wurden, zeigen auf der Vorderseite das in Santa Clara stehende Che-Denkmal. Auf einem Sockel erhebt sich die sieben Meter hohe Statue über einem Ensemble von steinernen Quadern mit der Inschrift: „Hasta la victoria siempre!“ (Auf ewig bis zum Sieg!) Es wurde von dem bereits verstorbenen kubanischen Bildhauer José Ramon de Lazaro Bencomo (genannt Dellara) geschaffen. Im angrenzenden Mausoleum ruhen die 1997 in der Nähe des Flugfeldes von Vallegrande gefundenen und aus Bolivien nach Kuba übergeführten sterblichen Reste des Che und der meisten seiner Mitkämpfer, auch die von Tamara Bunke.

Hans-Volkmar Gaitzsch

Unser Autor ist Diplom-Handelslehrer. Von ihm ist zur Leipziger Buchmesse 2008 das Werk „Das Geld des Che“ im Engelsdorfer Verlag erschienen (ISBN 3-86703-704-3). 148 Seiten, 24,90 Euro

Marxistische Politökonomien aus neun Ländern berieten in China

Drittes WAPE-Forum tagte in Langfang

Marxismus und nachhaltige Entwicklung – so hieß das Thema der dritten Jahreskonferenz, zu der die in Hongkong registrierte Weltgesellschaft für Politische Ökonomie (WAPE) nach Langfang in der Beijing benachbarten Provinz Hebei vom 23. bis 25. Mai eingeladen hatte. In Langfang, einer Wirtschaftsentwicklungszone Chinas, befindet sich auch ein Teil der berühmten Tsinghua-Universität, die sich in Lehre und Forschung vor allem auf Probleme des wissenschaftlich-technischen Fortschritts konzentriert. Diese Universität gehört neben der Akademie für Marxismus bei der Chinesischen Akademie für Gesellschaftswissenschaften und der Redaktion der linksgerichteten Zeitschrift „Nature, Society and Thought“ in Minneapolis (USA) zu den Sponsoren des Forums. Über 160 Wissenschaftler aus den USA, Japan, Großbritannien, Frankreich, Griechenland, Australien, Kongo, Österreich, der BRD und China waren erschienen. Die von ihnen eingereichten Beiträge sind ein vielfältiges, aktuelles, zahlreiche Fakten und Literaturhinweise enthaltendes Material.

Marx und Engels über die Wechselwirkung von Natur und Menschheit; die seit der Entstehung der kapitalistischen Gesellschaft zu verzeichnenden weltweiten Umweltprobleme; das Konzept nachhaltiger Entwicklung in der Volksrepublik China – das waren die hauptsächlichen Themen, über die in zwei Plenarsitzungen und vier Arbeitskreisen mit je vier Untergruppen Erkenntnisse vermittelt und ausgetauscht wurden.

Folgende Grundorientierungen aus Manuskripten und Publikationen von Marx und Engels waren allgemein präsent und bildeten das theoretisch-methodische Fundament: Von Anbeginn an ist die Geschichte eine dialektische Einheit von Natur und Mensch; dieser ist ein Produkt der Natur; er verändert durch seine Arbeit die Natur; er soll die Naturgesetze studieren und berücksichtigen, sonst „rächt“ sich die Natur an ihm; die Quellen des Reichtums sind Natur und Arbeit, wobei die Arbeitsproduktivität von Naturbedingungen historisch und konkret abhängt; durch bewußte und planmäßige Wiederverwendung von Abfällen werden die natürlichen Ressourcen geschützt; die kapitalistische Produktionsweise zerstört den Stoffwechsel von Mensch und Natur; es besteht die historische Notwendigkeit der Überwindung dieser Produktionsweise und der gesamten auf ihr beruhenden Gesellschaftsordnung im Interesse eines vernünftigen Verhältnisses von Mensch und Natur.

Das Gastgeberland betreffend möchte ich aus dem Rechenschaftsbericht des ZK an die Delegierten des XVII. Parteitages der KP Chinas im Oktober 2007 zitieren: „Während wir die Leistungen bestäti-

gen, sollen wir auch nüchtern feststellen, daß es noch einen recht großen Abstand zwischen unserer Arbeit und den Erwartungen des Volkes gibt und wir beim Vorwärtsschreiten noch vielen Schwierigkeiten und Problemen gegenüberstehen. Davon sind die folgenden hervorstechend: Hinsichtlich der Ressourcen und der Umwelt war der Preis für das Wirtschaftswachstum zu hoch ... Man muß am zivilisatorischen Entwicklungsweg für das Produktionswachstum, das reiche Leben und die gute Ökologie festhalten. Es gilt, eine ressourceneinsparende und umweltfreundliche Gesellschaft aufzubauen, die Vereinigung des Tempos mit der Struktur, der Qualität und der Effizienz sowie die Koordinierung zwischen der Wirtschaftsentwicklung und der Bevölkerung, den Ressourcen sowie der Umwelt zu verwirklichen, damit das Volk unter guten ökologischen Bedingungen produziert und lebt sowie die dauerhafte und nachhaltige Entwicklung der Wirtschaft und Gesellschaft realisiert wird. ... Bei der Veränderung des Entwicklungsmodus sollen große Fortschritte erreicht werden. Auf der Grundlage der Optimierung der Struktur, der Erhöhung der Effizienz, der Reduzierung des Energieverbrauchs und des Umweltschutzes soll die Vervielfachung des Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukts bis zum Jahr 2020 im Vergleich zu 2000 realisiert werden.“

Auf dem dritten WAPE-Forum in Langfang wurde eine Erklärung beschlossen, in der es u. a. heißt: „Um die globale Klimakrise zu mindern und schlimmsten Katastrophen vorzubeugen, ist es nötig, unverzüglich mit der Reduzierung des Ausstoßes von Treibhausgasen zu beginnen. Die entwickelten Wirtschaften müssen damit anfangen, absolute Reduktionen zu erreichen, während die weniger entwickelten Wirtschaften bemüht sein müssen, ihren jeweiligen Zuwachs zu verringern.“

Alle Länder müssen beginnen, den bisherigen Weg zu verlassen, die Produktion strategisch auf dem ungezügelt Verbrauch von fossilen Brennstoffen zu betreiben. Das führt nicht nur zu großen Herausforderungen auf den Gebieten Energie und Transport, sondern verlangt auch einen Umbau der Landwirtschaft auf einer mehr organischen und nachhaltigen Basis. Außerdem darf die Klimakrise nicht davon abhalten, unverzüglich Ergebnisse an weiteren ökologischen Fronten zu erzielen. Dazu gehören u. a. die Wasserverschmutzung, die Luftverschmutzung, das Hinterlassen vergifteter Produktionswüsten, das Aussterben biotischer Arten, Übervölkerung, rücksichtslose Ressourcenausbeutung, Bodenerosion und Wüstenbildung. Was auch immer unverzüglich und dringend getan werden muß, die Skala der benötigten Veränderungen wird wahrscheinlich zu einer Auseinanderset-

zung mit den expansionistischen Zwängen des Kapitalismus führen.

Der Kapitalismus als ökonomisches System beruht auf der Erzielung von Profit und der universellen Vorherrschaft von Marktbeziehungen. Unter dem ständigen und beherrschenden Druck der Marktkonkurrenz und getrieben durch das unersättliche Streben nach Profit sind die einzelnen Kapitalisten, kapitalistischen Zusammenschlüsse und kapitalistischen Staaten ständig bestrebt, Kapital zu akkumulieren und – getrieben durch das Wachstum – immer mehr Material zu verbrauchen und Materialwüsten zu hinterlassen. So ist das kapitalistische System grundsätzlich unvereinbar mit den Anforderungen der ökologischen Nachhaltigkeit. Weder technische Veränderungen noch Regulierungen durch Regierungen ohne fundamentalen Wandel der Gesellschaftsordnung können diesen unüberwindlichen Gegensatz dauerhaft auflösen. Dieser Prozeß kann sich nicht ohne eine umfassende Mobilisierung der Arbeiterklasse und aller unterdrückten Menschen der Erde vollziehen. Der weltumspannende Kampf für die Erhaltung der Ökologie muß daher mit den Kräften vereint werden, die gegen alle Formen von Unterdrückung und Ausbeutung auftreten. Nur der Sozialismus und die weltweite Solidarität aller Werktätigen können sowohl die Menschheit als auch den Erdball von der fatalen Bedrohung durch den globalisierten Kapitalismus befreien.“ Das vierte Forum der Weltgesellschaft für Politische Ökonomie (WAPE) soll Mitte 2009 in Paris zu dem noch zu präzisierenden Themenkomplex „Nationen, Staaten und vernünftig gestaltete internationale Beziehungen“ durchgeführt werden.

Prof. Dr. Eike Kopf, Beijing

Sehr herzlich gratulieren Vorstand und Redaktion unserer stets einsatzbereiten Genossin

Sylvia Feldbinder

zum 50. Geburtstag am 13. Juli. Seit etlichen Jahren beim „Rot-Fuchs“, hat sie sich besonders um die Internetausgabe, die Sonderanfertigung des RF für Blinde und Sehschwache sowie um die verlässliche Betreuung unserer Computertechnik verdient gemacht.

Wie ein ukrainischer Genosse die Dinge sieht Brief aus Kiew

Hauptgrund unserer Niederlage ist aus meiner Sicht der Zustand des Marxismus Mitte der 80er Jahre. Unsere Generation von Marxisten verfügt über keinen neuen Marx oder Engels oder Lenin oder wenigstens Plechanow und Rosa Luxemburg. Was wir eventuell können, ist die kollektive Weisheit einzusetzen, um den Marxismus von dogmatischen und revisionistischen Entstellungen zu befreien. Eines der größten Übel der Niederlage ist unsere Zersplitterung in nationale Räume, Parteien und Sekten. „Ohne unsere Kräfte zusammenzuführen, können wir den Wagen des Marxismus nicht von der Stelle bekommen. Dabei war doch der Internationalismus von jeher eine Grundqualität der Marxisten.“

Die Mehrzahl der Genossen besteht heute aus „sowjetischen Traditionalisten“. Ihr Traum ist die Wiederherstellung des guten alten vorgorbatschowschen Sozialismusmodells. Dieser dogmatische Teil der Partei beschränkt sich auf das Begehnen sowjetischer Feiertage und einige seltene Protestaktionen, die von den Machthabern einfach ignoriert werden. Eine wirkliche Verbindung zu den Massen besitzen diese Parteimitglieder nicht, höchstens bei der Werbung für Zeitungen oder in Wahlzeiten. Anschließend verfallen sie wieder bis zur nächsten Kampagne in Tiefschlaf. Parteiversammlungen, soweit sie stattfinden, sind für diese Genossen Zusammenkünfte, bei denen nostalgisch über das schöne Leben in der Vergangenheit geschwärmt wird. Auch obligate Flüche über den Kapitalismus gehören dazu. Wenn der Dampf abgelassen ist, geht man zufrieden nach Hause. Es ist heute recht bequem, ein solcher Kommunist zu sein. Einerseits stört man in keiner Weise die örtlichen Machthaber und die Neureichen beim Raub der letzten Reste des Volkseigentums, andererseits wird man für seine festen Überzeugungen gelobt. Sogar einige am Ruder Befindliche schätzen es, wenn gerade keine Zeugen zugegen sind, ihnen jovial die Hand zu schütteln und bei dieser Gelegenheit mitzuteilen, man sei ja selbst in der Seele noch Kommunist geblieben und bewahre sein Dokument für alle Fälle im Panzerschrank auf. Diesem Teil der Partei gilt der Marxismus-Leninismus nicht als Methode oder Anleitung zum Handeln, sondern als eine Art Heilige Schrift, vor der man sich zu verbeugen hat, ohne auch nur ein Komma zu ergänzen.

Ein anderer Teil der „Genossen“, vorerst zahlenmäßig relativ gering, aber mit wachsendem Einfluß, sind jene, welche den Marxismus für überlebt erklären. Sie stört er dabei, die Partei zu einer Art schwedischem oder deutschem „Sozialismus“ zu führen.

Was fehlt, ist ein marxistisch-leninistischer Kern, der dazu in der Lage ist, alle kampfbereiten Genossen zusammenzu-

führen. Es muß eindeutig geklärt werden: Der Marxismus ist nicht nur Sache der Wissenschaftler, sondern muß von allen verteidigt und weiterentwickelt werden, die Verständnis für die Theorie haben, die wissen, daß ein Kommunist, der kein Marxist ist, auch kein Kommunist sein kann. Noch ein anderer Aspekt. Jene kommunistischen Parteien waren und sind erfolgreich, an deren Spitze Führer standen und stehen, die praktische Erfahrungen mit theoretischen Qualitäten zu verbinden wußten und wissen. Wenn sich aber an der Spitze theoretische Analphabeten befanden, die sich in der Praxis auf eine „Ideologie“ des „gesunden Menschenverstandes“ stützten und zugleich de facto unaustauschbar waren, wurde das Parteeschiff immer auf Sand gesetzt.

Unsere Aufgabe ist es, die Gründe unserer Niederlage zu begreifen, uns zusammenzuschließen und uns zu organisieren. Wie ein Genosse vor Jahren in Kiew sagte: „Marx und Lenin haben nur einen Fehler begangen, allerdings einen gravierenden: Sie meinten, daß ihre Nachfolger zumindest nicht dümmer sein würden als sie selbst.“ Wir müssen uns auf die Hauptfragen des Marxismus konzentrieren und alles tun, damit er wieder zur einheitlichen Lehre für die Arbeiterbewegung wird, so wie er es zu Marx' und Lenins Zeiten gewesen ist. Darauf muß alle Kraft der Marxisten gerichtet sein, statt sich mit zweitrangigen Fragen und unseriösen Interpretationen der Marx'schen Lehre, die die heutige linke Presse füllen, zu befassen. Die Autoren solcher Artikel, darunter auch recht hochgestellte, sind an ihren Irrtümern oft gar nicht schuld – ihr Verständnis und das

Niveau ihrer Kenntnis des Marxismus reichen einfach nicht aus.

Wenn sie zu behaupten versuchen, an unserer Niederlage seien lediglich Verräter vom Schlage Gorbatschows schuld, und es habe keine objektiven Gründe für den Zusammenbruch des Sozialismus in der UdSSR gegeben, dann wird man uns berechtigterweise zu Stümpfern erklären. Die CIA hat Gorbatschow ja nicht am Fallschirm herabgelassen – er und seinesgleichen wurden durch das System eines administrativ-bürokratischen Sozialismus hervorgebracht.

Wir Kommunisten, die wir den historischen Fortschritt verfechten, müssen eine Partei der Ehrlichkeit sein. Wenn wir nicht die Wahrheit sagen – mag sie auch noch so bitter sein –, verspielen wir das Vertrauen der Menschen restlos. Wenn wir aber auch über weniger ruhmvolle Seiten unserer Vergangenheit die ganze Wahrheit sagen, werden wir letzten Endes gewinnen. Jede Unehrlichkeit, jede Schönfärberei wird vom Gegner aufgegriffen, multipliziert und am Ende gegen uns genutzt.

Übrigens könnten jene Deutschen, die 40 Jahre in der DDR den Sozialismus aufgebaut haben, bei einer günstigen Entwicklung der Dinge einen großen Beitrag zum Voranschreiten unserer Bewegung in Deutschland und Westeuropa leisten.

Wladimir Pronin

Übersetzung des redaktionell bearbeiteten Beitrags: Dr.-Ing. Peter Tichauer

Der Verfasser des Briefes gehörte 1990 bis 1991 dem Koordinationsrat der Marxistischen Plattform der KPdSU an.



Bis zum 13. 7. wird in der Ladengalerie der „jungen Welt“ die Ausstellung „Der Weg zum Sieg“ gezeigt. 50 historische Fotos dokumentieren den heroischen Kampf des belorussischen Volkes im Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion.

Irak: Ein halbes Jahrhundert Hoffnung, Leid und Aufbegehren Versuch einer Bilanz

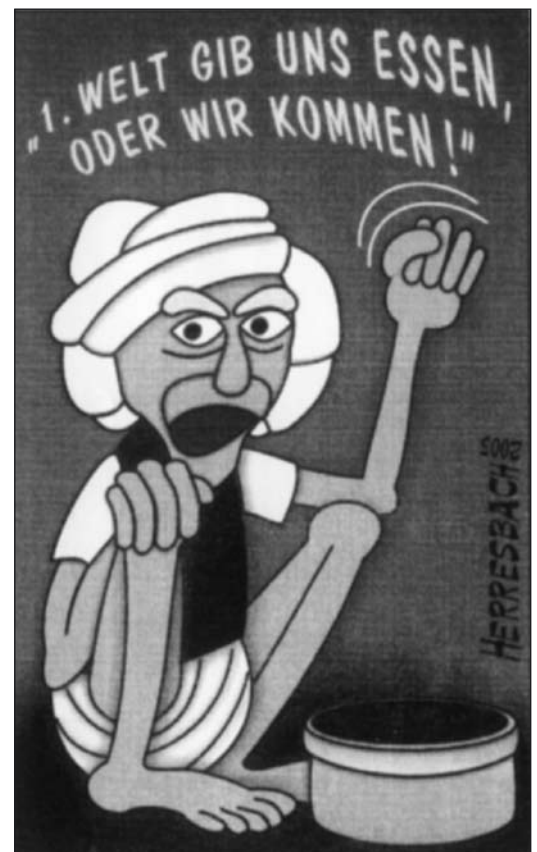
Wenn ich an den Irak denke, denke ich an unendlich viel Leid. Jahrzehntelanges Leid. Nach dem irakisch-iranischen Krieg 1980–1988 überfällt Saddam Hussein 1990 Kuwait und wird von einer multinationalen Streitmacht unter Führung der USA vernichtend geschlagen. Danach werden über den Irak Wirtschaftssanktionen verhängt, die so verheerend sind, daß selbst der Vatikan sie pervers nennt, weil sie nicht Saddam treffen, sondern die Bevölkerung. Nach UNICEF-Aussagen sterben eine Million Menschen, davon 500 000 Kleinkinder. Nachdem dieses Land am Boden lag, behauptete der USA-Präsident, es habe Massenvernichtungswaffen, die es nicht besaß, und Kontakte zu Al-Quaida, die es auch nicht hatte. Zur völligen Fassunglosigkeit der Menschen dort wird der Irak dennoch bombardiert. Die Schätzungen über die Zahl der Toten gehen von mehreren Hunderttausend nach Auffassung des irakischen Innenministeriums, das kein Interesse an hohen Zahlen hat, bis zu 1,2 Millionen nach Schätzungen des unabhängigen Forschungsinstituts ORB aus England ...“ Soweit Jürgen Todenhöfer, vormals prominenter Politiker der CDU, nun aber gar nicht mehr im Sinne seiner Parteivorsitzenden und Bundeskanzlerin.

Es war vor genau 50 Jahren, als es in Irak hoffnungsvoll begonnen hatte: Am 14. Juli 1958 fegte die von Abd el Karim Kassem geführte Revolution innerhalb weniger Stunden das historisch überlebte, korrupte und proimperialistische Regime unter König Faisal II. und Premier Nuri as-Said vom Schauplatz der Geschichte. Es war insbesondere die irakische Revolution des Jahres 1958, die die amerikanische Strategie zur Beherrschung des Nahen und Mittleren Ostens mit Hilfe ihres Paktsystems praktisch zum Scheitern brachte. Die von irakischen Nationalisten unter Kassem eingeleitete Revolution verlief über Jahrzehnte in einem widersprüchlichen, von Gegensätzen und divergierenden Interessen geprägten Prozeß. Der in seinem Aktionsradius eingeschränkte Imperialismus ließ nichts unversucht, das Ringen um Öl und Macht erneut zu seinen Gunsten zu entscheiden. In den innerirakischen Auseinandersetzungen setzte sich schließlich 1968 die Baath-Partei durch. Ihre Spitze und zugleich die Führung des Landes und der Streitkräfte übernahm 1979 der eigentliche „starke Mann“ des Regimes, Saddam Hussein. Rückblickend muß der Baath-Partei bescheinigt werden, daß sie in den 35 Jahren ihrer Herrschaft – ungeachtet schwerer Verbrechen an ihren Gegnern und Konkurrenten, an Kurden und Schiiten, ihrer politischen und militärischen Untaten, allem voran der Krieg gegen Iran – zugleich Bedeutendes für die Unabhängigkeit und den Fortschritt des Landes geleistet hat. In vielen Punkten hat sie das Sozialprogramm

der von ihr brutal bekämpften irakischen Kommunisten umgesetzt. Die Baathisten haben die volle Souveränität des Landes über seine immensen Erdölressourcen hergestellt und die Einkünfte daraus vorrangig in Projekte und Entwicklungen investiert, die der überwiegenden Mehrheit der Iraker zugute gekommen sind. Der Lebensstandard im Land war vorbildlich hoch. Der Analphabetismus wurde besiegt. Die Frauen konnten aus ihrer demütigenden Unterwerfung heraustreten. Es wurde damit ein recht erfolgreiches staatskapitalistisches Modell installiert, das zugleich jede Opposition gnadenlos niederhielt und politische Rechte der werktätigen Bevölkerung durch seine militärbürokratische Despotie unterdrückte. Die grausamsten Verfolgungen richteten sich gegen Kommunisten und linke Baathisten. Zum Zeitpunkt des Beginns der Revolution war die Irakische Kommunistische Partei, die mit vollem Einsatz daranging, die nationaldemokratische Entwicklung mitzugestalten, die stärkste KP des Nahen und Mittleren Ostens. Bereits unter Kassem und dann unter der Herrschaft der Baath-Partei hatte sie einen beispiellosen Blutzoll zu entrichten. Diese widersprüchliche Entwicklung bewirkte, daß auch angesichts der seit dem 1. Golfkrieg gesammelten Erfahrungen Teile der Bevölkerung den Sturz des Diktators begrüßten, als die USA 2003 das Regime von Saddam Hussein zu Fall brachten, wobei sie sich das Land illegal und völkerrechtswidrig unterwarfen. Die Illusion, die Okkupation könne nur kurze Zeit dauern und Washington werde es den Irakern in Kürze ermöglichen, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln, zerstob bald. Die Besatzung erwies sich als schlimmste vorstellbare Variante. Rasch wurde klar, daß die USA an einen Abzug gar nicht dachten. Iraks Ölressourcen übersteigen die der USA um mehr als das Fünffache. Sie sind für die Vereinigten Staaten viel zu attraktiv, als daß sie bereit wären, diese allein den Irakern zu überlassen. Deshalb soll das Zweistromland auf Dauer in einen Vasallenstaat verwandelt, dort eine permanente militärische US-Präsenz aufgebaut und den Ölmultis der Zugriff auf irakisches Öl gesichert werden. Besatzerterror und das Wirken eines korrupten Marionettenregimes haben im Verbund mit massenhaftem Hunger, Flüchtlingselend, andauernder Unsicherheit und Chaos bewirkt, daß der nationale Widerstand eine breite Basis im Volk erreichte. Mehr als 100 000 organisierte Aufständische mit über 400 000 aktiven Helfern kämpfen für ein Hauptziel, das auch von der

Mehrheit der Bevölkerung unterstützt wird: Beendigung der Besetzung und Ausplünderung Iraks, Wiederherstellung der nationalen Selbstbestimmung und Kontrolle über die Ressourcen des Landes. Angesichts der Entmündigung der Massen unter dem Saddam-Regime fehlten zunächst organisatorische Voraussetzungen, sich den Invasoren in den Weg zu stellen. Inzwischen haben sich Sunniten und Schiiten, Iraker aller Schichten auch politisch formiert. In der „Nationalen und islamischen patriotischen Front“ haben sich mit der „Irakischen patriotischen Allianz“ – einem Bündnis panarabischer, sozialistischer und religiöser Gruppen – Baathisten, Teile der unter den Bezeichnungen „Zentralkommando“ bzw. „Kader“ neu formierten irakischen Kommunisten sowie weitere linke und marxistisch orientierte Kräfte zusammen mit dem „Politischen Rat des irakischen Widerstands“ und den wichtigsten Guerillaorganisationen verbunden. Die mit den Besatzern kollaborierende offizielle Irakische KP bleibt dieser Bewegung fern. Auch Al-Quaida gehört nicht zum Widerstand und dient den USA und deren Helfern lediglich dazu, diesen zu diffamieren bzw. ihn genauso zu vertuschen wie den Besatzerterror. Schon längst nicht mehr können Bush und dessen Komplizen jedoch die Tatsache verbergen, daß sie außerstande sind, die Iraker militärisch zu besiegen und auf Dauer zu versklaven.

Bernd Fischer



Venezuelas Führung ergreift antimonopolistische Maßnahmen Chávez nimmt Multis in die Mangel

Venezuelas Parlament hat auf Initiative von Präsident Hugo Chávez die Erhebung einer Sondersteuer auf Profite der im Lande operierenden multinationalen Ölkonzerne beschlossen, wenn der Preis pro Barrel (Großfaß) 70 Dollar überschreitet. Dadurch will Caracas neun Milliarden Dollar einnehmen, die weitgehend für soziale Zwecke ausgegeben werden sollen. Zur Begründung erklärte der venezolanische Staatschef, die drastische Heraufsetzung der Erdölpreise habe die Einnahmen der Petrogiganten explodieren lassen. Mit den jetzt ergriffenen Maßnahmen würden zwei Hauptziele verfolgt:

Erstens werde die Verbesserung der Lebensbedingungen in den Vierteln der Ärmsten angestrebt. Für 381 Barrios (Wohngebiete) in 74 Kommunen mit insgesamt etwa einer Million besonders bedürftiger Einwohner solle die Versorgung mit Elektrizität und Wasser, die Belieferung mit Grundnahrungsmitteln sowie die Bereitstellung von Medikamenten und Baumaterial spürbar verbessert werden. Ein Teil der zusätzlich aufgebrachtene Steuer Mittel soll zur Finanzierung von Nationalisierungsmaßnahmen in strategischen Wirtschaftsbereichen wie der Zementherzeugung und der Stahlmetallurgie eingesetzt werden.

Das zweite Ziel bestehe in der Schaffung „sozialistischer Werte anhand konkreter Projekte“. Etwa die Hälfte der neun Mrd. Dollar wolle man in den „Aufbau des Sozialismus“ investieren. Es gehe dabei um die Erweiterung des sozialen Wohnungsbaus und die Förderung von Genossenschaften zur Produktion lebenswichtiger Güter. Landwirtschaftliche Kooperativen und Arbeiterkollektive in den Fabriken könnten mit besonderer Unterstützung rechnen.

Offensichtlich teilt Chávez nicht den Standpunkt einiger seiner Berater, die davor warnen, die multinationalen Konzerne anzutasten, da diese zu mächtig seien.



PCV-Generalsekretär Oscar Figuera



Chávez inmitten des Volkes

Im Gegenteil: Er führt den Nachweis, daß die Nationalisierung des venezolanischen Ölmonopols PDVSA die Finanzierung der wichtigsten Regierungsvorhaben wie der Preisstützung von Grundnahrungsmitteln, der unentgeltlichen Gesundheitsfürsorge, der erweiterten Volksbildung und der massenhaften Gründung von Kooperativen erst ermöglicht habe.

In Kuba sei eine jahrelang geschlossene Raffinerie, die jetzt täglich 60 000 Barrel Rohöl verarbeite, wiedereröffnet worden. Auch in Nicaragua werde eine Raffinerie ihre Arbeit aufnehmen. Und in China entsänden im Zusammenwirken mit dem dortigen Staatskonzern gleich drei Raffinerien. All das wäre ohne Nationalisierung der PDVSA, mit der riesige Einnahmequellen erschlossen worden seien, nicht denkbar gewesen, sagte Chávez. Er fügte dem die Worte hinzu: „Ein Bravo den Arbeitern unserer Erdölindustrie! Ein Bravo der Arbeiterklasse Venezuelas! Sie ist für unsere sozialistische Revolution von fundamentaler Bedeutung.“

Die KP Venezuelas (PCV), die bekanntlich der durch Chávez ins Leben gerufenen Sozialistischen Einheitspartei (PSUV) nicht beigetreten ist, sie aber von außen – und vermutlich auch durch einige Mitglieder im Innern – solidarisch berät, hat sich für die unlängst erfolgte Nationalisierung der Stahlindustrie ausgesprochen. Ihr Generalsekretär Oscar Figuera erklärte in einem Interview mit der belgischen Wochenzeitung „Solidaire“, die venezolanischen Kommunisten unterstützten Chávez und die boliviarische Revolution, setzten sich aber besonders für die Konsolidierung der Arbeiterbewegung ein. Im Staatsapparat und in den Gewerkschaften gebe es rechte Sektoren, die den Prozeß der weiteren Nationalisierung zu bremsen bemüht seien. Ihnen müsse der Einfluß auf die Politik des Landes entzogen werden. Die Auseinander-

setzungen seien besonders im Zusammenhang mit der von Chávez befürworteten Verstaatlichung des ausländischen Stahlriesen Sidor entbrannt. Einige Gewerkschaftsführer und Staatsbedienstete hätten offen für das multinationale Unternehmen Partei ergriffen. Die PCV habe in dieser Frage den kämpferischen Teil der Arbeiter, von dem die Nationalisierung energisch eingefordert worden sei, bedingungslos unterstützt.

Die PSUV sei eine junge Partei, die sich erst zu entwickeln beginne, stellte Figuera fest. In ihren Reihen gebe es sehr unterschiedliche Zukunftsvisionen. Das habe sich beim Sidor-Konflikt besonders deutlich gezeigt. Die Auseinandersetzungen zwischen einigen PSUV-Funktionären und den Arbeitern seien schließlich in solcher Schärfe entbrannt, daß die Stahlwerker von Präsident Chávez ein direktes Eingreifen verlangt hätten. Der Präsident kam dieser Forderung nach und verkündete – in voller Übereinstimmung mit den diesbezüglichen Auffassungen der PCV – seinen Entschluß, diesen Schlüsselkonzern in Staatseigentum zu überführen.

R. F., gestützt auf „Solidaire“, Brüssel

Am 19. Juli um 10 Uhr spricht
Prof. Dr. Anton Latzo
auf einer Veranstaltung der RF-
Regionalgruppe Neubrandenburg
im Soziokulturellen
Zentrum „Arche N“, Reitbahnweg 38,
über das Thema

„Was hat den Ländern Osteuropas
der Beitritt zur EU gebracht?“

Indonesiens Kommunisten zahlten den höchsten Blutzoll Wie Sudisman in den Tod ging

Indonesiens jahrzehntelang wütender Diktator General Suharto, der 1965 den anti-imperialistischen Präsidenten Ahmed Sukarno durch einen Militärputsch gestürzt und anschließend seiner Armee die Ausrottung Hunderttausender Mitglieder und Sympathisanten der kommunistischen PKI befohlen hatte, ist unlängst hochbetagt gestorben.

Angesichts dieses nur mit den Verbrechen der Hitlerfaschisten und der japanischen Kaisersoldateska vergleichbaren Blutbades erschienen in den führenden großbürgerlichen Zeitungen der USA – der „New York Times“ und der „Washington Post“ – eine Vielzahl von Beiträgen, in denen Suhartos Mordpraktiken zwar als „äußerst hart“, aber „letztlich im Interesse der USA-Politik liegend“ bezeichnet wurden.

Die PKI unter Führung von Generalsekretär Aidit, der dann zu den grausam Exekutierten zählte, gab damals an, in ihren Reihen stünden drei Millionen Männer und Frauen. Sie war damit die größte KP aller nichtsozialistischen Länder. Die Partei hatte zugleich schlagkräftige Massenorganisationen – die sehr einflußreiche Gewerkschaftszentrale, den indonesischen Bauernverband und Zusammenschlüsse der Frauen, der Intellektuellen, der Jugend und der Studenten aufgebaut, denen weitere 15 bis 20 Millionen Indonesier angehörten. Vor allem die Arbeiterzentrale trug durch eine Serie machtvoller Streiks dazu bei, daß die Regierung in Den Haag dem südostasiatischen Land 1949 die Unabhängigkeit gewähren mußte. 1957 besetzten Gewerkschaftsmitglieder schlagartig die in holländischem Eigentum befindlichen Betriebe und Plantagen, was schließlich zur Nationalisierung aller ausländischen Unternehmen durch die Regierung Sukarno führte. Das hatte im Februar 1958 den ersten durch die USA gelenkten Umsturzversuch gegen den beherrschten Präsidenten zur Folge. Dieser scheiterte zwar, doch 1965 wurde von der CIA-Zentrale ein zweiter und diesmal erfolgreicher Putsch in Szene gesetzt. Suharto – der „neue Mann“ in Djakarta – zerschlug sofort die Gewerkschaften und ordnete die physische Ausrottung sämtlicher ergreifbarer Kommunisten an. Als Präsident öffnete er Indonesiens Tore weit für das nun massiv eindringende ausländische Kapital. Übrigens bedienten er und seine Familie sich selbst am besten.

Die PKI hatte das niederländische und das japanische Kolonialregime trotz aller Repressalien intakt überdauert, wurde jetzt jedoch bis auf wenige Genossen, denen die Flucht ins Exil gelang, von der Wucht des weißen Terrors buchstäblich zerschmettert. Nur wenig drang davon an die Öffentlichkeit. Zu jenen, die über die entsetzliche Orgie konterrevolutionärer Gewalt sachlich informierten, gehörte das USA-Nachrichtenmagazin „Time“, das schon am 17. Dezember 1965



Genosse Sudisman

umgebracht. Die Morde haben ein solches Ausmaß angenommen, daß die Beseitigung der Leichen in Ost-Java und im Norden Sumatras zu einem ersten sanitären Problem geworden ist, da die feuchte Luft den Gestank verwesenden Fleisches überall hinträgt. Reisende, die aus diesen Gebieten kommen, berichten von Bächen und Flüssen, die mit Leichen verstopft sind.“

Einige Monate später war bereits von 600 000 Opfern und schließlich von einer Million die Rede. Am 19. Juni 1966 sprach James Reston, Mitherausgeber der „New York Times“, von der „wilden Verwandlung Indonesiens, wo die prochinesische Politik Sukarnos durch die antikommunistische Politik Suhartos ersetzt worden ist“. Wa-

schrieb: „Kommunisten, rote Sympathisanten und deren Familien werden zu Tausenden massakriert. Auf dem Lande stationierte Armeeeinheiten haben nach Berichten Tausende Kommunisten zu erst verhört und dann in abgelegenen Gefängnissen

shington müsse „sich hüten, das Geschehen in einem der reichsten Länder der Welt, das der Bevölkerungszahl nach an sechster Stelle steht, auf seine Kappe zu nehmen“. Das aber heiße wiederum nicht, daß die USA mit der Sache nichts zu tun hätten. Alle Führer der PKI fanden nach Schein- und Schauprozessen auf grausame Weise den Tod. Sie blieben ihrer Sache bis zuletzt treu. Auch Sudisman, einer der fünf Spitzenpolitiker der Partei, wurde verhaftet, bestialisch gefoltert, 1967 vor Gericht gestellt und später hingerichtet. Der Vorsitzende des Tribunals fragte ihn, ob er sein Handeln bereue. Sudisman antwortete darauf im Schlußwort des Angeklagten: „Aus Respekt vor meinen kommunistischen Überzeugungen, aus meiner kommunistischen Verantwortung und aus Solidarität mit meinen toten Genossen Aidit, Lukman, Njoto und Sakirman komme ich zu dem Ergebnis: Ich bereue nichts! Mehr als das: Im Bewußtsein der Tatsache, daß andere als Opfer gefallen sind, kann ich als Kommunist nicht weniger tun als sie. Wir leben, um zu kämpfen, und wir kämpfen, um zu leben. Wir leben nicht bloß des nackten Lebens wegen. Wir leben, um unser Leben würdig zu verteidigen – bis zum Tod. Es lebe die kommunistische Partei Indonesiens!“

R. F., gestützt auf „Workers World“ (USA)

Zum Gedenken an Otto Langer

Wir danken Klaus Steiniger und seinen Genossen für die Anteilnahme am Tod von Otto Langer. Er mußte 1938 vor den Nazi-Faschisten aus Österreich flüchten und verbrachte seine Emigrationsjahre kämpferisch in den USA. Dort engagierte er sich in der Gewerkschaft und gründete trotz großen Widerstandes den Verband der Beschäftigten der Filmindustrie. Deshalb wurde er später vom antikommunistischen Kongreßausschuß für Unamerikanische Aktivitäten verhört und mit Gefängnis bedroht. 1948 kehrte Otto Langer nach Österreich zurück. Hier arbeitete er als Funktionär in der KPÖ, wurde beim Globus-Verlag Vertriebsleiter der „Volksstimme“ und organisierte viele Jahre hindurch das beliebte „Volksstimme“-Fest im Wiener Prater. Genosse Langer trat in den letzten 15 Jahren als unbestechlicher Kritiker des rechtsoportunistischen Kurses der Parteiführung unter Walter Baier auf und wurde deswegen aus der KPÖ ausgeschlossen.

Gegen den Auftrag des 32. Parteitages, den nächsten Parteitag als Mitgliederparteitag einzuberufen, organisierte Walter Baier 2004 einen handverlesenen „Delegierten“-Parteitag und erschlich sich dort mit seinen Anhängern die Führung und die Finanzen der Partei. Damit spaltete er die KPÖ. Und wieder wurden Kritiker ausgeschlossen und kritische Organisationen

aufgelöst bzw. finanziell ausgehungert. Es kam aber auch zu einzelnen Austritten aus der Partei.

Nach dem statutenwidrigen Beitritt der KPÖ zur Europäischen Linkspartei versucht die Baier-Fraktion nun, sie schrittweise in eine „Linkspartei“ umzuwandeln, die der imperialistischen EU hörig ist. Zu diesem Zweck wird die Zerstörung der KPÖ intensiv weiter betrieben und ihr Vermögen verschoben, drei Viertel der parteieigenen Immobilien wurden veräußert.

Das Bekanntmachen des ungeheuerlichen Verkaufs des Ernst-Kirchwegger-Hauses der KPÖ an einen Faschisten (durch einen Artikel Otto Langers in der „Tribüne für die Wahrheit“) nahm der inzwischen als Parteivorsitzender zurückgetretene Walter Baier zum Anlaß, den 89jährigen und bereits todkranken Genossen durch eine Privatklage vor das bürgerliche Gericht zu zern. Otto Langer konnte seine Beweise nicht mehr vorbringen, er wurde verurteilt. – Otto war Revolutionär, Kommunist, Leninist und hat sich sein Leben lang leidenschaftlich für die Sache der Arbeiterklasse eingesetzt. Sein Kampf für die Einheit der KPÖ und gegen die selbsternannte rechte Führung soll nicht vergebens gewesen sein. Wir werden ihn in seinem Sinne weiterführen. **Das Kollektiv der „Tribüne für die Wahrheit“, Wien**

Glänzender Sieg der Maoisten in Nepal Früchte eines langen Kampfes

Nach einem grandiosen Erfolg bei den im April durchgeführten Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung haben die sich selbst als Maoisten bezeichnenden nepalesischen Kommunisten der CPN (M) im Bündnis mit anderen linken Kräften das Staatsruder übernommen. Es heißt, daß der CPN (M)-Führer Prachanda – er eroberte in der Hauptstadt Kathmandu auf Anhieb ein Mandat – erster Präsident der jetzt ausgerufenen Republik Nepal wird. Der völlig diskreditierte König Gyanendra wurde zum Abtreten gezwungen. Nepals Maoisten sind eine klassenkämpferische Partei mit enormen Erfahrungen im bewaffneten Kampf für die Befreiung vor allem der ländlichen Bevölkerung und die Errichtung einer stabilen Volksmacht. Sie stützen sich auf Maos Lehre vom Volkskrieg. Die Partei besitzt Masseneinfluß und genießt die Unterstützung erheblicher Teile der 28 Millionen Bürger des bisherigen Königreiches im Himalaya-Gebiet. Die CPN (M) verfügt über gut ein Drittel der 601 Sitze in der Verfassungsgebenden Versammlung. Auch die gleichfalls starke CPN (UML) – die Kommunistische Partei Nepals (Vereinigte Marxisten-Leninisten) –, die schon früher als traditionelle KP des

Landes nicht wenige Abgeordnete im Parlament hatte, ist in der Versammlung wieder gut vertreten. Hinzu kommen weitere Parteien und Organisationen, die zumindest potentiell zu einer Zusammenarbeit mit der CPN (M) bereit sein dürften.

Andererseits ist mit erheblichem Widerstand der rechten Kräfte zu rechnen. Man muß davon ausgehen, daß maßgebliche Kreise der Vereinigten Staaten und anderer imperialistischer Mächte, die Nepals Maoisten nicht nur als enge Verbündete der Volksrepublik China betrachten, sondern sie auch ganz offen als „Terroristen“ bezeichnen, die Hände wohl kaum in den Schoß legen dürften. Die nepalesische Linke muß sich auf konterrevolutionäre Aktionen der verschiedensten Art einrichten, zumal der Machtwechsel in Kathmandu angesichts der strategischen Bedeutung des Landes vor allem in



Anhänger der CPN (M) feiern in Kathmandu den Sieg ihrer Partei bei den Parlamentswahlen

Washington die Alarmglocken hat schrillen lassen. Nicht zufällig organisierte die vom Ausland gestützte Reaktion am Wahltag blutige Zwischenfälle, bei denen mindestens 12 Menschen – überwiegend aus den Reihen der CPN (M) – ums Leben kamen.

R. F., gestützt auf „Solidaire“, Brüssel

„Bischof der Armen“ wurde Staatsoberhaupt Jetzt auch Paraguay im linken Lager

Asunción. Am 15. August wird der im Mai zum Präsidenten des südamerikanischen Staates Paraguay gewählte frühere Armenpriester und ehemalige Bischof Fernando Lugo in sein Amt eingeführt. Hunderttausende bejubelten den Sieg des Befreiungstheologen, dessen Patriotische Allianz für den Wandel (APC) über 40 % der Stimmen erhalten hatte, während auf die Kandidatin der rechtsgerichteten, die reiche Oligarchie vertretenden bisherigen Regierungspartei Blanca Ovelar nur etwas mehr als 30 % entfallen waren. Ein dritter Bewerber bekam rund 22 % des Votums. Mit der Entscheidung für Lugo – den Hoffnungsträger der verelendeten Massen des zweitärmsten lateinamerikanischen Landes – wurde die 61 Jahre währende Herrschaft der großbürgerlich-feudalen Colorado-Partei beendet, die auch 35 Jahre der faschistischen Diktatur des Generals Alfredo Stroessner umschlossen hatte. Mit 65,64 % war die höchste Wahlbeteiligung innerhalb der letzten vier Jahrzehnte vermerkt worden. Lugos APC ist ein Bündnis aus neun Parteien und 20 sozialen Bewegungen, die sich vorgenommen haben, gemeinsam das bisherige System rabiater Ausbeutung, tief verwurzelter Vetternwirtschaft und alles durchdringender Korruption Schritt für



Der neue Präsident Fernando Lugo

Schritt zu überwinden. Der neue Präsident, der sich mit Venezuelas Hugo Chávez und Boliviens Evo Morales sofort nach seiner Wahl in Verbindung setzte, wurde unter Stroessner wegen „subversiver“ Predigten des Landes verwiesen. Sein Vater und seine Brüder waren viele Male inhaftiert und wurden von den Schergen der Geheimpolizei des Diktators grausam gefoltert. Im Wahlkampf hatte die APC bereits ihr Regierungsprogramm verkündet. 100 000 Erwerbslose sollen kurzfristig in Lohn und Brot gebracht, jährlich 50 000 neue Arbeitsplätze geschaffen und 40 000 Sozi-

alwohnungen gebaut, Renten für 200 000 über 60jährige eingeführt, 30 000 neue Lehrer angestellt und 20 000 zusätzliche Klassenräume eingerichtet werden. Das Prinzip der kostenlosen Grundversorgung im Gesundheitswesen soll eingeführt und die Infrastruktur Paraguays zügig verbessert werden. Von großer Bedeutung für die Bevölkerungsmehrheit ist auch die beabsichtigte Senkung der Strom- und Wassertarife. Lugo und seine Mannschaft planen überdies eine tiefgreifende Bodenreform. Derzeit besitzen nur 2,5 % der Paraguayer mehr als 70 % des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens.

Außenpolitisch steht Lugo für einen Kurs lateinamerikanischer Integration. Er will sich dem neuen heterogen zusammengesetzten Verbund der Staaten des Subkontinents anschließen, zu dem Brasilien, Venezuela, Bolivien, Ecuador und Chile, aber auch das offen proimperialistische Kolumbien gehören. In erster Linie jedoch stärkt der bemerkenswerte Linksruck in Asunción die Gruppe jener Länder Lateinamerikas, die eine echte Veränderung der Sozialstrukturen anstreben.

R. F., gestützt auf „Granma Internacional“, Havanna

Als McCarthys Hexenjäger in Hollywood einfielen Die „jüdisch-kommunistische Verschwörung“

Am 23. Oktober 1947 eröffnete Richter J. Parnell Thomas die „öffentlichen Anhörungen“ – besser: Verhöre – des Kongreßausschusses für Unamerikanische Aktivitäten (HUAC). Dabei handelte es sich um ein Komitee des US-Repräsentantenhauses, das sich das Recht anmaßte, die angebliche kommunistische Infiltration der amerikanischen Filmindustrie zu untersuchen. In der Folge seines verfassungswidrigen Vorgehens kam es zur strafrechtlichen Verurteilung der in die Geschichte eingegangenen „Zehn aus Hollywood“, unter denen sich Howard Fast, Dulton Trumbo und Albert Maltz befanden. Die beruflichen Karrieren unzähliger Schauspieler, Regisseure und Drehbuchautoren wurden durch Rufmord systematisch zerstört. Man verbannte fortschrittliches Gedankengut auf Jahrzehnte aus den Studios. Die Ideologie des kalten Krieges hielt in der Filmstadt Einzug.

Ein vorrangiges Ziel bestand in der Zerschlagung des progressiven Darstellerverbandes – der American Screen Actors Guild. An die Stelle seiner mehrheitlich linksgerichteten oder bürgerlich-liberalen Führer traten drittklassige Seifenpulver-Reklamehelden wie der spätere USA-Präsident Ronald Reagan, der zunächst für die Waschmittelfirma Borax Schaum geschlagen hatte und dann zum HUAC-Hauptbelastungszeugen bei der Vernehmung vieler Künstler wurde. Auch einige renommierte Studio-Leiter mit Walt Disney an der Spitze beteiligten sich an der Hatz auf die Roten.

Das, was damals in Hollywood geschah, war indes nur ein matter Widerschein jenes großen Schreckens, den der McCarthyismus (nach dem republikanischen Senator Joseph McCarthy, dem Haupteinpeitscher der jahrelang andauernden Kampagne benannt) über die demokratischen Kräfte in den Vereinigten Staaten gebracht hatte. In jener Zeit wurden auch die elf bedeutendsten Führer der KP der USA – anstelle des nicht verhandlungsfähigen Parteivorsitzenden William Z. Foster verfolgte man Ben Davis, Gus Hall, Henry Winston und andere – nach Schauprozessen für lange Zeit ins Gefängnis geworfen. Im Mittelpunkt aller Aktivitäten des HUAC und des durch McCarthy persönlich geleiteten Senatsausschusses gleicher Orientierung stand der Haß auf die Sowjetunion und deren politische Sympathisanten in den USA. Sie wurden mit unwahrscheinlicher Brutalität verfolgt. Auch völlig Unbeteiligte gerieten ins Raster der Gesinnungsterroristen. Das Klima war allerdings fast nirgends so angeheizt wie bei den berühmten „Hollywood-Hearings“. Vielen der dort aufgebotenen Zeugen ging es vor allem darum, begabte und beliebte Konkurrenten in Verruf zu bringen und so aus dem Felde zu schlagen. Anschwärzen

war die große Mode und wurde anschließend in Form lukrativer Verträge honoriert. Zu den arg Mißbrauchten und jenen, welche sich willig mißbrauchen ließen, gehörte der damals populäre Komödien-Star Ginger Rogers. Die Schauspielerin war auch als Tänzerin bekannt geworden. Sie hatte in linken und antifaschistischen Filmen wie „Tender Comrade“ und „Once Upon A Honeymoon“ Hauptrollen gespielt und viele Fans gewonnen.

Es wurde bei den HUAC-Verhören fast zum Gesellschaftsspiel, die Namen jener Kollegen zu nennen, welche vermeintlich selbst „Rote“ seien oder mit solchen in Verbindung stünden. Indes kroch keineswegs jeder der Aufgerufenen zu Kreuze. Etliche Prominente fielen nicht um und organisierten einen Protestmarsch gegen die Verhöre durch Hollywood. Die mehr Mut als Ginger Rogers besaßen, nahmen standhaft Gefängnisstrafen und jahrzehntelange Berufsverbote auf sich.

Dabei hatte das HUAC ursprünglich – es war im August 1938 vom USA-Kongreß ins Leben gerufen worden – ganz andere Erwartungen geweckt. Die amerikanische Öffentlichkeit nahm an, seine Nachforschungen würden vor allem darauf gerichtet sein, geheime Naziaktivitäten in den Vereinigten Staaten aufzudecken. Die Faschisten waren besonders unter Deutsch- und Italoamerikanern sehr einflußreich.

Mit der Ernennung des rechtsradikalen und fanatisch antikommunistischen Kon-

greßabgeordneten Martin Dies hatte man allerdings den Bock zum Gärtner gemacht. Während die rechtsradikale Christian Front und die Hitler-Bewunderer aus den Reihen der sogenannten Silberhemden auf Massenkundgebungen ihre Sympathie für das Dritte Reich bekundeten und gegen die „jüdisch-kommunistische Verschwörung“ wetterten, hetzte Dies, Stalin wolle mit 150 Divisionen in die USA einfallen. Der HUAC-Chairman setzte seine Haßpropaganda gegen die UdSSR auch noch fort, nachdem Washington und London bereits Alliierte Moskaus geworden waren.

Im März 1942 erklärte der progressive USA-Vizepräsidentenskandidat Henry Wallace, in Friedenszeiten könne man solche Taktiken noch als Ausfluß eines teuflischen Gehirns betrachten. Da sich Amerika aber im Krieg mit Deutschland befinde, könnten sie, ziehe man ihre Wirkung in Betracht, auch direkt von Goebels ausgehen. „Mr. Dies wäre weniger schädlich, wenn er auf Hitlers Gehaltsliste stünde.“

Dieser Mann war der Vorgänger des HUAC-Vorsitzenden J. Parnell Thomas. So lag sein Schatten über den Verhandlungen der Hexenjäger in Hollywood. Die antikommunistischen Exzesse jener Zeit gruben eine tiefe und dauerhaft ätzende Spur. Ihre Auswirkungen zeigen sich bis heute.

K. S., gestützt auf einen Beitrag von Rob Gowland in „The Guardian“, Sydney

Auszeichnung mit einer handsignierten Grafik Walter Womackas

– Vorstandsbeschuß –

Genosse Walter Womacka hat dem „RotFuchs“ acht handsignierte Grafiken geschenkt. Davon werden zunächst fünf an folgende Genossen übergeben:

Harry Machals. Ein Veteran der deutschen Arbeiterbewegung, hat wesentlichen Anteil an der Bildung der Regionalgruppe Rostock. Durch sein unermüdliches Wirken als deren Vorsitzender hat sich die Zahl der Mitglieder und Leser stark erhöht. Er initiierte die Bildung weiterer Regionalgruppen. Harry Machals begeht am 26. 8. seinen 80. Geburtstag.

Erwin Mitzkat. Begründer, Organisator und einige Jahre Leiter der Regionalgruppe Teterow. Er hat besonders durch erfolgreiche Leserwerbung wichtige Erfahrungen für die Arbeit anderer Gruppen gesammelt. Erwin Mitzkat begeht am 6. 9. seinen 80. Geburtstag.

Dr. Annemarie und Frank Mühlefeldt. Beide Genossen sind Mitbegründer des „RotFuchs“-Fördervereins. Annemarie hatte großen Anteil an dessen Arbeit, insbesondere in der komplizierten Anfangsphase. Sie beging am 4. 6. ihren 80. Geburtstag. Frank war längere Zeit Mitglied des Vorstandes und trug als Autor zum Profil der Monatszeitschrift bei.

Prof. Dr. Werner Roß. Er hat als Gründer und langjähriger Vorsitzender der Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau-Plauen, durch Vorträge und Artikel im „RotFuchs“, die von hohem theoretischem Niveau geprägt waren, zum wachsenden Ansehen der Zeitschrift und des Fördervereins beigetragen.

Bernhard Wartke. Er gründete die Regionalgruppe Strausberg und Umgebung. Bernhard hat sich durch kluge Mitgliederwerbung ausgezeichnet und die RF-Aktivitäten in der Region vorangebracht.

Die Grafiken werden den ausgezeichneten Genossen in würdiger Form übergeben.

Genosse Walter Womacka wird über die Entscheidung informiert.

Dieser Beschluß wurde auf der Sitzung des Vorstandes am 24. Mai 2008 einstimmig gefaßt.

Die Karlsruher Filmemacherin Petra Weisenburger drehte 1988 in der DDR einen Dokfilm über den Tänzer und Choreographen Jean Weidt. Bei den Dreharbeiten über diesen Kämpfer gegen den Faschismus lernte sie das befreundete Ehepaar Otto und Trude Gröllmann kennen, die auch Folter und Gefängnis während der Nazizeit erlitten. Nach dem Ende des Krieges waren beide Paare erst am Schweriner Theater und dann in Dresden tätig. Zusammen wuchsen auch deren Kinder Michael Weidt und Jenny Gröllmann auf. Aus der großen Liebe wurde nichts, aber es entwickelte sich eine lebenslange Freundschaft, die Michael Weidt als Berufsfotograf von der Jugend bis zum frühen Tod der erfolgreichen Schauspielerin Jenny Gröllmann in Bildern und im Film dokumentierte. Petra Weisenburger und Jenny Gröllmann wurden Freundinnen. 2004 erklärten die Ärzte Jennys schon vor Jahren erkannte Krebserkrankung für nicht heilbar, und die beiden beschlossen, einen Film über ihre letzten Lebensjahre zu drehen. Als Jenny Gröllmann dann am 9. August 2006 starb, brauchte die Filmemacherin fast ein Jahr, bevor sie die Kraft hatte, sich dem gedrehten Material zu stellen. Sie begann Jennys Freunde und Kollegen zu befragen und Geld für einen 90-minütigen Kinofilm aufzutreiben. Während sie beim Medienboard Berlin-Brandenburg und der Filmförderung Mecklenburg-Vorpommern Glück hatte, wurde das Projekt von allen deutschen Fernsehanstalten abgelehnt, da voraussehbar war, daß der Streifen mit mehreren Tabus brechen würde. Es ist der erste Film, der die Glaubwürdigkeit veröffentlichter „Stasi“-Akten in Zweifel zieht. Unter dem Titel „Ich will da sein – Jenny Gröllmann“ wurde er auf Festivals in Saarbrücken und Schwerin erfolgreich aufgeführt. Am 19. Juni 2008 kam er in die Kinos. Hoffentlich wird er wenigstens im Osten ein Erfolg! Der Film will mehr sein als eine

Hommage auf eine große Schauspielerin. Aus Interviews mit ihren Kollegen und Freunden sowie dazu passenden Aufnahmen wird das Leben einer besonderen Künstlerin über 40 Jahre dokumentiert.

Am Anfang steht die Bewunderung für eine schöne Frau, über die sich Michael Gwisdek äußert. Es folgen Gespräche mit den Partnern ihres ersten großen Kinofilms „Ich war neunzehn“: Jaecki Schwarz

ausgeprägter Gerechtigkeitssinn gepaart mit einem unabhängigen Geist machten es ihr schwer in dieser Gesellschaft. Keine Anerkennung, schwindende Kenntnis ihrer Filme und mangelndes Interesse an ihr als Schauspielerin folgten. Ihre Rettung waren Fernsehserien, allen voran „Liebling Kreuzberg“, geschrieben von Jurek Becker. Sie war höchst unglücklich darüber, daß ihr künstlerisches Potential nicht hinreichend

Wichtiger Film über Jenny Gröllmann Eine Frau mit Charakter

und Hermann Beyer. Beide voller Lob für die Darstellung eines illusionslosen Flüchtlingsmädchens am Ende des Krieges. Parallel zu ihren ersten Filmen begann Jenny Gröllmann ihre Karriere am Berliner Maxim-Gorki-Theater. 26 Jahre hielt sie ihm die Treue. Über diese Zeit spricht Uwe Kockisch, der auch ihr Partner in dem DEFA-Film „Dein unbekannter Bruder“ (nach dem gleichnamigen Buch von Willi Bredel) war. Manche meinen, daß sie oft in die falschen Männer verliebt gewesen sei. Meist in ihre Filmpartner, so auch in Ulrich Mühe, einen jungen Schauspieler, der gerade seine ersten Erfolge am Deutschen Theater und im Fernsehen feierte. Mit dem Hölderlin-Film „Hälfte des Lebens“ wurden beide zum Traumpaare der DEFA. Sie heirateten, und 1985 kam ihre Tochter Anna Maria zur Welt. Sehr früh hatte Ulrich Mühe auch die Möglichkeit, im Ausland zu drehen und Theater zu spielen. 1991 kam es zur Trennung, nachdem Mühe in Susanne Lothar eine neue, erfolgreiche Partnerin gefunden hatte. Jenny verließ das Maxim-Gorki-Theater und stand vor einer ungewissen Zukunft. Ihr

anerkannt wurde. Der nächste Tiefschlag folgte 1992. Ihre angebliche „Stasi“-Akte wurde veröffentlicht. Sie äußerte sich niemals öffentlich zu den Vorwürfen. Das war unter ihrer Würde. Trotz erheblicher Zweifel am Wahrheitsgehalt der „Enthüllungen“ wurde die Fabel 2006 von Ulrich Mühe, der sich zur Werbung für das „Stasi“-Melodram „Das Leben der anderen“ hergab, auf die Leinwand gebracht. Das Anti-DDR-Liebblingsprojekt von entsprechenden Politikern, Medien und der Filmindustrie räumte national und international alle Preise ab, so daß die derart eingestimmte Öffentlichkeit kein Interesse an der im Sterben liegenden Jenny Gröllmann hatte. Solidarität erfuhr die Schauspielerin nur durch ihre Freunde und Kollegen, als es zu einem erbitterten Streit vor Gericht kam. Kurz vor ihrem Tod heiratete sie ihren langjährigen Lebensgefährten Claus Jürgen Pfeifer, der dann für sie weiterkämpfte. Am 18. April verkündete das Berliner Kammergericht: Jenny Gröllmann darf nicht als Inoffizielle Mitarbeiterin des MfS bezeichnet werden. Noch stehen weitere Instanzen aus.

Heinrich Gebauer

Die Telefonüberwachung in der BRD ist eine „olle Kamelle“ Mordprozeß mit Nebentäter

Mannheim, die alte Arbeiterstadt im Dreiländereck von Baden, Rheinland-Pfalz und Hessen, wurde im November 1999 von einem brutalen Mord erschüttert. Claudia S., Angestellte der ver.di-Quellgewerkschaft DAG, war am 9. November in einer Tiefgarage mit einem Maurerfäustel erschlagen worden. Vierundzwanzig Mal hatte der Mörder auf den Kopf seines Opfers eingedroschen.

Durchaus nicht alle der zahlreichen Morde in der Quadratesstadt kann die Polizei aufklären. Doch in diesem Fall hatte man den Täter erstaunlich schnell gefaßt. Wochenlang beherrschte der „Hammermord“-Prozeß die Berichterstattung der örtlichen Presse. Detailliert wurde das Vorgehen der Polizei erörtert, Spurensicherung, Indizienketten und neue Ermittlungsmethoden. Unbeabsichtigt und ganz nebenher wurde dabei noch eine andere

Straftat beschrieben – die jedoch nie verfolgt, geschweige denn geahndet wurde. Zu den Tatverdächtigen hatte zunächst der Ex-Freund der Ermordeten gehört. Er konnte für die Tatzeit kein Alibi vorweisen. Doch dann schied er als Belasteter aus: Die Polizei griff auf die Daten seiner Handy-Telefonate am Mordtag zurück und stellte so fest, daß er sich gar nicht in Mannheim befunden hatte.

Ein Glück für den Mann. Doch wir fragen uns: Telefonüberwachung? Ist nicht erst jetzt geplant, knapp neun Jahre nach der Tat, Telefondaten zu speichern? Beteuern nicht alle beteiligten Stellen, von Netz Providern bis zu staatlichen Behörden, Daten immer sofort gelöscht zu haben? Es lag sicherlich nicht in der Absicht des Gerichtsreporters des „Mannheimer Morgen“ vom 21. Dezember 2000, Kriminalpolizei, Landes- und Bundesinnenminister bloßzu-

stellen, als er schrieb: „Ein früherer Freund der Toten, der anfangs als Hauptverdächtiger im Visier der Ermittler war, wurde aufgrund seiner Handy-Telefongespräche entlastet, die der Mann während einer Autofahrt führte. Die räumliche Lokalisierung der Funk-Telefonate ergab, daß der Ex-Freund zur Tatzeit gar nicht in Mannheim war.“ Ein Herr S. wurde schließlich als Mörder überführt. Er gestand. Ein anderer Herr S. war so etwas wie Nebentäter: Der damalige Bundesinnenminister Otto Schily hatte die illegale Datenspeicherung veranlaßt. Doch er kam ohne Ermittlungen, Anklage oder gar Urteil davon.

Wenn heute die Vorratsdatenspeicherung zur flächendeckenden Überwachung durchgesetzt werden soll, so ist das nichts Neues. Es wird nur legalisiert, was seit vielen Jahren gang und gäbe ist. Eine olle Kamelle.

Hans Dölzer

Historische Zeit- und Weltbilder für die Gegenwart

Rosemarie Schuder zum 80.

Die gebürtige Jenenserin Rosemarie Schuder kann am 24. Juli in Berlin-Friedrichshagen ihren 80. Geburtstag begehen. Sie begann ihre Laufbahn 1947 als Journalistin. Wie damals üblich, absolvierte sie 1951 einen Studienaufenthalt in der Industrie. Ihre Erfahrungen im Jenauer VEB Glaswerk Schott & Gen. reflektiert das im selben Jahr veröffentlichte Debüt „Glas“. Mit ihrem ersten größeren Werk „Der Ketzer von Naumburg“ (1955) etablierte sich Rosemarie Schuder als Autorin wichtiger historischer Romane. Sie versuchte, die Schaffensperiode des unbekanntenen Schöpfers der Naumburger Stifterfiguren zu rekapitulieren. Dabei erkannte sie die Zusammenhänge dieser Kunstwerke mit der mittelalterlichen Ketzereibewegung. Schauplätze des zweiteiligen Romans waren die Städte Mainz und Naumburg im 13. Jahrhundert und insbesondere deren kunstvolle Dome.

Die Schriftstellerin begreift den historischen Roman im Sinne Lion Feuchtwangers als eine Waffe, um in die Auseinandersetzungen der Zeit einzugreifen und mit dem Medium Geschichte aktuelle Fragen zu erhellen. Für sie bedeutet er auch eine Möglichkeit, menschliches Verhalten zu erläutern, über geistiges und moralisches Versagen, aber auch über Beispiele heldenhafter Bewährung nachzudenken. In ihrem Roman „Der Sohn der Hexe“ (1957) berichtet sie vom Ringen des Mathematikers und Astronomen Johannes Kepler um seine Mutter, die als Hexe angeklagt war. Im zweiten Kepler-Roman „In der Mühle des Teufels“ (1958) gestaltet Schuder die letzten Lebensjahre des Begründers der modernen Astronomie. In den zwei umfangreichen Werken „Der Gefesselte“ (1962) und „Die zerschlagene Madonna“ (1964) über Michelangelo Buonarroti setzt sie sich mit der Stellung des Künstlers und der Rolle der Kunst in der Gesellschaft auseinander.

Einem schwierigen Unterfangen widmete sich die Autorin in ihrem Roman „Die Erleuchteten oder das Bild des armen Lazarus zu Münster in Westfalen ...“ (1968). Es geht ihr darum, die sozialökonomischen Hintergründe für die zeitweilige Herrschaft der Täuferbewegung 1533 bis 1535 in Münster erkennbar werden zu lassen.

In der Mitte der 70er Jahre schrieb Rosemarie Schuder das Bühnenwerk „Welt und Traum des Hieronymus Bosch“, das 1979 vom Berliner „Theater im Palast“ uraufgeführt wurde. Das Stück, das als szenischer Diskurs ausgewiesen worden ist, bildete die theatergemäße Umsetzung der zwei Bände „Hieronymus Bosch. Das Zeitalter – Das Werk“ und „Welt und Traum des Hieronymus Bosch (1975/78)“. Die Autorin deutet den Künstler auf neue Art und weist nach, wie er sich mit seiner ungewöhnlich suggestiven Formensprache auf die Suche nach der Würde des Menschen begab. 1972 erschien der Roman über den

Wegbereiter der modernen medizinischen Wissenschaft Theophrast von Hohenheim (1493–1541) – genannt Paracelsus („Paracelsus oder Der Garten der Lüste“). 1955 hatte sie sich mit ihm bereits in einer biographischen Erzählung beschäftigt. Dem Roman folgten zwei weitere Arbeiten über berühmte Ärzte des Mittelalters „Agrippa und Das Schiff der Zufriedenen“ (1977) und „Serveto von Pilatus“ (1982). Der letztgenannte war ein Märtyrer der Wissenschaft, der als Entdecker des Blutkreislaufs bekannt wurde. Auf besonders gelungene Weise verknüpfte die Schriftstellerin den Aufstieg des Peter Paul Rubens als Maler des Bilderzyklus für die französische Königin Maria mit dem Niedergang der Schriftstellerin Madelaine de Scudery, die E. T. A. Hoffmann in seiner Novelle bekannt gemacht hat. Rubens sicherte sich 1625 mit dem Medici-Zyklus von 21 Bildern seinen endgültigen Ruhm. Der kunstvoll komponierte Roman „Die Bilder der Königin“ (1990) ließ wie nebenbei das beziehungsreiche Geflecht von Kunst und Macht in jener Zeit erkennen.

Gemeinsam mit ihrem Mann Rudolf Hirsch (1907–1998) schrieb Rosemarie Schuder das umfangreiche Buch „Der gelbe Fleck“ (1987) über die Wurzeln und Wirkungen des Antisemitismus in der deutschen Geschichte. Das Autorenpaar legte auch das Buch „58866. Der Judenkönig“ (1996) vor. Darin beleuchten sie einen Abschnitt aus der Biographie des Interbrigadisten und Überlebenden von Auschwitz und Buchenwald Kurt Julius Goldstein. Im Verlag Neues Leben erschien Rosemarie Schuders Roman „Botticelli. Die irdische und die himmlische Lust“ (1996) über den Florentiner Maler Alessandro Botticelli. Der Roman liegt auch in einer japanischen Übersetzung vor. Zu Beginn des neuen Jahrtausends präsentierte Rosemarie Schuder ihr Buch „Hochverrat oder: Seltsame Wege zu Ferdinand Freiligrath“ (2001). Gleichsam als Geschenk an sich selbst zu ihrem 75. Geburtstag schrieb sie ihr neues Buch „Deutsches Stiefmutterland. Wege

zu Berthold Auerbach“ (2003). Sie begab sich auf die Spuren des zu Lebzeiten populären deutschen Schriftstellers und Festredners Berthold Auerbach (1812–1882), der zu Unrecht vergessen ist.

Das große Thema in Schuders Erzählungen und Romanen ist das Auftreten progressiver historisch-authentischer Persönlichkeiten – meist Künstler und Wissenschaftler – oder oft ganzer Strömungen des ausgehenden Mittelalters, die sich für die Durchsetzung von Vernunft und Gerechtigkeit, die Beseitigung von Unwissenheit und Gewalt im menschlichen Zusammenleben einsetzten. In einer historisch verbürgten Gestalt und deren Entwicklung bündelte die Autorin gleichsam die Auseinandersetzungen der Zeit, die sich vor allem in der Kunst und Wissenschaft reflektieren, um den Lesern authentische Bilder von hoher Plastizität vorzustellen.

Nahezu alle Bücher Rosemarie Schuders erschienen in Rekordauflagen und sind auch heute noch (zumindest antiquarisch) erhältlich.

Dieter Fechner



Karikatur aus „Solidaire“, Brüssel

„Heiligkeit, ich habe gesündigt: Ich habe Afghanistan bombardiert, über Massenvernichtungswaffen gelogen, bin in Irak eingefallen und habe dort fast eine Million Tote auf dem Gewissen. Ich habe das Kyoto-Protokoll bekämpft und die Opfer des Wirbelsturms Katrina sterben lassen.“ „George, ich werde tun, was ich kann, aber der Eintritt ins Paradies wird sehr teuer.“

Am 6. Juli 1898 wurde Hanns Eisler in Leipzig geboren. Nach einem bewegten und erfüllten Leben, nach unfreiwilligen Aufenthalten in mehreren Ländern der alten und der neuen Welt fand er ab 1950 in der DDR seine endgültige Heimat. Hier schloß sich auch sein Lebenskreis, als er mit nur 64 Jahren am 6. September 1962 in Berlin starb. Wir gedenken also seines 110. Geburtstages.

Wie die sozialistische Gesellschaftsordnung auf deutschem Boden nicht mehr existiert, so ist wohl auch vom Komponisten Eisler nichts mehr zu hören – dachte ich. Doch das stimmt nicht ganz. Schon vor zehn Jahren wurde sein 100. Geburtstag mit einem Gedenkkonzert mehrerer Chöre unter dem Titel „Ideal und Wirklichkeit“ begangen, entlehnt einem satirischen Gedicht Tucholskys. Welche Absicht hinter diesem Motto steckte, konnten mir selbst Beteiligte nicht sagen. Und so denke ich mal: Einen Widerspruch zwischen Ideal und Wirklichkeit gab und gibt es zu jeder Zeit, auch zu Eislers, gab und gibt es in vielen Lebensbereichen, auch in politischen – falls man die im Visier hatte. So ist nur mit Tucholskys letzter Gedichtzeile zu antworten: C'est la vie! Oder wie es in seinen beiden nächsten Strophen heißt: Ssälawih!

Zehn Jahre später nun war sie da, die Gelegenheit, den Kommunisten, den Avantgardisten, den in der Sache Kompromißlosen, den Komponisten auch unserer DDR-Nationalhymne Hanns Eisler in der BRD wieder einmal zu Wort kommen zu lassen: In Bremen fand Ende Mai ein Sängertreffen des Deutschen Chorverbandes (DCB) statt, und der Berliner Verband delegierte vier Chöre, um eine „Eisler-Collage“ aufzuführen.

Dieses Votum für Eisler fiel klar und eindeutig aus. Vom Ernst-Busch-Chor Berlin hatte man nichts anderes erwartet. Der sang sein täglich Brot. Unser Chor aber, der Konzertchor Berliner Pädagogen, hat Größeres von Eisler seit fast vierzig Jahren nicht mehr gesungen. Bei den Arbeiterfestspielen 1970 stand das Lenin-Requiem auf dem Programm. „Iljitsch, Iljitsch, die Ausbeuter kommen!“ sangen wir damals eine 1937 in der Zwölftontechnik komponierte Musik. Nicht im Traum wäre uns eingefallen, daß dieser Aufschrei auch bei uns Wirklichkeit werden könnte.

Für Bremen war ein zweiteiliges Gemeinschaftsprogramm erarbeitet worden. Man gab ihm den wortspielerischen Titel „Und er bewegt uns doch“. Nicht schlecht diesmal, fand ich. Im Mai wurde es in der Berliner Philharmonie voraufgeführt. In den ersten 45 Minuten erlebte man die Woodbury-Lieder in eigenwilliger Adaption. Ursprünglich sind das zwanzig oft sehr kurze Stücke, die Eisler in den USA für einen Mädchenchor geschrieben hat. Die Texte sind heiter-ironisch, auch kritisch, nicht kämpferisch. Nun erhielt das Werk aber ein neues Gesicht: Plötzlich wurde vorwiegend vierstimmig gemischt gesungen, und instrumentale Zwischenspiele waren eigens neu komponiert worden. Eine interessante Bewegungschoreographie forderte dem Chor einiges ab. Wir bekamen eine außergewöhnliche Ensemble-

leistung geboten. Respekt! Bei dieser Aufführung spielten auch neue Texte eine Rolle. Was hierbei so an Gedanken vermittelt wurde, wäre durchaus diskussionswürdig gewesen. Um nur einen zu nennen: Wenn man Eisler bescheinigt, sich vor keinem Mächtigen gebeugt zu haben, und dies so ansiedelt, als ob das nur sein Verhältnis zu DDR-Oberem beträfe, wäre

de gemeinsam oder im Wechsel mit dem Ernst-Busch-Chor Berlin vorgetragen und interessiert vom Berliner Publikum aufgenommen. Da sangen tatsächlich einige Ältere mit.

Gegen Ende des Programms erklang der eindringliche Titel „Krieg ist kein Gesetz der Natur“, den Eisler nach Worten von Ernst Fischer schrieb. In den 50er Jahren

Vom Sängertreffen des deutschen Chorverbandes in Bremen Hanns Eislers Aktualität

durchaus nachzutragen, daß die Gründe dafür, warum er 1933 Deutschland und 1948 die USA verlassen mußte, durchaus die gleichen waren: seine kommunistische Grundhaltung. Das sind Gegensätze zu jeweils Herrschenden, meine ich. Da spielen Kontroversen mit der DDR-Führung – falls es die gab – doch eher eine untergeordnete Rolle. Denn Eisler blieb in der DDR, weil er da auch hingehörte.

Dann traten wir auf den Plan. Der zweite Teil war von Beginn an so konzipiert, daß nach der Show im ersten eine wirkliche Eisler-Ehrung stattfinden konnte: Ich hatte, alternierend mit Liedern, die Eislers Schaffensperioden nachzeichnen sollten, Ansagen zu sprechen. Meine Worte konnten kurz ausfallen, da ich schon für das Programmheft Aussagen zur Entstehungszeit der nun folgenden Titel, zur Absicht ihrer Schöpfer und zum aktuellen Bezug geschrieben hatte. Allerdings waren vom Herausgeber des Heftes einige mir wichtige Informationen weggelassen worden, so daß nur der Ansagetext vor Ort blieb, sie den Zuhörern doch noch mitzuteilen, was ich dann auch tat.

Wir begannen mit dem oft als Chorreferat bezeichneten anspruchsvollen Vorspruch von 1928, der mit dem bekannten Text endet: „Wir Proleten haben nichts zu verlieren als unsere Ketten und haben eine Welt zu gewinnen: Wacht auf, Verdammte dieser Erde!“ (tatsächlich auch unter Verwendung des Eingangsmotivs aus der „Internationale“). Hier schon deuteten die vertonten und die zwischendurch gerufenen, von Eisler selbst verfaßten Worte auf die Absicht hin, das auszudrücken, was seine Forderung damals war. Zitat von 1935: „Ohne Befreiung der Arbeiterklasse, ohne allgemeinen Wohlstand, ohne gesicherte Zukunft ist ein kultureller Aufstieg undenkbar. Mozart und Beethoven muß sich das Proletariat genauso erobern wie eine gesunde Wohnung, ein gutes Essen, einen sinnvollen Beruf, eine gute Erziehung seiner Kinder und ein gesichertes Alter.“ Spätestens hier wird jedem klar, wie aktuell Eisler ist.

So gewöhnungsbedürftig das erste Stück war, so bekannt erwiesen sich die nun folgenden. Ein repräsentativer Querschnitt durch Eislers weiteres Chorschaffen wur-

sangen wir in der DDR das Lied mit der uns anerzogenen und ehrlich empfundenen Inbrunst, ich spüre sie noch heute fast körperlich: Ja, wir waren gegen einen neuen, gegen den verfluchten Krieg bei uns und anderswo! Als dann Fischer die „Seiten wechselte“ blieb das Lied fortan in der Schublade, obwohl es seine Aktualität nie verloren hatte. Auch nach 1990 habe ich es nirgendwo mehr gehört.

Ein besseres Publikum als das Berliner hätte man sich nicht wünschen können. Noch dachte jeder, daß das in Bremen auch so sein würde. Die Zuhörer dort reagierten zwar verhaltener, aber nicht unfreundlich. Die Probleme lagen ganz woanders. Ursprünglich war als Aufführungsort die Konzerthalle „Glocke“ vorgesehen. Tatsächlich wurde aber eine Experimentierkirche (!) gewählt. Unter dem Vorwand zeitlicher Beschränkung auf 90 Minuten wurden meine Ansagetexte kurzerhand gestrichen. Sie hätten höchstens sieben Minuten in Anspruch genommen! Bei uns herrschte helle Empörung. War es die Anwesenheit des ehemaligen Bremer Regierungschefs Henning Scherf (jetzt Präsident des DCB), die ein Hosenflattern auslöste, oder war es langfristiges Kalkül?

Fazit: Wir haben ein ordentliches Programm abgeliefert. Der echte Eisler hat leider nicht im Mittelpunkt gestanden. Die Eingriffe in unseren Teil hatten politische Gründe. Die Freude über Gelungenes war ebenso einhellig wie die Wut über Bevormundung. Mein Chor jedenfalls wird eine Eisler-Ehrung im Laufe dieses Jahres auf seine Weise fortsetzen, denn er bewegt uns noch!

Horst Birkholz

Unser langjähriger treuer Mitarbeiter für Layout,
Genosse Egon Schanser,
hat sich bei einem Sturz schwer verletzt. Vorstand und Redaktion grüßen Egon in fester Verbundenheit und wünschen ihm baldige Genesung.

Zu einem neuen Buch aus der Feder von Armin Stolper Archie und die Karfreitags-Kommunisten

Archie dachte stets, die Kommunisten kämen am 1. Mai oder sie pilgerten im Januar zu den Gräbern von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Nun kommen sie aber auch am Karfreitag, wie Armin Stolper behauptet. Vielleicht will er den Innenminister ärgern, der sich stets von Kommunisten umzingelt sieht.

Mit großem Vergnügen liest Archie die Schriften seines ehemaligen Berufskollegen, des DDR-Dramaturgen auf Lebenszeit, wie dieser sich selbst bezeichnet. Weil das Theater-Pferd zeitig in ihm zu wiehern begann und dazu noch wie Pegasus mit Flügeln ausgestattet war, ging Armin Stolper früh von der Uni zum Theater als Praktiker, Verfasser von Stücken, Prosa-Texten und Gedichten. Auch als Entertainer konnte Archie den Freund schon bewundern. Wenn Armin in Hochform gerät, mutiert sein Gesicht in Archies Phantasie zum Urtyp der griechischen Theatermaske, die man in Stein gehauen besonders in Kleinasien bewundern kann. Teils in Fragmenten am Wegesrand, von den Einheimischen wenig beachtet, von Kennern geschätzt – eben wie die hellenistische Kultur in Kleinasien, so das DDR-Theater in der BRD.

Mit Erfolg hat Archies Lebensgefährtin, eine starke Raucherin, im Bekanntenkreis das „Lob des Rauchens“ von Armin Stolper aus dem Büchlein „karfreitag kommen die kommunisten“ vorgetragen. Ein Lob des linken, politischen Rauchens sozusagen. Alt-Bundeskanzler Schmidt raucht sonst auch immer eine Packung mit – das hätte in dieses Gedicht nicht hineingepaßt. Aber auch das „Lob des Trinkens“, gleich zu Beginn des Bändchens, hat es in sich. Denn merke: Nach Armin Stolper schadet Trinken nicht allein, „du mußt auch noch ein dummes Säuferschwein sein“, besser wäre da schon ein klassenbewußter linker Trinker. Der Autor ist in seinen vielen Büchern und „Bücheln“ stets ein Menschen-Sammler, seltener ein Lumpen-Sammler. Er sammelt auch allerlei Polit-Kuriosa aus Literatur und Landschaften, wird dabei stets perfekter in der Handschrift. So auch in den vorliegenden zwanzig satirischen Feuilletons, die der Verleger Wiljo Heinen in einer schönen Taschenbuchausgabe vorlegt. Der Umschlagstext ist informativ. Hier ein Ausschnitt daraus: „Einige ‚Johannas‘ der Literatur wenden sich an den Autor um Rat, welche denn heute die WAHRE Kommunistische Partei sei. LENIN diskutiert mit den Tuis des Jahres 2007 seine April-Thesen. Mitten in der Nacht finden Unterhaltungen mit STALIN statt. Während Nutten, Nonnen und ein Senator im Fernsehen über Prostitution ‚talken‘, erinnert der Autor an ZETKINS Unterhaltungen mit Lenin ...“

Zu einigen Beiträgen und den dort genannten Personen hat Archie einen besonderen Bezug, u. a. zu Autoren aus Polen wie Witold Gombrowicz, zu dem Armin Stolper genau formuliert, warum dieser

sonst bedeutende Autor in der DDR nicht gespielt wurde, obwohl sich Herr Reich-Ranicki vor vielen Jahren beim Bühnenvertrieb des Henschelverlags höchstpersönlich darum bemühte. Die Begegnung mit Roman Szydlowski, dem berühmten polnischen Theaterkritiker und Verfasser vieler Schriften über das Theater, ist für Archie von eigenartig wehmütiger Information. Hatte er doch viele Artikel und Rezensionen von Szydlowski für die Zeitschrift „Theater der Zeit“ ins Deutsche übersetzt, den Autor persönlich aber leider nie kennengelernt. Stolper schildert die Begegnung, wie in vielen anderen Feuilletons auch, als eine Mischung von realem Geschehen und fiktiven Gesprächen, was ihren Reiz ausmacht.

Noch ein P. S. in eigener Sache: In der Karfreitags-Titelgeschichte wird über Archie in einem vom Autor als Erinnerung bewahrten Telefon-Zitat behauptet, er habe zwei Kommunisten, einen Journalisten und einen Parteifunktionär, nicht „besonders gemocht“. Das ist eine Verwechslung oder ein Mißverständnis. Die beiden Erwähnten sind Archies Kampfgenossen, vom Prinzip her und auch am Karfreitag. Zu Gombrowicz wäre nachzutragen, daß bis heute viele seiner Buchtitel, auch die Stücke und Tagebücher, im hiesigen Buch-

handel noch oder wieder erhältlich sind, mehr Titel als von manchem linken Nobelpreisträger. Jede Generation entdeckt diesen Autor neu, es ist eben wieder die alte Gesellschaft.

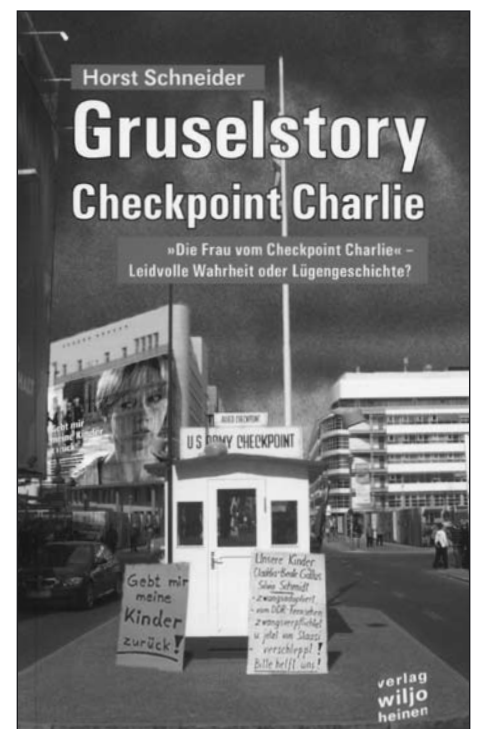
„Doch damit ist die Palette der Themen nicht einmal grob umrissen. Stolper bietet einen Rundumschlag ...“, heißt es auf dem Umschlagstext von Wiljo Heinen, genau auf den Punkt gebracht. Jeder wird etwas finden, zu dem er eine besondere Beziehung hat. Das war auch bei einer gelungenen Lesung im schönen Monat Mai in der einstigen Wilhelm-Pieck-Straße Berlins (zeitweilig Torstraße) im Rahmen der Volkssolidarität zu beobachten. Der Autor erhielt für die Texte aus seinem neuen Buch viel Beifall. Einen Sonderapplaus gab es für den zusätzlichen Vortrag von Passagen aus Stolpers kurz zuvor erschienenem Buch „Meine geliebte stolze Republik“, das sich durch viele Alltagsbeobachtungen und Anekdoten aus der DDR-Realität für die temperamentvolle Darbietung des Autors besonders eignet.

Manfred Hocke

Armin Stolper: karfreitag kommen die kommunisten, 2008, Verlag Wiljo Heinen, Böklund, 172 S., 5 Euro, ISBN 978-3-939828-18-1

Handliches für die Westentasche

Außer Armin Stolpers hier rezensiertem „Büchel“ sind bei Wiljo Heinen drei weitere Ausgaben der hervorragend aufgemachten und sehr geschickt beworbenen Reihe „rote taschenbücher“ erschienen, auf die wir hinweisen wollen. Der renommierte DDR-Schriftsteller Eberhard Panitz steuerte mit „Deutschland hin und zurück“ einen neu aufgelegten Reisebericht aus dem Jahre 1965 bei, der zeigt, wie „Sitten und Gebräuche“ aus früheren Tagen in der heutigen BRD nach wie vor modern sind. Gleichfalls aus der Feder von Eberhard Panitz ist „Comandante Che“, eine biographische Skizze, die den selbstlosen Tatendrang des legendären argentinisch-kubanischen Revolutionärs würdigt. Unser bewährter RF-Autor Prof. Dr. Horst Schneider lieferte mit seinem ebenso scharfsinnigen wie pointierten Titel „Gruselstory Checkpoint Charlie“ (s. Umschlagsreproduktion) ein wichtiges Material zur antiimperialistischen Konterpropaganda. Sämtliche Ausgaben im handlichen Kleinformat sind beim Verlag Wiljo Heinen, Schulstraße 20, in 24860 Böklund, bestellbar. **RF**



Leserbriefe an RotFuchs



Als die vernichtende Niederlage „für Europa“ in Irland feststand (53,4 Prozent stimmten gegen die zweite Variante der EU-Verfassung) begann das Lamentieren. Plötzlich zeigten sich unsere Berufsdemokraten gar nicht mehr so demokratisch. Auch war man sofort bereit, die eigenen Regeln, nach denen vor Inkrafttreten des Lisabonner Vertragswerks alle Mitglieder zustimmen müssen, über Bord zu werfen, um das Großprojekt zur institutionalisierten Abzocke der europäischen Arbeiterschaft doch noch zu retten. Unterstützt von den Durchhalteparolen des EU-Chefs Barroso gaben Frankreichs Sarkozy und Deutschlands Merkel „Weiter wie bisher!“ als Marschrichtung vor, womit die irische Entscheidung einfach ignoriert werden soll. Und in den Medien wurde gegen die 3,05 Millionen „undankbaren“ Iren gehetzt, die mit ihrem Referendum das Europa der 395 Millionen „in die Krise gestürzt“ hätten. So sah es „Der Spiegel“. Viel „demokratischer“ wäre es doch gewesen, wenn man die Iren gar nicht erst befragt und wie in den anderen Ländern die Entscheidung einigen hundert Berufspolitikern in den jeweiligen Parlamenten überlassen hätte. Jetzt bleibt nur noch, die Iren so lange immer wieder zur Wahl zu zwingen, bis sie endlich richtig abstimmen. Dann wäre das Europa-Projekt der neoliberalen Hüchenspieler gerettet.

Die Vorstellungen unserer „Eliten“ von einem geeinten und starken Europa haben nichts mit einem Europa der sozialen Gerechtigkeit, der Bildung und Kultur für alle zu tun. Die Iren hatten das klar erkannt. Agenturberichten zufolge war das „Nein“ in den städtischen Arbeitervierteln auf der grünen Insel am massivsten. Dort hatte ein Wahlplakat mit den berühmten drei Affen Furore gemacht. Darauf stand: „Europa sieht Euch nicht, Europa hört Euch nicht, Europa wird sich nicht für Euch einsetzen.“
Danke, Irland!

Rainer Rupp, Saarburg

Unlängst trafen sich über 30 Genossen in Halberstadt, um die Regionalgruppe Harz des RF-Fördervereins zu gründen. Ihr Vorsitzender ist Egon Eismann aus Wernigerode. Botschafter a. D. Rolf Berthold, Vorsitzender des Fördervereins, hielt einen interessanten Vortrag über China. Dabei unterstrich er, daß die Volksrepublik als sozialistischer Staat ungeachtet der Zulassung eines kapitalistischen Sektors der Wirtschaft weiter planvoll die Grundlagen des Sozialismus auf dem China entsprechenden Weg errichtet. Als Staat mit dem viertgrößten Bruttosozialprodukt ist sie natürlich massiven Angriffen des Weltimperialismus ausgesetzt. Die derzeitige „Menschenrechtsdebatte“ wurde bereits 2007 in Vorbereitung auf die Olympischen Sommerspiele geplant. Die Friedrich-Naumann-Stiftung der FDP beauftragte eine Institution in Washington, eine weltweite Protestkampagne in Szene zu setzen. Die Pläne hierfür wurden unter Mitwirkung des U. S. State Department und der sogenannten tibetischen Exilregierung entworfen, wie einem ND-Artikel am 10. April zu entnehmen war.

Udo Hammelsbeck, Drübeck

Die Linkspartei in Bautzen unterhält seit Beginn der 90er Jahre einen Reiseclub. Während Starts in Richtung Süden und Westen, nach den USA und Australien boomten, hatten wir eine andere Richtung. Unsere Fahrten gingen stets in die ehemals sozialistischen Länder. Wir sahen uns nicht nur Städte und Landschaften an, sondern besichtigten auch Mahnmale und Gedenkstätten des Widerstandes.

Zum „Tag des Sieges“ waren wir in der Heldenfestung Brest (Belarus) und nahmen dort an einer Massenkundgebung teil. Nach dem Besuch des Museums der Stadt hatten wir Gelegenheit, eine „Offene AG“, wie sich die Nachfolgebetriebe der Kolchosen nennen, mit eigener Schule, Kulturhaus, riesigen Flächen, Großviehanlagen und einem eindrucksvollen Maschinenpark zu besichtigen. Im Belowezker Urwald erlebten wir einen besonderen Gast: Staatspräsident Aleksandr Lukaschenko. Im Minsker Fußballklub trafen wir uns mit dem Cheftrainer der belarussischen Nationalmannschaft Bernd Stange. Er war nicht nur ein bekannter DDR-Trainer, sondern stammt überdies aus Bautzen. Die Freude war auf beiden Seiten groß.

In Belarus konnten wir feststellen, daß die besuchten Betriebe in Staatshand waren und daß sich die in den landwirtschaftlichen Einrichtungen Tätigen als Teilhaber der AG betrachteten. Die 43 Reisenden unserer Gruppe sind heute zwar keine DSF-Mitglieder mehr, aber Freunde dieser ehemaligen Sowjetrepublik, in der so vieles erhalten wurde, sind sie geblieben.

Wolfgang Ritter, Bautzen

Ich frage mich: Warum wird eigentlich noch immer Öl für Dollars verkauft? Und: Warum handelt China noch immer in dieser Währung? Die naheliegende Antwort ist, daß eine totale Entwertung des Dollar, zugleich auch Pekings enorme eigene Dollarreserven wertlos machen würde. Es ist so, als gäbe dir jemand einen ungedeckten Scheck mit dem Versprechen, später einmal zu zahlen, wenn man ihn stunde. Tust du das nicht, bekommst du gar nichts.

Im Grunde besteht die Möglichkeit, daß China oder die Öl-Exporteure eines Tages ihre gesamten Dollarreserven auf den Weltfinanzmarkt werfen und damit die USA-Währung fertigmachen. Ich habe übrigens immer erwartet, daß Washington einen neuen Dollar herausbringt, der für die alte Währung vielleicht 10:1 eingetauscht wird. Das würde einem Dollarsturz auf den Weltmärkten vorbeugen.

Dr. Vera Butler, Melbourne

Der FC St. Pauli führte im Februar 2005 als allererster Fußball-Proficlub überhaupt ein Trainingslager auf Kuba durch. Viele Freundschaften wurden dabei neu geschlossen und bestehende zwischen dem Verein und seinen linken, antiimperialistischen Fans einerseits sowie dem sozialistischen Inselstaat andererseits vertieft. Den Höhepunkt dabei bildete die Aktion „Viva con aqua“, die sich zum Ziel setzte, Kinder- und Schulen in Kuba mit Wasserspender-Automaten auszurüsten. Dieses Unterfangen war ein derartiger Erfolg, daß es auf den afrikanischen Kontinent ausgeweitet werden konnte. Jetzt erfährt diese Freundschaft einen neuen Höhepunkt. Im Rahmen der Saisonvorbereitung des FC St. Pauli findet am 18. Juli ein Freundschaftsspiel gegen die Nationalmannschaft Kubas in Hamburg am Millerntor statt. Spielbeginn: 19.30 Uhr.
Näheres unter: www.fcstpauli.com

Wolf Gursinski, Hamburg

Ich habe mit großer Begeisterung die Rede von Götz Dieckmann zu Marx gelesen. Besser gesagt: Ich habe sie verschlungen. Deshalb mein Rat an alle „RotFüchse“, gleich, ob sie Leser, Vereinsfreunde oder Sympathisanten sind, diesen ausgezeichneten Vortrag als Einführung in den Marxismus Kindern und Kindeskindern, wo immer möglich, in die Hand zu geben.

Dr.-Ing. Peter Tichauer, Berlin

Egal, ob Gregor Gysi mit dem MfS zusammengearbeitet hat oder nicht – er hätte sagen müssen: Mich und andere geißeln heute Leute, die Kriege unterstützen, die demokratische und andere Rechte des Volkes beseitigen wollen. Damals gab es für viele berechnete Gründe, das MfS der DDR zu unterstützen, dessen Angehörige wesentlich dazu beitrugen, daß alle Bürger

unseres Landes vier Jahrzehnte in Frieden, sozialer Sicherheit und Geborgenheit leben konnten. Auch die Bürger der alten BRD haben von dieser Tatsache profitiert.

Wenn Gysi sagt, eine Zusammenarbeit mit dem MfS hätte nicht seiner Würde entsprochen, dann beleidigt er damit Tausende ehrliche und aufrichtige Mitstreiter von damals. Die PDL muß endlich ihre Defensivposition in dieser Frage aufgeben und mithelfen, das verzerrte Bild von der DDR und deren Sicherheitsorganen zu korrigieren. Nur so kann sie bestehen.

Edda Splinter, Berlin

Im ND erschien vor geraumer Zeit ein Beitrag unter der Überschrift „Pau gegen DKP auf LINKEN-Listen“. Frau Pau hat dort bestätigt, was eigentlich eine schon längst zu erahnende Tatsache war: daß es sich beim Entstehen der Partei Die Linke keineswegs um den Versuch gehandelt hat, eine wirkliche Vereinigung aller Linken in Deutschland zu befördern. Die Vizepräsidentin des Bundestages aus der PDL erklärte unumwunden, daß die DKP aus ihrer Sicht KEINE Bereicherung darstelle. Es handle sich um „falsch verstandene Bündnispolitik“, wenn man mit ihr zusammengehe. Die DKP sei eine konkurrierende Partei unter anderen. So dürfte künftig zu fragen sein, ob die Linke mit großem oder kleinem D gemeint ist. Gregor Gysi stellte damals im Sinne einer Alleinvertretungsanmaßung heraus, daß nunmehr die Vereinigung der Linken vollzogen worden sei. Eine gehörige Steilvorlage, wie ich meine.

Karl-Heinz Noack, Mittweida

Während einer Veranstaltung der Regionalgruppe Schwerin monierte ein Teilnehmer, im „RotFuchs“ werde die Politik der Partei Die Linke und ihrer Führer häufig kritisiert. Das empfand er als schädlich. Ich bin der Ansicht, die PDL sollte Kritik von links als gutgemeint und für sie förderlich begreifen. Gegenwärtig ist sie, objektiv betrachtet, wohl eher eine Art zweite SPD neben der SPD. Zwar stellen Exponenten schon mal die „Systemfrage“. In der praktischen Politik herrscht aber oft blanker Opportunismus. Gelangen PDL-Vertreter in Verantwortung und werden dann an ihre Wahlaussagen erinnert, hört man meist: „Wir wollen zwar, aber wir können nicht.“ Oder: „Wir müssen eben Kompromisse eingehen.“ Daß sie wollen, glaube ich ihnen gerne. Daß sie unter den bestehenden Verhältnissen nicht können, hätten sie allerdings vorher wissen müssen.

Wird es nicht höchste Zeit, daß die PDL aus den Niederlagen der angepaßten Kommunisten in Italien, Frankreich und Spanien Schlußfolgerungen zieht? Sollen, können, dürfen andere Linke einen aus ihrer Sicht falschen Kurs nicht kritisieren?
Hartwich Splisteser, Dümmer

Bei allem Positiven in der Partei Die Linke – zum Beispiel in der Frage der Ablehnung von Afghanistan-Kriegseinsätzen und manchem anderen – dürfen wir nicht übersehen, daß die PDL weder ein sozialistisches Programm noch ein entsprechendes Profil besitzt. Mich hat es erschüttert, mit welcher Direktheit sich Gregor Gysi und Lothar Bisky im Vorfeld des Cottbusser Parteitag gegen eine Stellvertreter-Kandidatur Sahra Wagenknechts ausgesprochen haben.

Ist etwa, wenn sich die PDL eines Tages auf Bundesebene als regierungsfähig erweisen sollte, mit einer weiteren antikomunistischen Partei in der BRD zu rechnen? Angesichts dieses Drucks von rechts erscheint es mir dringend erforderlich, die kameradschaftliche Zusammenarbeit und Verständigung mit den Genossen der PDL-Basis zu pflegen und zu verstärken.

Hans-Georg Vogl, Zwickau

Heute ist der RF mehr als ein marxistisches Les- und Bildungsmaterial. Zunehmend entwickelt er sich zu einem Instrument der Sammlungsbewegung kommunistischer und sozialistischer Kräfte unseres Landes, denen die politische

Heimat abhanden gekommen ist. Auch die Partei Die Linke, die beachtliche Tageserfolge errungen hat – sie wurde dabei auch von mir unterstützt –, verabschiedete sich von marxistischen Grundpositionen. Der Sozialdemokratismus setzt sich immer mehr durch. Daher ist es sehr begrüßenswert, daß der RF die Funktion des Mittlers einer Sammlung aller in Betracht kommenden Kräfte übernommen hat. Seit einem Jahrzehnt erfüllt er diese Aufgabe immer erfolgreicher. Er stärkt die marxistische Motivation Gleichgesinnter in den politischen Tageskämpfen, ohne die strategischen Ziele aus dem Auge zu verlieren. Danke!

Bernhard Noack, Radibor

Eine Clique von Opportunisten und Karrieristen manipuliert die Basis der Partei Die Linke, bringt Sandra Ludwig (RF 123) nicht unbegründet zum Ausdruck. In der gleichen Ausgabe kann man die bornierte, ignorante und diffamierende Antwort des „ostdeutschen“ Mitarbeiters der PDL-Bundestagsfraktion Axel Goldmann an Dr. Klisch lesen. Offenbar gibt es bei einigen Leuten die Tendenz, Sozialdemokraten und andere rechts überholen zu wollen.

Die Basis der Linkspartei sollte sich ernsthaft fragen, welche Schlangen sie an ihrer Brust nährt. Mit der von ihm offenbarten Haltung kann sich Goldmann mit professionellen Antikommunisten in eine Reihe stellen.

Herbert Kierstein, Bestensee

Die Antwort, die Genosse Dr. Klisch auf seinen Brief an die Bundestagsfraktion der PDL erhalten hat, zeigt, wie Staat und Parteien mit Anfragen und Eingaben der Bürger umspringen. Meist haben es Abgeordnete gar nicht nötig, Fragen zu beantworten. Der dringend gebotene Dialog darf nur von ihnen selbst vorgegeben, dominiert oder verweigert werden. Genosse Klisch hat eine Antwort bekommen, die in höhnisch-spöttischer Art abgedroschene Pseudoargumente („Unrechtsstaat“, „Stasi“) ins Spiel bringt, statt auf das Anliegen des Briefschreibers einzugehen. Solche Texte aus dem PDL-Apparat muß man in der Tat öffentlich machen, dienen sie doch der Klarstellung.

Dr. Wolfgang Schmitt, Berlin

Herzlichen Glückwunsch, lieber Wolfgang, zum 75. am 13. Juli!

In „akzente“, der Monatszeitschrift der Gesellschaft für Bürgerrecht und Menschenwürde, las ich mit innerer Bewegung den Artikel von Prof. Dr. Manfred Gerlach über den II. Deutschen Volkstagskongreß vor 60 Jahren. Es ging damals um die Einheit Deutschlands und um gerechten Frieden. Ich war zu jener Zeit 18 Jahre alt, lebte in Schmalkalden und war in der Stadtverwaltung als Verwaltungsangestelltenlehrling beschäftigt. Zugleich betätigte ich mich als Org-Leiter in der FDJ-Gruppe. Meine Freunde und wenige Tage vor den Wahlen zum Volkstagskongreß ein Transparent mit Forderungen der Jugend an dieses Gremium anbringen. Sie fragten mich, wo dieses Spruchband befestigt werden sollte. Ich erkundigte mich beim Leiter der Stadthauptkasse, einem umgänglichen, aber peniblen Chef, ob ich meinen Freunden helfen könnte. Er stimmte zu. Offensichtlich hatte mich aber der amtierende Bürgermeister, Mitglied der CDU, von seinem Dienstzimmer aus beim Anbringen der Losung beobachtet. Er ließ mich kommen und drohte mir an, daß meine Stunden in der Stadtverwaltung gezählt wären, falls er so etwas noch einmal sehen müsse. Ich hatte Glück: Am nächsten Tag wurde der neue Bürgermeister ins Amt eingeführt. Dieser war Genosse Hans Niebergall, der, wenn ich mich richtig erinnere, im Februar 1933 an der Sitzung des ZK der KPD in Ziegenhals teilgenommen hatte.

Günther Stegner, Ilsenburg/Harz

Kürzlich konnte ich an meinem ersten „RotFuchs“-Lesertreffen teilnehmen, das anläßlich eines Vortrags von Oberst a. D. der HVA Bernd

Fischer in Stralsund stattfand. Das Thema – es ging um den Nahen Osten – erfüllte mich mit tiefen Vorbehalten. So ging ich eigentlich nur hin, um die Leser„gemeinde“ kennenzulernen. Meine Erwartung, dort auf den im RF gern vertretenen Trugschluß zu stoßen, ein gemeinsamer Feind (der Imperialismus) sei ausreichende Grundlage für Freundschaft und eine *verläßliche* Partnerschaft, ja, der arabische Raum wimmelte nur so von „Gutmenschen“, wurde zu meiner (sehr angenehmen) Überraschung nicht erfüllt. Aus persönlicher, fast dreißigjähriger Erfahrung weiß ich nämlich, daß dem keineswegs so ist. Genosse Fischers Ausführungen zeugten von fundierten und aktuellen Kenntnissen und beschönigten nichts. Ich freue mich schon auf das nächste Lesertreffen!

Barbara Chaib, Stralsund

Mit herzlichem Beifall begrüßten unlängst Potsdamer „RotFuchs“-Freunde und Mitglieder der GBM sowie anderer linksorientierter Verbände und Parteien Genossen Egon Krenz. In einem überfüllten Raum – ein vorher zugesagter größerer Saal in einem anderen Gebäude wurde kurzfristig von den Verfügungsberechtigten angeblich selbst benötigt – sprach er mit erfrischender Offenheit über die jüngste Vergangenheit und die Gegenwart. Auch viel Selbstkritisches war von ihm zu hören. So zum Demokratieverständnis, zur ökonomischen Konzeption, zur Außenpolitik der DDR und zur innerparteilichen Lage in den Jahren 1988/89. „Wir hätten viel früher mit den Genossen und Bürgern offen sprechen müssen“, räumte Egon Krenz ein. Auch die zwiespältige Haltung bestimmter Funktionäre der KPdSU spielte in seinen Darlegungen aus unmittelbarer Kenntnis und eigenem Erleben eine Rolle.

Dr. Kurt Koopmann, Seddiner See

Seit Jahrzehnten verbindet mich mit dem sowjetischen Oberst a. D. Witali Korotkow (siehe dessen Leserbrief im RF 125) eine enge Freundschaft. Nach der Niederlage trat zwischen uns für einige Zeit „Funkstille“ ein. Anfang der 90er Jahre strahlte dann das mdr-Fernsehen eine Sendung „Zwei Spione – eine Freundschaft“ aus. Sie betraf das Verhältnis zwischen einem sowjetischen Kundschafter und seinem Führungsoffizier. Da sah ich plötzlich meinen alten Freund Witali wieder. Er wurde als Führungsoffizier des ehemaligen Abteilungsleiters im Bundesnachrichtendienst Heinz Felfe vorgestellt. Von diesem erfuh man, daß er als „Spion der UdSSR in der BRD“ enttarnt, verhaftet und zu langjähriger Freiheitsstrafe verurteilt worden war. Felfe bekannte sich eindeutig zu seiner Tätigkeit für die Sowjetunion.

Im Frühjahr 2008 kreuzte Heinz Felfe nochmals meinen Weg. Er war inzwischen 90 und sehr schwer krank. Sein sehnlichster Wunsch war es, noch einmal mit Witali telefonieren zu können. Heinz Felfe kannte meinen Namen aus dem „RotFuchs“, und es war mir möglich, ihm Witalis Moskauer Rufnummer zu übermitteln. Leider sollte es das letzte Gespräch zwischen diesen beiden erprobten Männern werden. Heinz Felfe verstarb am 8. Mai.

Generalmajor a. D. Dr. Dieter Lehmann, Dresden

Wer hat Deutschland geteilt? Nach heutiger großdeutscher Lesart war es die DDR. Das ist nachweisbar falsch. Deutschland wurde nicht durch den Bau des antifaschistischen Schutzwalls 1961 getrennt, sondern bereits am 20. Juni 1948 gespalten. An diesem Tag führte man in den Westzonen die D-Mark ein. Die Teilung Deutschlands wurde also vor 60 Jahren von den Westalliierten festgeschrieben. Das war politisch gewollt. Die damalige Sowjetzone sollte ausbluten. Das ist den Imperialisten 40 Jahre nicht gelungen. Für mich als DDR-Bürger war es eine gute Zeit.

Man sollte sich ins Gedächtnis rufen, daß der damalige 1. Sekretär des ZK der SED und Vorsitzende des Staatsrates der DDR Walter Ul-

bricht den Gedanken an die deutsche Einheit nie aufgegeben hat. Allerdings unter anderem Vorzeichen.

Wilfried Steinfath, Berlin

Ich finde es bedauerlich, daß der Disput um die Genossin Christel Wegner zu einem Zerwürfnis unter den sozialistisch orientierten Kräften in Deutschland geführt hat. Alle dem Sozialismus auch weiterhin Ergebenen sind der Überzeugung, daß die Vergesellschaftung der Produktionsmittel ein dringendes Erfordernis der Zukunft ist. Die PDL hat durch ihr soziales Engagement auch im Westen viele Wähler und Sympathisanten hinzugewonnen, die aber noch nicht bereit sind, einen solchen Schritt, wie von Christel Wegner genannt, mitzutragen. Ich zweifle nicht daran, daß ein beträchtlicher Teil von ihnen früher oder später dessen Notwendigkeit erkennen wird, halte diese Aussage zum jetzigen Zeitpunkt jedoch für verfrüht. Ich habe die Bundestagsdebatte verfolgt, in der eine fürchterliche Hysterie entfacht wurde, um die Stimmung gegen die PDL weiter anzuheizen. Auch mir gegenüber haben neue Linkswähler geäußert, sie würden nicht mehr für diese Partei stimmen, wenn solche Auffassungen wie die Frau Wegners von der PDL vertreten würden. Um den Bürgern derartige, in meinen Augen durchaus richtige und vertretbare Ansichten nahezubringen, ist noch eine lange und mühevoll Überzeugungsarbeit nötig.

Jürgen Förster, Dresden

„Linker“ Antikommunismus erzielt – vor dem Hintergrund eines systematisch geschürten, blindwütigen, ja, sich drohend gebärdenden Kommunismohasses – Wirkung bei davon beeindruckten, verängstigten, wankenden und zurückweichenden „Linken“. Wenn wir z. B. die Abgrenzung von der DKP sehen oder die Distanzierungen bis Entschuldigungen für keineswegs allein oder maßgeblich von DDR und SED verursachte Ereignisse und Geschehnisse in Betracht ziehen, dann erübrigt sich wohl das Wort „linker“ vor dem Begriff Antikommunismus. Zahllose Talkshows beweisen das. Es ist oft beschämend, wie sich mancher sogenannte Linke dabei windet und verbiegt. Allen Respekt aber vor einem Oskar Lafontaine, der es fertig bringt, auf dämliche Anwürfe von Kleingeistern geschickt und würdig zu reagieren.

Roland Winkler, Remseck

Eine umstrittene „Hall of Fame“ des deutschen Sports – sprich Ruhmeshalle – wurde am 6. 5. im Schlüterhof des Deutschen Historischen Museums in Berlin eröffnet. 300 handverlesene Gäste wohnten der Zeremonie bei. Vorerst sind 40 Namen in der Liste vermerkt. 39 kommen aus dem deutschen Sport vor 1945 – darunter eine stattliche Reihe bekannter Angehöriger der NSDAP – oder aus dem Sport der BRD nach 1945. Erst der 40. (!) – Roland Matthes – ist ein DDR-Sportler. Positiv vermerken muß man die Aufnahme zweier von den Faschisten ermordeter Athleten – des Ringers Werner Seelenbinder und des Bahnradportlers Albert Richter.

Wenn es um eine Würdigung verdienstvoller Leistungen gehen sollte, dann gehören Sportler der DDR zweifelsohne dazu. Hier stehen u. a. Ulrich Wehling, Olympiasieger 1972/1976/1980 in der Nordischen Kombination, Gustav-Adolf Schur, Weltmeister 1958/1959 im Straßenradsport und Sieger der Internationalen Friedensfahrt 1955/1959, die siebenfache Olympiasiegerin und 27malige Weltmeisterin im Kanuereisport Birgit Fischer oder die sechsmalige Olympiasiegerin im Schwimmen Kristin Otto mit in vorderster Reihe. Was im „vereinten“ Deutschland vorerst unmöglich ist, wurde im österreichischen Bader bereits praktiziert. Die dortige Ruhmeshalle nahm Gustav-Adolf Schur auf.

Erhard Richter, Berlin

Für gewisse BRD-Politiker waren und sind Hitlerfaschismus und DDR gleichzusetzen. Deshalb nimmt es nicht wunder, daß man bei

Umbenennungen geradezu in Verückung gerät, auf uralte Zöpfe zurückzugreifen, die über die Reanition der Vornzeit noch weit hinausgehend aus dem Mittelalter oder sogar der germanischen Ära stammen. Merseburgs Hauptstraße heißt nun brandaktuell „König-Heinrich-Straße“. Auf ihr fanden 40 Jahre lang unsere Mai-Umzüge statt. Damals dachte niemand auch nur im Traum daran, daß König Heinrich wie einst Barbarossa nur darauf wartet, daß schwarze Raben geflogen kommen, um ihn wieder erwachen zu lassen.

Alles, was antiquiert ist, feiert in der BRD fröhliche Urständ. Das zu DDR-Zeiten gebaute Lichtspieltheater „Völkerfreundschaft“ heißt jetzt „Dom-Kino“. Was hat ein Kino wohl mit einem Dom zu tun? Ein Supermarkt der Stadt nennt sich Schloß-Passage, obwohl er völlig außerhalb der Sichtweite des Schlosses liegt.

Wird die BRD in ihrem Umbenennungswahn eines Tages auch den nahegelegenen Ort, der Friedensdorf heißt, zum Kriegsdorf machen?

F. Grupe, Merseburg

Der Deutsche Bundestag zeigt sich von rechts nach links in seiner ganzen Vielfalt: Gelb-Schwarz-Rosa-Grün-Rot. Außerhalb des Parlaments tauchen zuweilen mit behördlicher Genehmigung auch noch andere Farben auf. In Schwarz-Weiß-Rot kommen die Neonazis daher, obwohl sie eigentlich ein kräftiges Braun verkörpern. Begleitet werden sie von unseren Ordnungshütern in Blau oder Grün. Die Bundeswehr hat alle Farben auf ihren Kampfanzügen vereinigt, damit sie ihre Feinde nicht sofort erkennen können. Wenn die Militärs nicht gerade in Afghanistan oder in anderen Teilen der Welt „zu tun“ haben, tragen sie Feldgrau – mit Silber oder Gold verziert.

Farben spielen also in unserer „freiheitlich-demokratischen Ordnung“ eine große Rolle. Aus Schwarz/Rot wird dann Dunkelbraun – sowohl im Reichstag als auch in einigen Bundesländern. Hamburg in Schwarz/Grün ist undefinierbar. Die Bundeskanzlerin geht all dem aus dem Wege. Sie trägt immer die gleiche Jacke, allerdings in sämtlichen verfügbaren Farben.

Egon Eismann, Wernigerode

Als alter Leser des RF schätze ich seine Beiträge, weil sie oft Fakten enthalten, die sonst verschwiegen werden. Aber mit dem Artikel in der Maiausgabe über die Erstürmung des Reichstags kann man nicht einverstanden sein. Wir wissen doch alle schon aus DDR-Zeiten, daß die bekannten Bilder und der kurze Film über die Hissung der Fahne auf dem Reichstag am Morgen danach entstanden, um die Geschehnisse zu dokumentieren. Es interessiert schon sehr, ob die beiden genannten Soldaten, die am späten Abend als erste die Fahne auf den Reichstag trugen, mit dem Leben davon gekommen sind. Einem seinerzeitigen Bericht zufolge waren bereits vor dem erfolgreichen Stoßtruppannehmen andere Rotarmisten bei Versuchen gescheitert und gefallen. Wer wurde am nächsten Morgen dann gefilmt?

Dr. Dieter Krause, Greifswald

Wenn man plötzlich aus einem relativ normalen Rentnerdasein durch eine heimtückische Krankheit herausgerissen wird (s. meinen Leserbrief im März-Heft), dann erfährt man die ganze Inhumanität des Systems, insbesondere des Gesundheitswesens und der „Sorge“ um die Alten, über die jetzt im Fernsehen wieder so viel geschwafelt wird. Der Grund: Die Wahlen kommen näher.

Wer nicht das Glück einer ihn oder sie umringenden Familie hat und in den verschiedensten Einrichtungen wie sogenannten Heim-AGS landet, die der Staat Profiteuren zum Renditemachen überlassen hat, verfügt nur noch über ganz wenig eigenes Geld.

Besonders belastend ist die Bürokratie, der die Schwerkranken ausgeliefert sind. Da muß z. B. für die Fahrt zur Krebsnachsorge in die Klinik

ein Fahrauftrag von der Hausärztin ausgestellt werden, der anschließend von einer Sachbearbeiterin der Krankenkasse zu genehmigen ist. Wer wie ich gehbehindert und auf die Hilfe anderer Menschen angewiesen ist, kann davon ein Lied singen. Ist Ulla Schmidt – unfähig oder ignorant – noch nie in den Sinn gekommen, daß nicht jeder Kranke hilfsbereite Nachbarn hat? Was für ein System!

Gerhard Rosenberg, Berlin

Aus Anlaß des 75. Jahrestages der faschistischen Bücherverbrennung hielt Bundespräsident Köhler eine Ansprache. Er rief dazu auf, die Freiheit des Wortes und der Kunst weltweit zu verteidigen.

Ist dem Bundespräsidenten sein Erinnerungsvermögen abhanden gekommen? Was passierte nach dem Anschluß der DDR? Auf die Tilgung unzähliger Straßennamen und die Entsorgung der Namensschilder folgte wie 1933 eine „Bestandsbereinigung“ in den Bibliotheken: Die DDR-Literatur landete zu einem großen Teil in bereitstehenden Müllcontainern. Wo werden diese entleert worden sein? 1933 sprach man von „Bücherverbrennung“. Welcher Begriff wäre wohl für die brachiale Aussonderungsaktion zur Vernichtung der DDR-Literatur angebracht? Herrn Köhlers Aufforderung, „die Freiheit des Wortes und der Kunst weltweit zu verteidigen“, kann ich unter den gegebenen Umständen nur als Hohn empfinden.

Arndt Näser, Riesa

Als gebürtiger Kölner habe ich den DDR-Alltag nie kennengelernt und Zweifeln, ob ich überhaupt zu einer eindeutigen Position gelangen kann. Besonders interessant am März-RF fand ich Dr. Werner Liebigs Artikel „Zum Hinterherhinken bei der Arbeitsproduktivität“. Ich möchte mal zur „Utopiefindung“ anregen: Was hätte eine vom Computer optimierte sozialistische Planwirtschaft angesichts einer Produktivkraftentwicklung, die durch Rationalisierung Millionen arbeitslos gemacht hat, zur Folge?

Ich meine: weniger Arbeit und mehr Wohlstand für alle. Eigentlich ist das eine Binsenweisheit, die allerdings für die Kapitaleigner und ihnen ergebene Medien schwer zu ertragen ist.

Bodo Schulz, Heidenau

Eine Bemerkung zum Beitrag „Ein Leben lang gearbeitet“. (RF 122) Noch sind die Unzufriedenen unter 10 %, doch 2009, wenn 25 bis 28 % Steuer auf Zinseinkünfte fällig werden und das bei der sogenannten Mittelschicht, während das Großkapital statt maximal 50 % nur noch 25 bis 28 % berappen muß, dürfte ein weiteres Zehntel erwachen. Dieser Trend wird sich fortsetzen, wenn den Arbeitenden zum Bewußtsein gelangt, daß sie lediglich als Unkostenfaktor gelten und die Bilanzen des Kapitals verhasen.

Dietmar Franz, Hanhofen

Die von Hans Horn im Mai-RF geäußerte Auffassung „Seit 40 Jahren sind die palästinensischen Bürger für Tel Aviv Freiwild – wie die Juden unter Hitler“ ist nicht akzeptabel, weil sachlich nicht richtig und politisch eine Verharmlosung unvergleichlicher Nazi-Verbrechen.

Dr. Walter Lambrecht, Zingst

Wir brauchen dringend ein (preiswertes) Buch „Geschichte der DDR“, damit nachfolgende Generationen nicht einseitig den aus Haß und Lüge zusammengerührten Brei bundesdeutscher „Historiker“ vorgesetzt bekommen. Niemand könnte dieses Buch besser und wahrhaftiger verfassen als ein Kollektiv von RF-Autoren.

Rudolf Janert, Berlin

Seit einigen Jahren beziehe ich den „RotFuchs“, ohne Mitglied des Fördervereins gewesen zu sein. Jetzt möchte ich das werden.

Von 1963 bis 1991 war ich Fachschullehrer an der Ingenieurschule für Pharmazie in Leipzig. 1991/92 war ich 14 Monate arbeitslos. Vom 2. 12. 1992 bis 30. 11. 2007 war ich Gründer und

Besitzer der einzigen Apotheke in Deutschland, die Carl Schorllemers Namen trug und bisher auch noch trägt. Im 70. Lebensjahr habe ich sie verkauft.

Friedrich Roßner, Leipzig

Der Beitrag von Eberhard Fensch in Heft 123 ist super. Aber, lieber Namensvetter: Auch wir Westberliner haben natürlich gewußt, daß 70 bis 80 % der Fleischlieferungen, die wir erhielten, aus dem Osten kamen. Deshalb waren wir ja so gesund, da die Tiere ohne vorherige Chemikalieneinnahme geschlachtet werden mußten. Ein anderes Beispiel: Zwei Perlonhemden aus dem Trikotagenwerk Schwedt kosteten bei uns damals nur 5 DM.

Ansonsten war das wieder ein gelungener Beitrag. Laß es Dir gutgehen auf Usedom, meiner zweiten Heimat.

Harry Fensch, Berlin

Der Bundestag hat diskutiert, wie die Rentner am wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland teilhaben können. Der zuständige Minister, Herr Scholz, (SPD) begründete den Vorschlag der Regierung und verkündete voller Stolz, daß gerade die Jungen aus der arbeitenden Bevölkerung zu 67 % Zustimmung signalisiert hätten.

Mit 1,1 % bezogen auf die Bruttorente sei der Zuschlag doch deutlich höher als bei der letzten Rentenerhöhung ausgefallen. Kein Wort zur Heraufsetzung des Pflegebeitragsatzes, keine Anmerkung zur Inflationsrate.

Nach seinem Abtritt folgte das Trauerspiel in mehreren Akten – die Diskussion. Ich hatte es mir gutgelaunt im Sessel gemütlich gemacht und erwartete nun ein Feuerwerk aus Zustimmungserklärungen. Die Flasche Rotwein stand in greifbarer Nähe. Doch es kam ganz anders. Der Vertreter der FDP, die sich gerne als Partei der Besserverdienenden bezeichnet, erklärte, daß mit diesem Rentenbeschluß Deutschlands Zukunft infrage gestellt werde. Kommende Generationen müßten noch mehr Schulden zurückzahlen, und eigene Renten wären für sie nicht mehr erreichbar. Ich stellte den Rotwein außer Reichweite. Vertreter der Koalitionsparteien lobten überschwänglich das Anliegen und verwiesen auf das Grandiose des Schrittes. Auch der Sprecher der PDL riß keine Bäume aus. Den Osten vergaß der Saarländer gleich ganz.

Allmählich stiegen mir Tränen in die Augen. Ich begann zu rechnen: 1,1 % Rentenzuwachs. Bezogen auf 950 Euro Rente sind das 8,75 Euro. Tatsächlich? Die Erhöhung der Pflegegeldbeiträge, der Preise für Backwaren, Heizgas, Benzin, Fleisch usw. – wir müssen nach dieser phänomenalen Erhöhung den Gürtel enger schnallen.

Dr. Klaus Flemming, Berlin

Es gibt wohl kaum eine Phrase, die so häufig von Politikern strapaziert wird wie „Darüber muß man reden!“. Reden oder handeln? Und mit welchem Ziel? Die Bundeskanzlerin will mit den Türken (oder auch mit uns Deutschen?) über das ungenügende Integrationsverständnis reden. Sie will auch mit den Wirtschaftsmanagern über deren Moral und Einkünfte reden, obwohl sich die überhaupt nicht reinreden lassen. Der Finanzminister will mit der EU über die Steuerschlupflöcher für die Reichen reden, aber nicht mit Oskar Lafontaine über die Besteuerung der Banken. Unsere glorreiche Gesundheitsministerin will über die unsozialen Auswirkungen der Zweiklassenmedizin und die Familienministerin über das Betreuungsgeld für die Kindererziehung reden, während die Kultusminister der Länder über die Bildungsmisere an den deutschen Schulen schwadronieren möchten. Viele reden jetzt über den „Umgang“ mit der Linken, aber mehr auf unterer Ebene, denn auf Bundesebene sind die ja unredlich. Alle wollen mit uns „kommunizieren“, uns „mitnehmen“. Meines Erachtens zielt das ganze Geschwafel nur auf Zeitgewinn. Es gibt doch wahrlich genug Talkshows, die bloßes Gerede sind. Falsche Politik ist keine Frage der Kommunikation!

Dr. Horst Parlow, Neubrandenburg



Gleichgewicht des Schreckens

Grafik: Klaus Parche

Die **Regionalgruppe Cottbus und Umgebung** lädt zu einer Veranstaltung am **12. Juli um 10.30 Uhr** in den Brandenburger Hof, Friedrich-Ebert-Straße 33, ein. Der bekannte Schauspieler, Drehbuchautor und Regisseur **Rudi Kurz** liest und spricht zum Thema **„Das grüne und andere Ungeheuer“**.

Prof. Dr. Götz Dieckmann in Halberstadt

Der stellvertretende Vorsitzende des RF-Fördervereins ist am **11. Juli um 15.00 Uhr** auf einer Veranstaltung der Regionalgruppe Harz in der Begegnungsstätte Lindenhof, Spiegelsberger Weg 37, zu Gast. Sein Thema:

Zur Marxschen Kritik am Gothaer Programm

Die Regionalgruppe Berlin

lädt für den **11. Juli um 16.30 Uhr** in die Begegnungsstätte der Volksolidarität, Torstraße 203–205, ein.

Prof. Dr. Heinz Wachowitz

wird seine Gedanken zur **Zukunft des Sozialismus in der Welt** darlegen.

I M P R E S S U M

Der im Februar 1998 gegründete „RotFuchs“ ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift für Politik und Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft.

Herausgeber:
„RotFuchs“-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Rheinsteinststraße 10, 10318 Berlin,
☎ 030/561 3404, Fax 030/56493965
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de
(Redaktionsadresse)

Layout: Egon Schansker, Klaus Wischniewski

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß ist jeweils der **15.** des Monats.

Autorenkreis:

Dr. Martin Baraki
Rolf Berthold
Dr. Manfred Böttcher
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Ralph Dobrawa
Dieter Fechner
Dr. Peter Fisch
Bernd Fischer
Peter Franz
Günter Freyer
Prof. Dr. Georg Grasnick
Dr. Ernst Heinz
Dr. Dieter Hillebrenner
Manfred Hocke
Hans Horn
Dr. Klaus Huhn
Dr. Hans-Dieter Krüger

Rudi Kurz
Prof. Dr. Hans Lutter
Wolfgang Mäder
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Prof. Dr. Fred Matho
Wolfgang Metzger
Prof. Dr. Harry Milke
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Richard Georg Richter
Prof. Dr. Werner Roß
Walter Ruge
Karl Schlimme
Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Horst Schneider
Fritz Teppich
Dr.-Ing. Peter Tichauer

Künstlerische Mitarbeit:

Karlheinz Effenberger
Klaus Parche
Heinrich Ruynat

Internet-Präsentation des „RotFuchs“ und akustische Ausgabe (für Sehbehinderte):
Sylvia Feldbinder

Versand und Vertrieb:

Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎ 030/6545634
arminneumann@ewt-net.de
Marianne Ahrens, Sonja Brendel,
Bruni Büdler, Hans Ludwig,
Harry Schreyer, Peter Barth
u. v. a. m.

Unser Konto: „RotFuchs“-Förderverein, Konto-Nr. 2 143 031 400
Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00)

Finanzen: Jürgen Thiele, Wartenberger Str. 44,
13053 Berlin, ☎ 030/981 56 74

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.